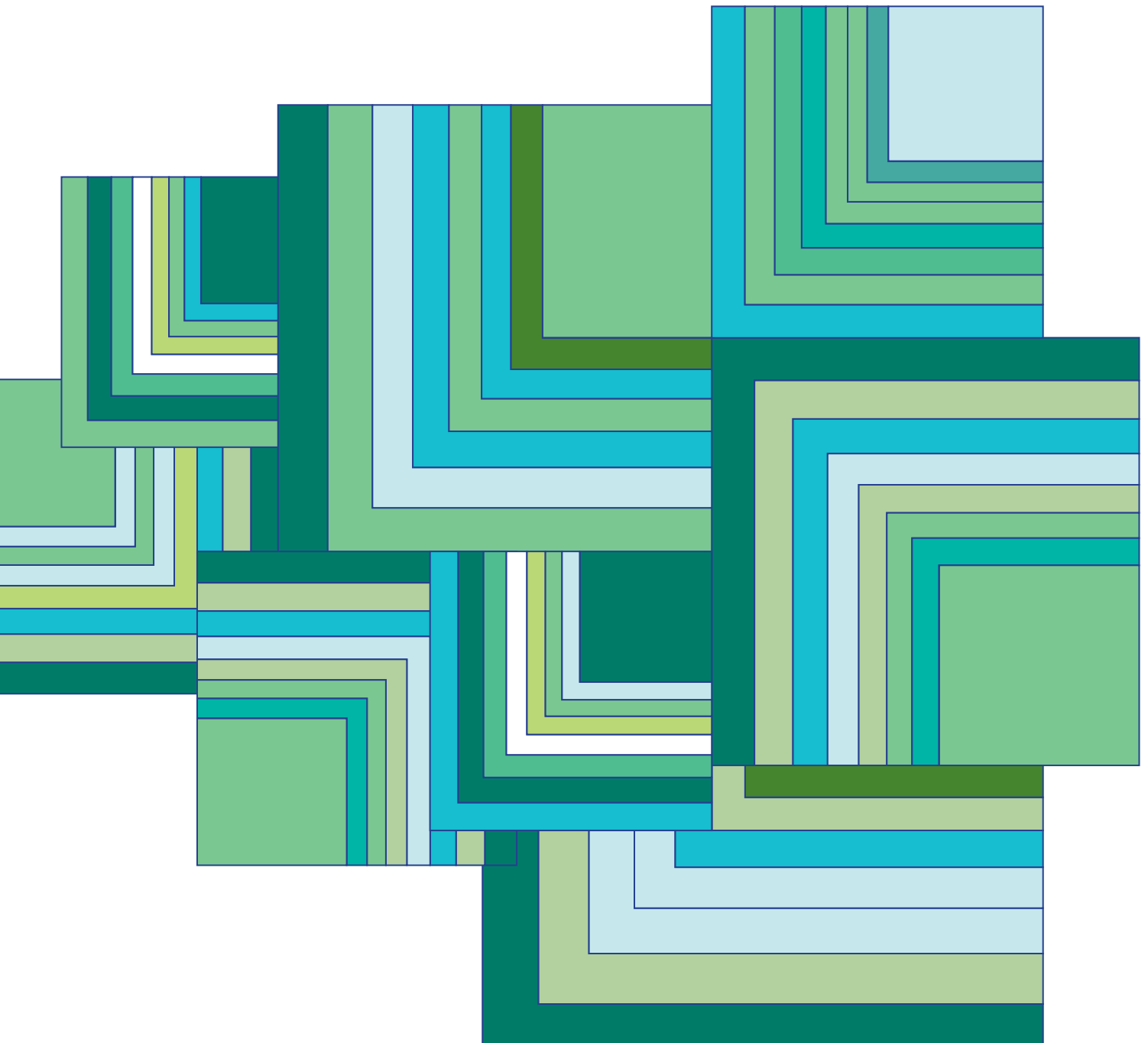


Starke Partner

Jahresbericht 2012
des Bundesverbandes der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken



Die genossenschaftliche Bankengruppe auf einen Blick

Nähe zum Kunden, Verantwortung in der Region und Partner des Mittelstandes – nach diesen Grundsätzen arbeiten und wirtschaften die 1.101 deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die weiteren Institute und Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Die genossenschaftlichen Banken versorgen als selbstständige Kreditinstitute mit rund 160.000 Mitarbeitern in Deutschland flächendeckend über 30 Millionen Kunden mit Finanzdienstleistungen.

Mit mehr als 13.200 Bankstellen betreiben sie eines der dichtesten Bankservice-Netze Europas. Besonderes Alleinstellungsmerkmal der Kreditgenossenschaften ist der Förderauftrag gegenüber ihren Mitgliedern.

Diese werden von Jahr zu Jahr mehr. Mittlerweile zählen die Genossenschaftsbanken 17,3 Millionen Mitglieder. Das bedeutet: Jeder Fünfte in Deutschland ist Mitglied einer Kreditgenossenschaft und setzt auf die bewährte Kombination aus regionaler Verbundenheit, Präsenz vor Ort und Spezialistentum sowie auf eine passgenaue – an den individuellen Wünschen ausgerichtete – Beratung.

Volksbanken und Raiffeisenbanken	Anzahl
Kreditgenossenschaften	1.101
Bankstellen	13.211
Geldautomaten	19.547
Mitglieder in Millionen	17,3

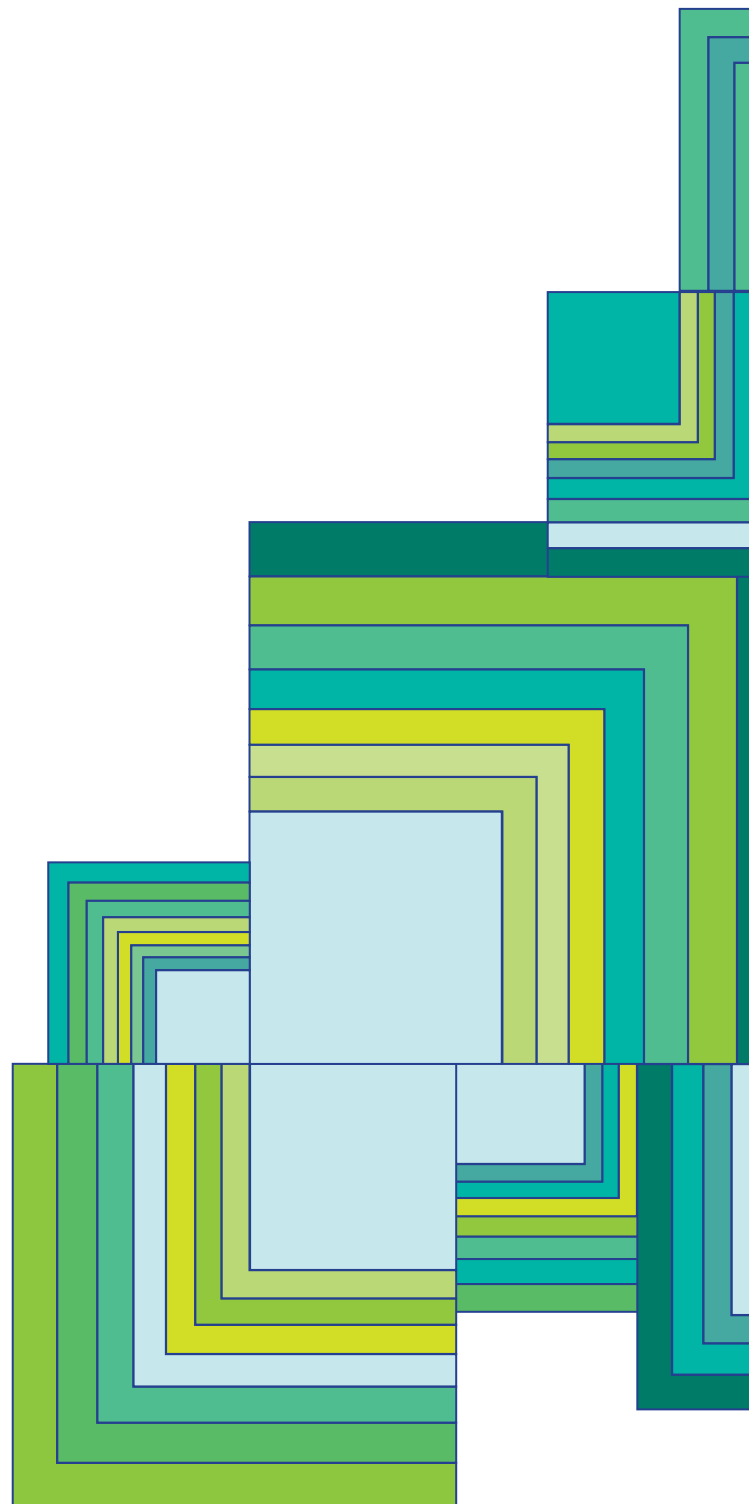
Zahlen 2012	Änderungen in Prozent gegenüber 2011	Bestand in Milliarden Euro
Bilanzsumme	2,9	750
Kundenkredite	4,4	443
– Kurzfristige Kredite und Wechsel	4,1	33
– Mittelfristige Kredite	3,3	28
– Langfristige Kredite	4,5	382
Kundeneinlagen	3,5	542
– Sichteinlagen	14,1	269
– Termineinlagen	–15,0	69
– Spareinlagen	0,0	187
– Sparbriefe	–14,8	17

Differenzen durch Runden

Ratings	FitchRatings (Verbundrating)	Standard & Poor's
Long-Term Issuer		
Default Rating (Langfristige Kreditbewertung)	A+	AA–
Short-Term Issuer		
Default Rating (Kurzfristige Kreditbewertung)	F1+	A-1+
Outlook (Ausblick)	Stable	Stable
Finanzstärkerating*	a+	aa–

* Viability Rating (Fitch); Stand-alone Credit Profile (SACP)
(Standard & Poor's).

Starke Partner



Inhalt

6

Drei mal drei

Was kommt, was bleibt, was uns antreibt – Fragen an den BVR-Vorstand

Unser Jahr in Bildern

11

Themen 2012

Schwerpunkte der genossenschaftlichen Bankengruppe

Grundsolide und erfolgreich!

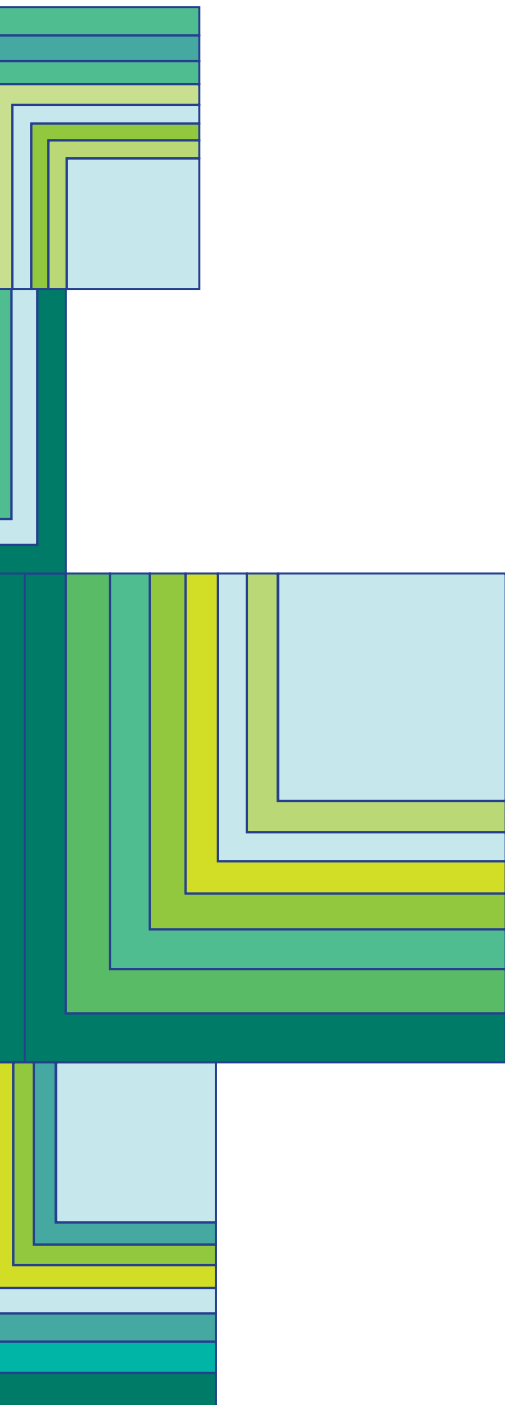
Die Genossenschaftsbanken wirtschaften nachhaltig und verlässlich – und ernten dafür viel Vertrauen aufseiten ihrer Kunden.

Langfristig sicher!

Nötige Spielregeln für den Finanzsektor sollten nicht zu einer unnötigen Überregulierung kleiner, solider Institute führen.

„Ein Gewinn für alle!“

Das Internationale Jahr der Genossenschaften 2012



21

Ergebnisse 2012

Geschäftsentwicklung der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Wirtschaft in Zahlen

Wirtschaft durch globales Umfeld belastet

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2012:
Konjunktur

Ein Drama mit versöhnlichem Ausklang

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2012:
Finanzmärkte

Unser Jahr in Zahlen

Ein starkes Jahr!

Geschäftsentwicklung 2012: Kreditgenossenschaften
auf stabilem Wachstumskurs

77

Gremien und Mitarbeiter

Organe, Fachräte und Organigramm des BVR

Vorstand

Verbandsrat
Verwaltungsrat

Fachrat Markt
Fachrat Informationstechnologie
Fachrat Produkte
Fachrat Zahlungsverkehr – Ringausschuss
Fachrat Steuerung
Fachrat Personal
Fachrat Bankrecht

Organigramm des BVR

115

Statistik 2012

Die deutschen Kreditgenossenschaften in Zahlen

Regionale Struktur: Kreditgenossenschaften insgesamt

Regionale Struktur: Kreditgenossenschaften mit
Warengeschäft

Regionale Statistik: Dreijahresvergleich

124

Aktivitäten 2012

Berichte aus der BVR-Facharbeit

Starke Partner

Ein starker Partner ist verlässlich und gibt auch in schwierigen Zeiten Halt. Die Kreditgenossenschaften in Deutschland haben sich im Jahr 2012 für ihre Kunden und Mitglieder erneut als starke Partner erwiesen. Im gesamtwirtschaftlich weiterhin unruhigen Fahrwasser fühlen sich über 30 Millionen Kundinnen und Kunden an der Seite der 1.101 Genossenschaftsbanken gut aufgehoben und vertrauen auf die Solidität und Stabilität der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Erneut konnten die Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und genossenschaftlichen Sonderinstitute ihre Erträge im Jahr 2012 steigern. Die weiterhin boomenden Mitgliederzahlen und ein überaus dynamisches Kreditgeschäft zeugen von der vitalen Partnerschaft zwischen den Genossenschaftsbanken und ihren Kunden. Der bemerkenswerte Anstieg der Mitglieder um 350.000 belegt: Es handelt sich um eine Partnerschaft, die langfristig angelegt ist. Schließlich nehmen die genossenschaftlichen Eigentümer aktiv an der Ausrichtung ihrer Bank teil und profitieren direkt vom Erfolg ihres Instituts. 17,3 Millionen Mitglieder zeigen: Nie war die Mitgliedschaft bei einer Genossenschaftsbank beliebter als heute. Eine bessere Bestätigung für das genossenschaftliche Geschäftsmodell kann es kaum geben.

Aber auch im direkten Geschäft mit Privatkunden und mit Firmenkunden punkten die partnerschaftlich agierenden Kreditgenossenschaften. Im Kreditgeschäft mit Firmenkunden legten die Volksbanken und Raiffeisenbanken mit einem Plus von 6,9 Prozent überdurchschnittlich gut zu. Auch bei den Privatkunden wuchs das Kreditgeschäft um 3,4 Prozent bei steigenden Marktanteilen.

Trotz eines intensiven Wettbewerbes um deutsche Spareinlagen entwickelte sich auch die Einlagenseite mit 3,5 Prozent erfreulich positiv. Die breite Refinanzierungsbasis der Primärbanken mit einem Einlagenüberhang von 100 Milliarden Euro – einer der wesentlichen Grundpfeiler für das im Jahr 2012 bestätigte Spitzenrating der genossenschaftlichen FinanzGruppe – konnte damit erfolgreich behauptet werden.

Die geschäftliche Entwicklung der genossenschaftlichen FinanzGruppe in den vergangenen Jahren belegt eindrucksvoll, wie zeitgemäß das Genossenschaftsbanking ist. Die gelebten Werte, die Leistungsfähigkeit und die stabilisierende Rolle der genossenschaftlichen FinanzGruppe in der deutschen Finanzwirtschaft überzeugen die Menschen und sorgen im Kundengeschäft für Marktanteilsgewinne. Wir gehen davon aus, dass die traditionell enge Partnerschaft der Kreditgenossenschaften zu ihren Kunden auch in den folgenden Jahren für alle Seiten Früchte tragen wird.

Uwe Fröhlich
Gerhard Hofmann
Dr. Andreas Martin

Drei mal drei

Was kommt, was bleibt, was uns antreibt – Fragen an den BVR-Vorstand

**Uwe Fröhlich, Präsident
des Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken**

Herausforderungen im Jahr 2013

Als genossenschaftliche FinanzGruppe konnten wir in der Vergangenheit Jahr für Jahr punkten. Das Vertrauen der Kunden in die Kreditgenossenschaften wächst, das Gleiche gilt für unsere Marktanteile insbesondere im Kreditgeschäft. Eine besondere Herausforderung ist es, diesen spürbaren Rückhalt in der Bevölkerung langfristig zu festigen. Wir wollen die Nummer eins unter den Banken bei der Kundenzufriedenheit sein und befinden uns auf dem besten Weg dorthin. So soll das erfolgreiche genossenschaftliche Geschäftsmodell unseren Kunden künftig noch stärker – komplementär zur Filiale vor Ort – auch im Internet zur Verfügung stehen. Zugleich wollen wir die direkte Beratung noch passgenauer an den Bedürfnissen unserer Kunden ausrichten.

Erwartungen an das Jahr 2013

Ich blicke gespannt auf dieses Jahr. Schließlich befinden wir uns im Jahr der Bundestagswahl. Die schärfere Regulierung des Bankensektors ist bei allen Parteien und auch in der Öffentlichkeit ein bestimmendes Thema. Hier wünsche ich mir von der Politik, dass sie in ihren Beschlüssen den diversen Geschäftsmodellen im Bankensektor

Rechnung trägt. Dieser Wunsch geht natürlich auch in Richtung der europäischen Instanzen. Bei allen wichtigen Regulierungsvorhaben sollte die Politik Augenmaß wahren und die stabilisierende Rolle der Kreditgenossenschaften anerkennen. Es ist nicht die Zeit für Aktionismus. Das ist den politischen Akteuren, die große Verantwortung tragen, sicher auch bewusst.

Was mich antreibt

Mein großer Antrieb ist es, unsere 1.101 Mitgliedsinstitute in ihrer Rolle als kundenorientierte, nachhaltig wirtschaftende und verlässliche Banken weiter zu stärken. Wir befinden uns in einer Zeit, in der zu Recht viel Wert auf Transparenz gelegt wird. Die Menschen schauen vermehrt auf Inhalte und nicht nur auf die Form. Für die genossenschaftliche FinanzGruppe ist dies ein gutes Umfeld. Wir haben Gelegenheit zu zeigen, auf welchen Werten unser tägliches Handeln basiert und welche vitale Struktur dem zugrunde liegt.

**Gerhard Hofmann, Mitglied des
Vorstandes beim Bundesverband
der Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken**

Herausforderungen im Jahr 2013

Auch das Jahr 2013 wird ein Jahr sein, in dem mit viel Energie und aus diversen Richtungen eine stärkere Regulierung von Banken vorangetrieben wird. Bei grundsätzlichem Verständnis für manche Überlegungen besteht für uns die zentrale Herausforderung darin, eine differenzierte Betrachtung von Risiken und Risikopotenzialen zu gewährleisten. Es darf nicht sein, dass etwa im Zuge der auf EU-Ebene diskutierten Maßnahmen zur Bankenunion am Ende nicht systemrelevante Institute – wie die Genossenschaftsbanken – stärker belastet werden als systemrelevante Banken. Ebenso lehnen wir Vergemeinschaftungstendenzen etwa in der Einlagensicherung entschieden ab.

Erwartungen an das Jahr 2013

Ich erhoffe mir, dass es an den Finanzmärkten und innerhalb der Geldpolitik gelingt, von dem zähen Krisenmodus endlich wieder in den Normalmodus zurückzukehren. Dies wird mehr als ein Jahr dauern, aber die Wende sollte eingeleitet werden. Notenbankzinsätze unterhalb der Inflationsrate und politisch beeinflusste Kapitalmarktzinsen dürfen nicht zu einem Dauerzustand werden. Dies sind Formen

Dr. Andreas Martin, Mitglied des Vorstandes beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

finanzieller Repression, die langfristig Schäden an den gesunden Versicherungen, Banken und Volkswirtschaften verursachen. Dies gilt es zu vermeiden.

Was mich antreibt

Bankenunion, Trennbanken, Anlageberatung ... – die Liste der Regulierungsvorhaben ist lang und wird immer länger. Ein klarer Antrieb ist es, weiterhin mit aller Kraft für vernünftige Lösungen einzutreten, welche die Belastung der Kreditgenossenschaften erträglich halten. Zum Wohl unserer Mitgliedsinstitute ist es nötig, diese Position auch künftig entschlossen zu vertreten.

Herausforderungen im Jahr 2013

Das große operative Thema dieses Jahres ist für die Kreditinstitute die Einführung der neuen SEPA-Zahlverfahren. Die genossenschaftliche Finanzgruppe ist bereits seit 2008 fit für SEPA. Die große Herausforderung ist nun, dafür zu sorgen, dass insbesondere Unternehmen, Vereine sowie die öffentlichen Verwaltungen bis Ende Januar 2014 ihre technischen Zahlungsverkehrsanwendungen und Buchhaltungssysteme auf SEPA umgestellt haben. Wir unterstützen unsere Kunden mit umfassenden Informationsmaterialien und -veranstaltungen. Schließlich ist die Tragweite der Umstellung durchaus mit der Einführung des Euro-Bargelds zu vergleichen. Auch die Politik ist hier gefordert, die von ihr selbst gesetzlich vorgegebene SEPA-Umsetzung noch aktiver zu begleiten. 2013 ist nicht nur Wahl-, sondern auch SEPA-Jahr.

Erwartungen an das Jahr 2013

Mit Blick auf den Markt erwarte ich ein Jahr, das von einem intensiven Konditionenwettbewerb geprägt sein wird. Der Kampf um das Einlagengeschäft zeigt, woher hier der Wind weht. Gleichzeitig wird uns das Niedrigzinsumfeld noch eine Weile begleiten.

Wichtig ist – wie 2012 –, unter Beweis zu stellen, dass die Genossenschaftsbanken auch unter diesen Rahmenbedingungen wettbewerbsfähig agieren – gestützt auf ein leistungsfähiges Universalbankangebot, verlässliche Kundenverbindungen und die Ausrichtung auf den Mittelstand vor Ort.

Was mich antreibt

Ein klares Ziel ist es, im laufenden Jahr die in unserer Gruppe vorhandenen Kräfte zu mobilisieren und zusammen die wichtigen Projekte voranzutreiben. Ein Beispiel dafür ist die neue, breit angelegte Optimierung sämtlicher Beratungsprozesse. Wir werden dabei dann erfolgreich sein, wenn wir die Menschen – das heißt die Berater in den Instituten – vom Nutzen der optimierten Prozesse überzeugen können. Dazu gehört ein funktionsgerechter Rollout in der IT genauso wie ein Einführungsmanagement, das nochmals die Zielsetzungen der an den Zielen und Wünschen unserer Kunden orientierten ganzheitlichen Beratung deutlich macht. Mich treibt an, gemeinsam mit Verbundunternehmen, Rechenzentralen und Verbänden die Grundlagen für diese „Top-Allfinanz-Filialberatung“ bereitzustellen.



1



2

Unser Jahr in Bildern

Zusammentreffen, Eindrücke,
Augenblicke



3



4



5



6



7



8



9

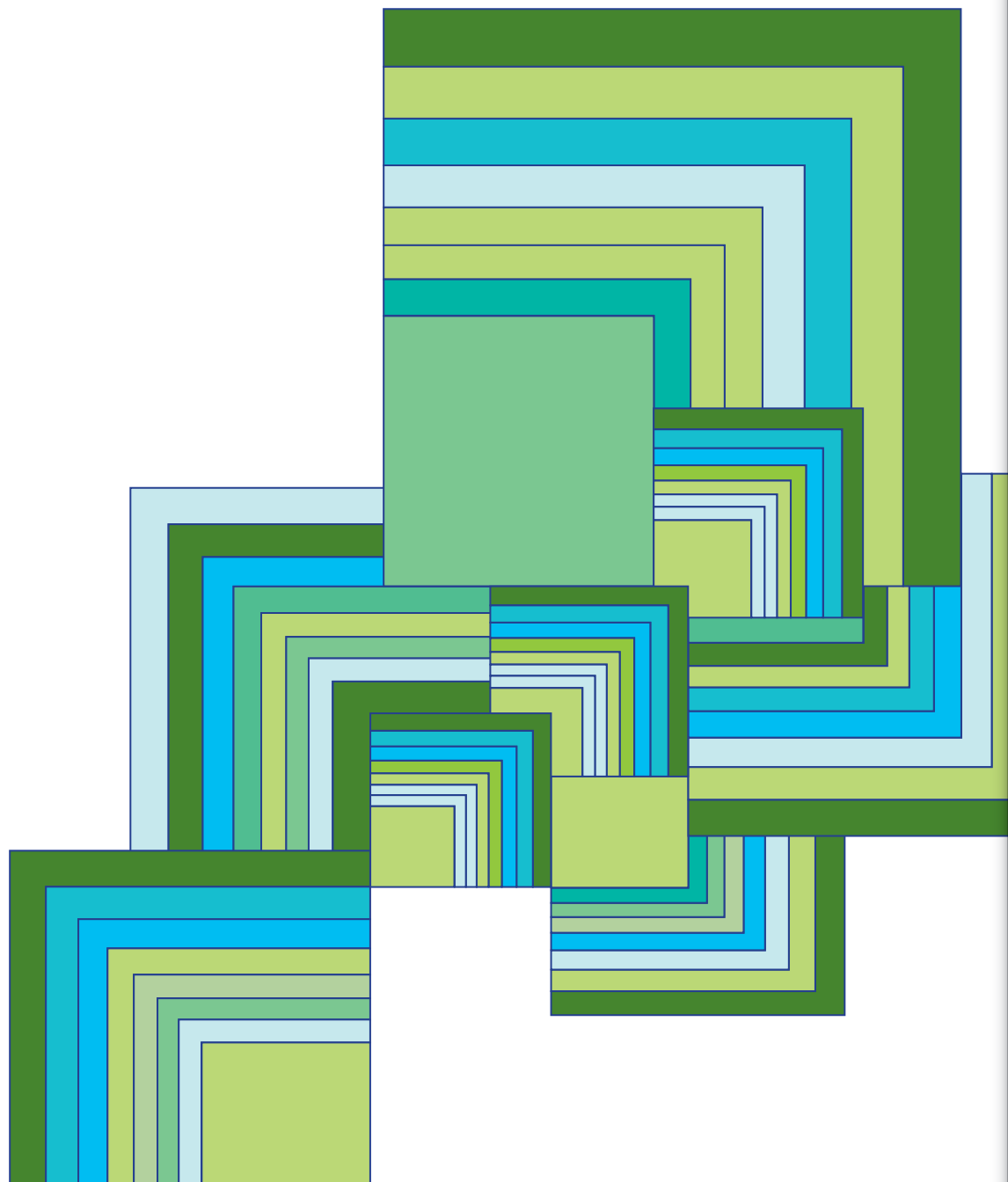


10

- 1 Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei ihrer Festrede anlässlich des Internationalen Jahres der Genossenschaften 2012.
- 2 Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Gespräch mit BVR-Präsident Uwe Fröhlich und weiteren Vertretern genossenschaftlicher Organisationen: Dr. Eckhardt Ott, Vorstandsvorsitzender des DGRV (links), DZ-BANK-Chef Wolfgang Kirsch (3. v. r.) und DRV-Präsident Manfred Nüssel (2. v. r.) beim großen Empfang zum Internationalen Jahr der Genossenschaften 2012.
- 3 Die BVR-Vorstände Dr. Andreas Martin (links) und Gerhard Hofmann (rechts) gemeinsam mit Dr. Thomas Steffen, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.
- 4 BVR-Präsident Uwe Fröhlich (rechts) und BVR-Vorstand Gerhard Hofmann (links) im Gespräch mit Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank (2. v. r.), und Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.
- 5 BVR-Präsident Uwe Fröhlich (rechts) im Gespräch mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank Dr. Jens Weidmann.
- 6 BVR-Präsident Uwe Fröhlich mit dem EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Michel Barnier (rechts) beim Parlamentarischen Abend des BVR in Brüssel.

- 7 BVR-Präsident Uwe Fröhlich (2. v. li) gemeinsam mit Bundespräsident Joachim Gauck (2. v. r.), DOSB-Präsident Dr. Thomas Bach (rechts) und Walter Schneeloch, Vizepräsident des DOSB (links), bei der Verleihung der „Sterne des Sports“ in Berlin.
- 8 BVR-Präsident Uwe Fröhlich im Gespräch mit der geschäftsführenden Direktorin des IWF Christine Lagarde.
- 9 BVR-Präsident Uwe Fröhlich (Mitte) und DZ-BANK-Chef Wolfgang Kirsch (links) im Gespräch mit Bundesfinanzminister und Träger des Karlspreises 2012 Dr. Wolfgang Schäuble. Im Hintergrund: Viviane Reding, Vizepräsidentin der EU-Kommission.
- 10 Die BVR-Vorstände Gerhard Hofmann (links) und Dr. Andreas Martin im Gespräch mit Sven Giegold MdEP, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament (rechts), am Rande der Verleihung des Karlspreises 2012 an Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Foto 3: Kai Bienert, Foto 6: BVR, Fotos 1 und 2: Marc Darching
Fotos 4, 5, 7, 8, 9 und 10: Bernd Lammel



Themen 2012

Schwerpunkte der
genossenschaftlichen Bankengruppe

12

Grundsolide und erfolgreich!

Die Genossenschaftsbanken wirtschaften nachhaltig und verlässlich – und ernten dafür viel Vertrauen aufseiten ihrer Kunden.

18

„Ein Gewinn für alle!“

Das Internationale Jahr der Genossenschaften 2012

14

Langfristig sicher!

Nötige Spielregeln für den Finanzsektor sollten nicht zu einer unnötigen Überregulierung kleiner, solider Institute führen.

Grundsolide und erfolgreich!

Die Genossenschaftsbanken wirtschaften nachhaltig und verlässlich – und ernten dafür viel Vertrauen aufseiten ihrer Kunden.

„Gäbe es ein Ranking der zufriedens-
ten Bankeigentümer, die Besitzer von
deutschen Genossenschaftsbanken
hätten mit Sicherheit die Nase vorn“,
schrieb das Handelsblatt im Februar
dieses Jahres. „Der Glanz der Genos-
sen“, titelte die Zeitung im März. Und
weiter: „So profitabel wie die deut-
schen Volksbanken und Raiffeisenban-
ken hat 2012 wohl keine andere Ban-
kengruppe gewirtschaftet.“

Nicht nur die große öffentliche Resonanz, sondern vor allem die guten Zahlen des abgelaufenen Jahres zeigen: Die Genossenschaftsbanken wirtschaften solide und stabil. Der nochmals gegenüber 2011 um rund 4 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro gesteigerte Jahresüberschuss, die gewonnenen Marktanteile bei der Kreditvergabe, die organisch wachsenden Kundeneinlagen und nicht zuletzt die stetig steigenden Mitgliederzahlen machen das Geschäftsmodell der Genossenschaftsbanken, insbesondere in diesen unruhigen Zeiten, zu einem Erfolgsmodell.

So definieren sich Genossenschaftsbanken seit je über Kundenbeziehungen und stehen mit ihrem werteorientierten Geschäftsmodell ihren Kunden nachhaltig zur Seite. Dies schafft – wie die vielen positiven Entwicklungen zeigen – großen Rückhalt in der Bevölkerung.

350.000 neue Mitglieder kamen im Jahr 2012 netto hinzu. Insgesamt 17,3 Millionen Menschen halten nun Anteile an den deutschen Genossenschaftsbanken. Sie entschieden sich damit nicht kurzfristig, sondern dauerhaft für ihre Genossenschaftsbank und sind als Mitglieder fortan ein Teil von ihr.

Vertrauensstiftend

Die jährlich vom BVR und seinen Mitgliedsinstituten durchgeführte Kundenzufriedenheitsanalyse spricht zudem eine deutliche Sprache: So gaben bei der jüngsten Befragung mehr als 90 Prozent der über 65.000 befragten Kunden an, zufrieden bis ausgesprochen zufrieden mit ihrer Bank zu sein. Überdies haben sich die Zufriedenheitswerte bei den Genossenschaftsbanken – in einer Zeit, in der die Bankenbranche insgesamt harter Kritik ausgesetzt war – gegen den Trend und kontinuierlich verbessert. Zu einer langfristig soliden Aufstellung gehört jedoch auch immer, sich auf künftige Entwicklungen einzustellen. Im Bereich der Nachwuchsförderung sind die Genossenschaftsbanken ebenfalls vorbildlich. So stieg im Jahr 2012 die Zahl der Auszubildenden in den Ortsbanken um 400 auf nun 12.100 an. Dies ist der größte Anstieg seit fünf Jahren. Die Ausbildungsquote beträgt 8,1 Prozent. Damit zeigen die Kreditgenossenschaften, dass sie bereits auf die kommenden Szenarien der demografischen Entwicklung reagieren. Zugleich präsentieren sie sich auch gegenüber ihren Mitarbei-

tern als verlässlich. Während in anderen Bereichen der Finanzbranche die Zahl der Mitarbeiter kontinuierlich sinkt, ist die Zahl der Menschen, die für eine Genossenschaftsbank arbeiten, seit Jahren nahezu gleichbleibend hoch.

Zukunftsweisend

Nah an den Menschen zu sein und diesen gegenüber verlässlich zu agieren bedeutet auch, neue Bedürfnisse zu erkennen und sich auf ein verändertes Kundenverhalten einzustellen. Die genossenschaftliche FinanzGruppe unternimmt sehr viel dafür, um jederzeit die Erwartungen der Kunden erfüllen zu können und dabei stets genossenschaftliche Werte im Blick zu haben.

Ein anhaltender Zukunftstrend ist die Digitalisierung. So sind die Genossenschaftsbanken in Deutschland aktuell dabei, das Fundament ihres Geschäftsmodells – das große Filialnetz – maßgeblich und spürbar um einen leistungsfähigen Vertriebs- und Kommunikationskanal Internet zu ergänzen. Hier hat sich in den vergangenen Jahren natürlich bereits sehr viel getan. Nun aber wird das gemeinsame Onlineprofil weiter geschärft, um den Kunden noch direkter und zielgenauer mit bedarfsorientierten Angeboten der FinanzGruppe erreichen zu können. Parallel dazu soll die Beratungsqualität im Filialgeschäft durch neue kundenorientierte Beratungsprozesse weiter gesteigert werden.

Auch dieser Zweiklang zeigt: Es wird nicht das eine getan und das andere gelassen. Vielmehr gilt es beides – die Beratungsqualität in der Filiale vor Ort und die Angebote im Netz – so gut miteinander zu kombinieren, dass jeder Kunde in der Lage ist, die für ihn passende Beratung und den für ihn besten Weg zu seiner Bank finden zu können. Die Genossenschaftsbanken denken vom Kunden und ihren Mitgliedern her und vergessen dies zu keiner Zeit. Auch das ist ein Grund für ihre solide Position. Transparenz, Nachhaltigkeit und Sicherheit sind die großen Anforderungen die alle Banken aus Sicht der Verbraucherschützer zu erfüllen haben. Bei den Genossenschaftsbanken sind diese seit je – manifestiert durch die Mitgliedschaft und den genossenschaftlichen Förderauftrag – ein struktureller Bestandteil des Geschäftsmodells. Das macht die Kreditgenossenschaften zu Banken der besonderen und der besonders verlässlichen Art.

Langfristig sicher!

Nötige Spielregeln für den Finanzsektor sollten nicht zu einer unnötigen Überregulierung kleiner, solider Institute führen.

Politik, Aufsicht und Banken haben aus der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 zu Recht den Schluss gezogen, dass der Finanzsektor und seine Spielregeln sich besonders nach der zuvor erfolgten Deregulierung der Finanzmärkte verändern müssen. Das erklärte Ziel: Risikoreiche Geschäfte sollen stärker mit Eigenkapital unterlegt werden und die Liquidität der Banken soll sich verbessern.

Bei der Vielzahl aktueller Regulierungsvorhaben erscheint es jedoch fraglich, ob die Politik die Gesamtauswirkungen ihrer Maßnahmen noch im Blick hat. Immer mehr Maßnahmenpakete aus Berlin und Brüssel kommen auf die Kreditinstitute zu, ohne dass es zu einer umfassenden Analyse der kumulierten Folgen auf die Volkswirtschaft kommt.

Die deutschen Genossenschaftsbanken stellen ihre Mitglieder und Kunden in den Mittelpunkt ihres Handelns. Daher ist es kaum akzeptabel, dass die zunehmende Komplexität der aktuellen Regulierungsvorhaben das risikoarme Geschäft (siehe auch Beitrag auf Seite 12) der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken Raiffeisenbanken durch einen zu großen bürokratischen Überbau erschwert.

Die hohen regulatorischen Anforderungen in administrativer Hinsicht sind mit der Größenordnung der Institute und dem Risiko, das von ihnen ausgeht, nur schwer in Einklang zu bringen. Einige der zahlreichen Vorhaben seien an dieser Stelle kurz kommentiert.

Thema

Trennbanken

Im Vorgriff auf mögliche Vorschläge der EU-Kommission hat die Bundesregierung im Februar ihren Gesetzentwurf zur Abschirmung von Risiken sowie zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen vorgelegt. Einlagenkreditinstitute beziehungsweise Gruppen sind demnach angehalten, spekulative Geschäfte in ein eigenständiges Finanzhandelsinstitut auszugliedern.

Die EU-Kommission wird ihre legislativen Vorschläge voraussichtlich Ende des zweiten Quartals 2013 vorlegen. Der deutsche Gesetzentwurf ist ein überraschender Vorgriff auf europäische Gesetzgebungsvorhaben. Mit der Vorstellung der europäischen Bankenunion (siehe folgende Themen) dürfte dies kaum zu vereinbaren sein. Ob Elemente eines Trennbankensystems eingeführt werden oder nicht, müsste in einer europäischen Bankenunion einheitlich geregelt werden. Ebenso bleiben Zweifel hinsichtlich der Wirksamkeit der Vorschläge. Aufgetretene Probleme im deutschen Bankensystem – etwa bei der Hypo Real Estate – lassen sich nicht mit einem Übermaß an risikoreichem Investmentbanking erklären, sondern mit einer falschen Risikoeinschätzung im Hinblick auf AAA-geratete ABS-Papiere, denen meist intransparente Immobilienrisiken zugrunde lagen.

Mit Blick auf die genossenschaftliche FinanzGruppe – als Netzwerk von 1.101 unabhängigen, aber geschäfts- und haftungsmäßig verbundenen Banken – sollte berücksichtigt werden, dass die Handels- und Liquiditätspositionen der beiden Zentralbanken DZ BANK und WGZ BANK zu großen Teilen verbundinterne Geschäfte betreffen. Diesen liegt entweder ein Kundengeschäft oder ein Zinssicherungsgeschäft einer Volksbank oder Raiffeisenbank zugrunde. Es geht hier also nicht um isolierte spekulative und risikoreiche Transaktionen. Die Funktion eines Zentralinstituts innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe hat vielmehr risikomindernde Wirkung. Deshalb sollten bei den gesetzlichen Schwellenwerten – die das Verbot bestimmter

Geschäfte und damit eine Ausgliederung in eine Tochtergesellschaft auslösen – verbundinterne Transaktionen abgezogen werden.

Die nachweislich stabilen und arbeitsteiligen Verbundstrukturen sollten durch ein solches Gesetz nicht auseinanderdefiniert werden. Damit würde ein Geschäftsmodell belastet, das unter Risikogesichtspunkten gar nicht im Fokus steht. Es wäre eine krasse Form fehlgeleiteter Regulierung.

Thema

Krisenmanagementrichtlinie

Die EU-Kommission plant – im Rahmen der vielfältigen Vorhaben und Diskussionspunkte zu einer europäischen Bankenunion – mit ihrer Krisenmanagementrichtlinie die Einrichtung von Abwicklungsbehörden in den Mitgliedsstaaten. Dieses Vorhaben wird mittlerweile auch im Ministerrat und im Europäischen Parlament beraten. Die Abwicklungsbehörden sollen über weitreichende Befugnisse zur Prävention, Frühintervention und Abwicklung verfügen. Tritt bei einem Kreditinstitut ein Abwicklungsfall ein, können die Abwicklungsbehörden das Institut verkaufen, eine Brückenbank errichten, Vermögenswerte separieren oder Schulden abschreiben und diese in Eigenkapital umwandeln (sogenanntes „Bail-in“). Finanziert werden sollen die Abwicklungsmaßnahmen über national zu errichtende Abwicklungsfonds. Das Vermögen sollen die Institute einbringen. Es ist geplant, dass Banken auf Verlangen von Abwicklungsfonds aus anderen Mitgliedsstaaten auch finanzielle Transferleistungen an diese erbringen müssen.

Wenn es um die Sanierung und Abwicklung von Banken geht, sollte die positive Rolle der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) berücksichtigt werden. Diese hat seit ihrer Gründung im Jahr 1934 ohne Ausnahme dafür gesorgt, dass kein einziges Genossenschaftsinstitut insolvent wurde, kein Einleger Geld verloren hat und nie Steuergelder zugunsten der Mitgliedsinstitute eingesetzt werden mussten. Vielmehr hat die Sicherungseinrichtung stets die Sanierung oder die Fusion mit einer gesunden Bank organisiert. Es ist deshalb auch im Interesse des Steuerzahlers, dass bewährte Mechanismen wie zum Beispiel anerkannte Einrichtungen zur Institutssicherung auch nach Inkrafttreten der Krisenmanagementrichtlinie voll funktionsfähig bleiben.

Zudem sollte die Richtlinie primär für systemrelevante Institute gelten. Kleinere, nicht systemrelevante Banken – wie etwa Genossenschaftsbanken oder Sparkassen – sollten von einer Verpflichtung zur Erstellung von Sanierungsplänen ausgenommen werden. Der Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Absicherung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen weist hier in eine richtige Richtung. Schließlich haben hier – zumindest zunächst – nur potenziell systemgefährdende Institute einen Sanierungsplan zu erstellen.

Thema

**Einheitlicher
Aufsichtsmechanismus**

Als erste Säule der Bankenunion plant die EU-Kommission eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht zu installieren. Mitte September 2012 hat sie ihre Vorschläge für eine Aufsicht – angesiedelt bei der Europäischen Zentralbank (EZB) – vorgelegt. Seit Ende April dieses Jahres liegt nun eine Einigung mit dem Rat und dem Europäischen Parlament dazu vor. Anders als ursprünglich vorgesehen, sollen demnach nur Kreditinstitute, deren Bilanzsumme 30 Milliarden Euro überschreiten oder deren Bilanzsumme mindestens 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in ihrem Heimatland ausmacht, oder aber Institute, die bereits Hilfgelder von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) beziehungsweise vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erhalten haben, direkt durch die EZB überwacht werden. Allerdings kann die EZB in Ausnahmefällen auch für von ihr nicht direkt beaufsichtigte Institute die unmittelbare Aufsicht an sich ziehen.

Die Ausnahme kleinerer und mittlerer Institute von einer direkten Aufsicht durch die EZB ist ein guter und richtiger Schritt, an dem festgehalten werden sollte. Die Übernahme der direkten Aufsicht kleinerer und mittlerer Institute durch die EZB sollte jedoch an schärfere Bedingungen geknüpft werden. Grundsätzlich ist es sinnvoll, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) weiterhin für die Beaufsichtigung nur national oder lokal tätiger Institute zuständig bleibt. Eine Übernahme der Aufsicht durch die EZB sollte nur in absoluten Ausnahmefällen möglich sein. Auch sollten Institute, die nicht direkt von der EZB beaufsichtigt werden, nicht für deren Finanzierung herangezogen werden.

Thema

Einlagensicherung

Als eine weitere Säule der europäischen Bankenunion wurde auch die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Einlagensicherungssystems gefordert. Verschiedene nationale Einlagensicherungssysteme sollten dabei in einer einheitlichen europäischen Einlagensicherung aufgehen beziehungsweise es sollten Transferleistungen zwischen den nationalen Sicherungssystemen vorgesehen werden. Diese diskutierte Vergemeinschaftung von Risiken würde – mit Blick auf die aktuelle Situation der Kreditwirtschaft in einigen europäischen Staaten – zu einer Belastung der deutschen Kreditinstitute führen. Das Prinzip der Eigenverantwortung würde geschwächt. Die Gefahr eines sogenannten „moral hazards“ erhöht. Auch würden durch eine gemeinsam haftende europäische Einlagensicherung die deutschen Sicherungssysteme belastet. Dies wäre nicht im Interesse des Kunden und würde auch zu wettbewerbsrechtlichen Verzerrungen führen. Kreditinstitute in Ländern mit starken Einlagengeschäften, wie Deutschland, würden im Verhältnis zu eher im Investmentgeschäft tätigen Kreditinstituten anderer Länder überproportionale Beiträge erbringen.

Die Schaffung gemeinsamer europäischer Einlagensicherungssysteme wird deshalb auch von der deutschen Bundesregierung entschieden abgelehnt. Zielführender ist es, die zwischen Rat und Europäischem Parlament schon intensiv abgestimmte Einlagensicherungsrichtlinie zügig zu verabschieden. Dadurch würden europaweit einheitliche Sicherungsstandards für nationale Systeme vorgegeben und das Kundenvertrauen gestärkt. Wichtig sind in jedem Fall europaweite Standards, die die Einlagensicherungen in anderen Ländern ähnlich wie in Deutschland stärken und belastbar machen. Die Institutssicherung des BVR sichert die Einlagen der Kunden der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und aller anderen genossenschaftlichen Kreditinstitute weiter in unbegrenzter Höhe. Das seit zirka 80 Jahren bewährte System der Institutssicherung ist für Kunden und Staat wertvoll. Die genossenschaftliche Finanzgruppe verteidigt es deshalb entschlossen in Brüssel.

„Ein Gewinn für alle!“

Das Internationale Jahr
der Genossenschaften 2012

Stabil, verlässlich, anerkannt: Als „Internationales Jahr der Genossenschaften“ riefen die Vereinten Nationen das Jahr 2012 aus. Weltweit wurde das tradierte Gleichgewicht von ökonomischen Zielen und sozialer Verantwortung – für das die Genossenschaften und mit ihnen die Kreditgenossenschaften stehen – gewürdigt. Die genossenschaftlichen Institutionen machten gemeinsam auf sich aufmerksam. Ihre Botschaft: „Ein Gewinn für alle – Die Genossenschaften“.

Es war eine besondere Botschaft, dass die Vereinten Nationen – in Zeiten globaler wirtschaftlicher Instabilität – die Genossenschaften als Stabilitätsanker und Bewahrer einer sozialen Marktwirtschaft in den Fokus rückten. Weltweit wurde die genossenschaftliche Organisationsform als zeitgemäße Antwort auf ökonomische Unwägbarkeiten und als strukturierendes Element regionaler Wirtschaftskreisläufe gepriesen. Und dies trotz oder gerade wegen ihrer langen Tradition. Eine Fülle von Zitaten namhafter Personen zum Internationalen Jahr der Genossenschaften unterstreicht die besondere Bedeutung genossenschaftlicher Strukturen. Anbei eine Auswahl. www.genossenschaften.de

„Genossenschaften zeigen der Weltgemeinschaft, dass ökonomische Zielsetzungen und soziale Verantwortung gleichsam erreicht werden können. Kreditgenossenschaften, ländliche und gewerbliche Genossenschaften stabilisieren regionale Wirtschaftskreisläufe und sorgen für lokale Beschäftigung.“

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon

„Genossenschaften sind eine moderne, effiziente und soziale Form des gemeinsamen Wirtschaftens.“

Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

„Gerade in den Krisenjahren 2008/2009 waren es die Genossenschaftsbanken, die unseren Mittelstand vor einer Kreditklemme bewahrt haben. Das dürfen wir nicht vergessen. Gerade wenn wir jetzt über neue Formen auch der Regulierung reden (...).“

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

„Besonders in schwierigen Zeiten ist das Miteinander bei Genossenschaften mehr als nur eine schätzenswerte Alternative, denn die Genossenschaften stabilisieren regionale Wirtschaftskreisläufe und engagieren sich für die Menschen vor Ort.“

Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg

„Eines der Erfolgsgeheimnisse von Genossenschaften liegt sicherlich in ihren regionalen Bezügen. Sie sind fest verankert in der Region. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass dieser Gedanke angesichts der Globalisierung, des globalen Zusammenwachsens, in Zukunft noch stärker wirken wird.“

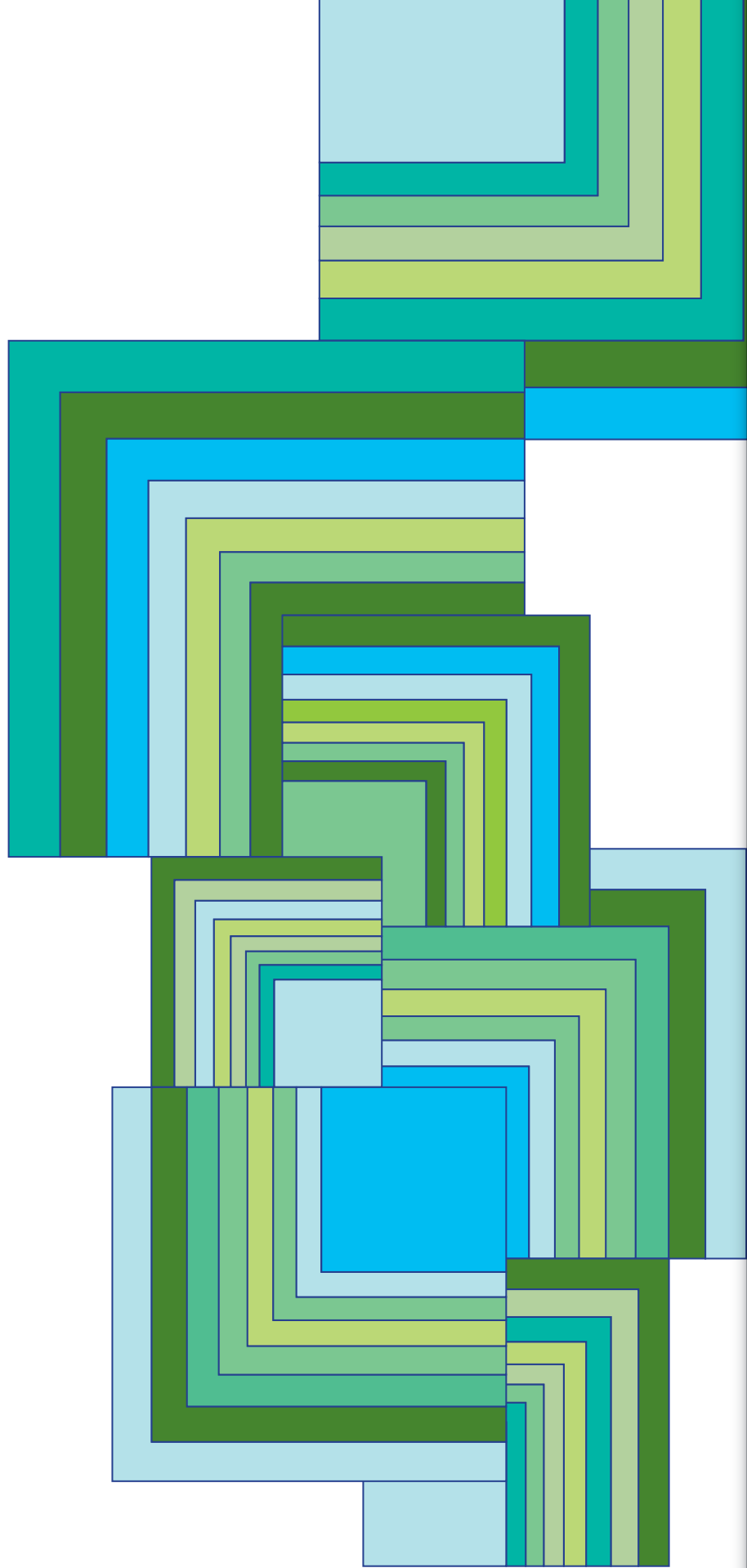
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

„Genossenschaftliche Unternehmen gestalten eine bessere Welt – das Motto des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Jahres der Genossenschaften könnte kaum besser gewählt sein.“

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

„Angesichts der Exzesse auf den Finanzmärkten wirkt der Genossenschaftsgedanke geradezu wie ein Gegenentwurf zu kurzfristigem Renditestreben. Er ist aktueller denn je. Genossenschaften blicken auf eine beeindruckende Erfolgsgeschichte zurück.“

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin



Ergebnisse 2012

Geschäftsentwicklung der
Volksbanken und Raiffeisenbanken

22

Wirtschaft in Zahlen

25

Wirtschaft durch globales Umfeld belastet

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2012:
Konjunktur

33

Ein Drama mit versöhnlichem Ausklang

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2012:
Finanzmärkte

38

Unser Jahr in Zahlen

41

Ein starkes Jahr!

Geschäftsentwicklung 2012: Kreditgenossenschaften
auf stabilem Wachstumskurs

DZ BANK Gruppe

WGZ BANK

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

DG HYP

Union Investment Gruppe

DZ PRIVATBANK

Münchener Hypothekenbank eG

WL BANK

R+V Versicherung

VR-LEASING Aktiengesellschaft

TeamBank AG

BAG Bankaktiengesellschaft

Deutscher Genossenschaft-Verlag eG

Wirtschaft in Zahlen

0,7

Prozent reales Wirtschaftswachstum erzielte Deutschland im Jahr 2012. Der Zuwachs fiel damit deutlich niedriger aus als in den Jahren 2010 (4,2 Prozent) und 2011 (3,0 Prozent). Diese Jahre waren noch von Aufholeffekten nach der großen Rezession der Jahre 2008/2009 geprägt. Trotz des schwierigen globalen Umfeldes wurde das Wachstum vor allem vom Außenhandel getragen.

29,1

Prozent betrug die Jahreswachstumsrate des DAX im vergangenen Jahr. Damit pendelte sich der Deutsche Aktienindex zum Jahresultimo bei 7.612 Punkten ein. Das gesamte Jahr 2012 hielt für DAX-Aktionäre viel Licht und Schatten bereit: Nach einem kurzen Aufwärtstrend zu Jahresbeginn sorgten sich eintrübende Konjunkturaussichten sowie die zunehmende Unsicherheit über den Fortbestand des europäischen Währungsraumes für massive Kursverluste. Erst die Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der europäischen Staatengemeinschaft konnten die Wende am DAX herbeiführen. Am Ende bescherten diese dem deutschen Leitindex dann doch noch ein deutliches Jahresplus.

1,5

Prozent realen Umsatzrückgang mussten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Vergleich zum Vorjahr hinnehmen. Ausschlaggebend hierfür war der Inlandsabsatz, der sich vor dem Hintergrund der insgesamt schwachen Investitionstätigkeit um 2,4 Prozent verminderte. Der Auslandsabsatz schwächte sich hingegen nur geringfügig um 0,4 Prozent ab.

4,2

Milliarden Euro Finanzierungsüberschuss erzielte die öffentliche Hand im Jahr 2012. Erst zum zweiten Mal seit der Wiedervereinigung schrieb der Staat damit keine roten Zahlen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wandelte sich der staatliche Haushaltssaldo von einem Defizit von 0,8 Prozent zu einem geringfügigen Überschuss von 0,2 Prozent.

40

Milliarden US-Dollar hoch fielen die monatlichen Aufkäufe von hypotheckenbesicherten Wertpapieren durch die Federal Reserve Bank ab September 2012 aus. Angesichts einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und konjunktureller wie auch finanzpolitischer Unsicherheiten in den USA hatte die Notenbank dieses dritte Aufkaufprogramm für Anleihen aufgelegt. Eingestellt werden sollen die Käufe erst, wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten deutlich verbessert hat.

41,61

Millionen Menschen gingen im Jahresdurchschnitt 2012 in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nach. Ihre Anzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 449.000 Personen erhöht. Damit erreicht sie einen neuen Höchststand. Die Arbeitslosenzahl ging hingegen gegenüber dem Jahr 2011 um 79.000 Personen auf 2,89 Millionen Menschen zurück.

2,0

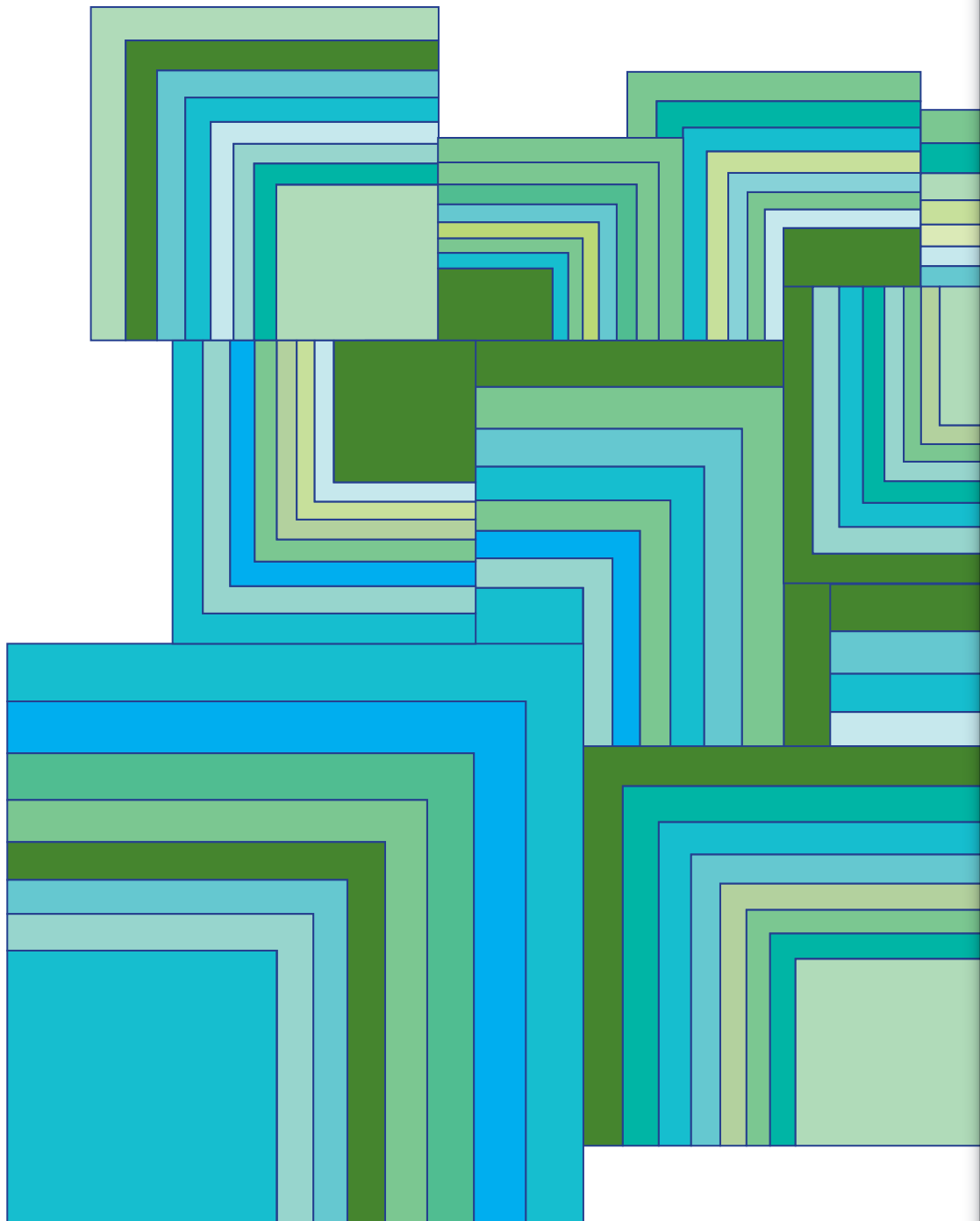
Prozent betrug die Inflationsrate Deutschlands im Jahresdurchschnitt 2012. Sie hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,1 Prozentpunkte vermindert. Zur Gesamtteuerung trugen insbesondere die Preise für Energie und Nahrungsmittel bei, die im Mittel um 5,7 Prozent beziehungsweise 3,4 Prozent angehoben wurden.

1,16

Prozent betrug das neue Rendite-Allzeittief deutscher Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zum Jahreshöhepunkt der Euro-Staatsschuldenkrise im Juli 2012.

1,21

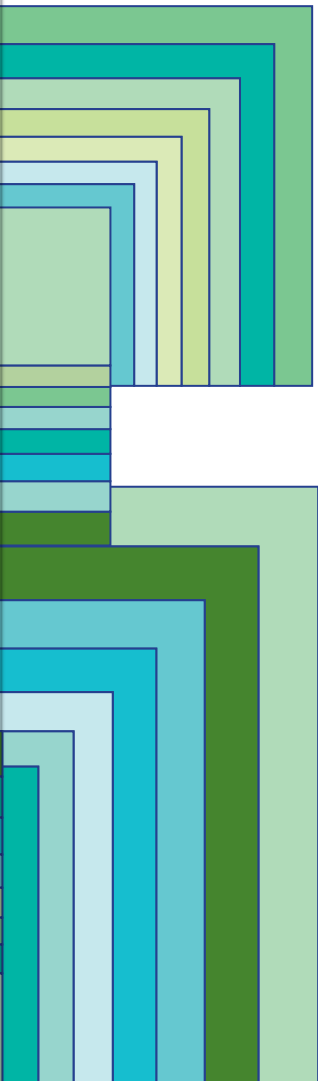
US-Dollar kostete der Euro, als er Ende Juli 2012 seinen Jahrestiefpunkt erreicht hatte. Ausschlaggebend hierfür waren in erster Linie die wachsenden Sorgen um den Fortbestand des europäischen Währungsraumes, die eine Folge der sich zuspitzenden Euro-Staatsschuldenkrise waren.



Wirtschaft durch globales Umfeld belastet

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
2012: Konjunktur

Die Staatsschuldenkrise in Teilen des Euroraums und die verhaltene Weltkonjunktur dämpften 2012 das Wirtschaftswachstum Deutschlands merklich. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt stieg gemäß den ersten amtlichen Schätzungen preisbereinigt um 0,7 Prozent. Es wuchs damit erheblich schwächer als im Vorjahr (3,0 Prozent). Während die Wirtschaftsleistung zu Beginn des Jahres – begünstigt durch einen zeitweilig lebhaften Außenhandel – noch deutlich zulegen ließ, ließen die Auftriebskräfte zum Jahresende spürbar nach. Die schwächere Gangart der Weltwirtschaft und die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Schuldenkrise schlugen verstärkt auf das Außenhandelsgeschäft und die Investitionsausgaben der inländischen Unternehmen durch. Auf Jahressicht leistete der Außenhandel dennoch den größten Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts, während von den Investitionen insgesamt keine Wachstumsimpulse ausgingen. Aber auch die Konsumausgaben der privaten und öffentlichen Haushalte trugen wie in den Vorjahren zum Wirtschaftswachstum bei.



Konsumausgaben erneut gestiegen

Der Privatkonsum, der im Vorjahr so stark wie seit 2006 nicht mehr expandierte, legte 2012 preisbereinigt um moderate 0,6 Prozent zu. Höhere Tarifabschlüsse und die anhaltend günstige Beschäftigungsentwicklung stimulierten die Konsumbereitschaft. Darüber hinaus wurden zur Jahresmitte die Rentenbezüge spürbar angehoben. Zudem belastete der allgemeine Preisauftrieb die Kaufkraft der Verbraucher weniger stark als im Vorjahr. Der Staat weitete seine Konsumausgaben ebenfalls aus. Der Beitrag, den der Staatskonsum zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum lieferte (0,3 Prozentpunkte), fiel unter dem Einfluss steigender Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst fast so hoch aus wie der Beitrag des Privatkonsums (0,4 Prozentpunkte).

Durchwachsenes Investitionsklima

Ungeachtet der nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen war die Investitionsbereitschaft 2012 erheblich geringer als im Vorjahr. Dies trifft insbesondere auf die Ausrüstungs- und Lagerinvestitionen zu. Diese gingen wegen der vielfach eingetrübten Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen merklich zurück. Für sich betrachtet verringerten sie den Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozentpunkte. Auch die Bauinvestitionen sanken. Sie wiesen in den einzelnen Sparten allerdings unterschiedliche Entwicklungen auf. Die Wohnungsbauinvestitionen stiegen infolge niedriger Hypothekenzinsen, der günstigen Arbeitsplatz- und Einkommensperspektiven sowie der gestiegenen Präferenz für „Betongold“ preisbereinigt um 0,9 Prozent. Im Wirtschaftsbau nahmen die Investitionen, angesichts der tendenziell gesunkenen Kapazitätsauslastung der Industriebetriebe und der allgemeinen Wachstumsabschwächung, um 2,0 Prozent ab. Die öffentlichen Bauinvestitionen brachen aufgrund des Auslaufens der Konjunkturprogramme von 2008/2009 um 10,4 Prozent ein.

Außenhandel expandierte weniger stark

2012 verloren die Außenhandelsaktivitäten der deutschen Wirtschaft sichtlich an Schwung. Der Anstieg des Exportvolumens halbierte sich mit 3,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr (7,8 Prozent) nahezu. Hierfür war vor allem der Rückgang im Handel mit den von Staatsschuldenkrisen betroffenen Ländern Spanien, Portugal, Griechenland und

Zypern verantwortlich. Aber auch in den übrigen Ländern des Euroraums war die Nachfrage nach deutschen Exportgütern überwiegend schwach. Dem insgesamt verhaltenen Europa-Geschäft stand eine teils rege Nachfrage aus Drittstaaten wie Japan, den USA und den Schwellenländern gegenüber. Die Importe stiegen mit 1,8 Prozent ebenfalls deutlich schwächer als im Vorjahr (7,4 Prozent). Dämpfer waren hier der geringere Exportzuwachs und die rückläufige inländische Nachfrage nach Investitionsgütern.

Öffentlicher Gesamthaushalt ausgeglichen

Die finanzielle Situation der öffentlichen Hand entspannte sich weiter. Hierzu trugen zum einen die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung bei. Sie dämpften den Zuwachs der Staatsausgaben. Zum anderen nahmen die staatlichen Einnahmen zu, auch aufgrund der kräftig gestiegenen Lohn- und Gehaltssumme. So erzielte der deutsche Staatssektor 2012 zum zweiten Mal seit der Wiedervereinigung und zum vierten Mal seit dem Jahr 1970 wieder einen ausgeglichenen Gesamthaushalt. Zuletzt beendete der Staat das Jahr 2007 mit schwarzen Zahlen.

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes schloss die öffentliche Hand das Jahr 2012 mit einem leichten Finanzierungsüberschuss von 4,2 Milliarden Euro ab. Dabei stellt sich die Lage der einzelnen Gebietskörperschaften unterschiedlich dar. Während Bund und Länder insgesamt weiterhin ein Haushaltsdefizit hinnehmen mussten, verzeichneten die Sozialversicherungen und Gemeinden einen Budgetüberschuss. Die Defizitquote – die Relation aus dem staatlichen Finanzierungssaldo und dem nominalen Bruttoinlandsprodukt – stieg im Vergleich zum Vorjahr von –0,8 Prozent auf +0,2 Prozent.

Erwerbstätigenzahl erreichte neuen Höchststand

Am deutschen Arbeitsmarkt setzten sich Anfang 2012 zunächst die positiven Trends der vergangenen Jahre fort. Die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl tendierte nach oben. Die Arbeitslosigkeit ging zurück. Im Jahresverlauf verlor der Aufschwung aber spürbar an Tempo. Neben der Verschlechterung des Konjunkturfeldes waren hierfür auch der Rückgang der leicht mobilisierbaren Arbeitskraftreserven und das allmähliche Nachlassen der positiven Effekte der vorangegangenen Arbeitsmarktreflexen verant-

Preisbereinigtes Wirtschaftswachstum in Deutschland

	2011 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	2012 in Prozent	2011 Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	2012 in Prozentpunkten
Konsumausgaben	1,5	0,8	1,2	0,6
– Private Konsumausgaben	1,7	0,6	1,0	0,4
– Konsumausgaben des Staates	1,0	1,4	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	6,2	–2,5	1,1	–0,5
– Ausrüstungsinvestitionen	7,0	–4,8	0,5	–0,3
– Bauinvestitionen	5,8	–1,5	0,6	–0,1
– Sonstige Anlagen	3,9	3,2	0,0	0,0
Vorratsveränderungen	–	–	0,2	–0,5
Inländische Verwendung	2,6	–0,4	2,4	–0,3
Exporte	7,8	3,7	3,7	1,8
Importe	7,4	1,8	–3,1	–0,8
Außenbeitrag	–	–	0,6	1,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,0	0,7	3,0	0,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 22.02.2013.

Wachstumsbeiträge: Mögliche Differenzen in den Summen ergeben sich durch Rundung der Zahlen.

wortlich. Dennoch stieg die Anzahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland nach ersten amtlichen Schätzungen auf Jahressicht gegenüber dem Vorjahr um 449.000 Menschen – und damit auf einen neuen Rekordstand von 41,61 Millionen Menschen. Die Zahl der Arbeitslosen ging hingegen um 79.000 Menschen auf 2,89 Millionen zurück. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent.

Moderater Preisauftrieb

Der allgemeine Auftrieb bei den Verbraucherpreisen verminderte sich 2012 geringfügig. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Prozent. 2011 hatte die Teuerungsrate noch bei 2,1 Prozent gelegen. Zu den wichtigsten Preistreibern gehörten abermals die Energieprodukte. Sie verteuerten sich im Mittel um 5,7 Prozent. Kräftige Preisanhebungen waren allerdings auch bei Nahrungsmitteln (+3,4 Prozent) zu verzeichnen. Für langlebige Gebrauchsgüter (–0,8 Prozent) wie Pkw, Fernseher und Waschmaschinen mussten die Verbraucher hingegen durchschnittlich weniger Geld ausgeben.

Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zurückgegangen

Die deutsche Industrie konnte 2012 nicht an das kräftige Wachstum der ersten Jahre nach der großen Rezession von 2008/2009 anknüpfen. Die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes verringerte sich gegenüber 2011 preisbereinigt um 1,0 Prozent. Gemäß der Daten der amtlichen Monatsberichterstattung war hierfür vor allem die schwache Entwicklung im Inland verantwortlich. So ging der Inlandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 2,4 Prozent zurück. Der Auslandsumsatz verminderte sich hingegen nur gering (–0,4 Prozent). Schließlich stand einem Rückgang im Geschäft mit den Euroländern (–5,5 Prozent) ein Umsatzzuwachs mit den Ländern außerhalb des Euroraums (+3,3 Prozent) gegenüber. Nach den Abteilungen der Wirtschaftszweige-Klassifikation differenziert, wiesen die Tabakverarbeitung (–15,1 Prozent), die Hersteller von Textilien (–6,4 Prozent) sowie die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (–5,4 Prozent) insgesamt den stärksten Absatzzurückgang auf. In den beiden umsatzstärksten Abteilungen, dem Fahrzeugbau (–0,4 Prozent) und dem Maschinenbau

(+0,9 Prozent), veränderte sich der Umsatz hingegen nur wenig. Trotz der schwachen Entwicklung des Gesamtumsatzes hielten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt an ihrem Beschäftigtenstand fest. Die Anzahl der Erwerbstätigen wuchs im Vergleich zu 2011 sogar um 1,4 Prozent. Ein Anstieg war auch bei den Arbeitnehmerentgelten je Arbeitnehmerstunde zu verzeichnen (+4,3 Prozent). Da die Arbeitsproduktivität zeitgleich leicht zurückging (–0,6 Prozent) nahmen die Lohnstückkosten um 4,9 Prozent zu.

Baukonjunktur zeigte sich gespalten

Das Baugewerbe musste 2012 ebenfalls einen Wertschöpfungsverlust hinnehmen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung ging um 2,5 Prozent zurück. Allerdings zeigte sich die Baukonjunktur gespalten. Dies lässt sich auch anhand der amtlichen Verlaufsdaten für die Betriebe des Bauhauptgewerbes dokumentieren: Während die Betriebe in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012 im Wohnungs- und Wirtschaftsbau ihren baugewerblichen Umsatz nominal um 6,5 beziehungsweise 1,6 Prozent erhöhen konnten, ging im öffentlichen Bau (einschließlich Straßenbau) der Umsatz deutlich um 6,2 Prozent zurück. Für diese schwache Entwicklung war neben dem Auslaufen der Konjunkturprogramme wohl auch die nach wie vor angespannte Finanzlage vieler Kommunen verantwortlich. Insgesamt stieg der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe von Januar bis September nominal um 1,0 Prozent. Im Ausbaugewerbe nahm er zeitgleich etwas stärker zu (+4,7 Prozent). Impulse dafür lieferten vermutlich der anziehende Wohnungsneubau und das weiterhin lebhaftes Geschäft mit Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg im gesamten Baugewerbe 2012 um 1,4 Prozent.

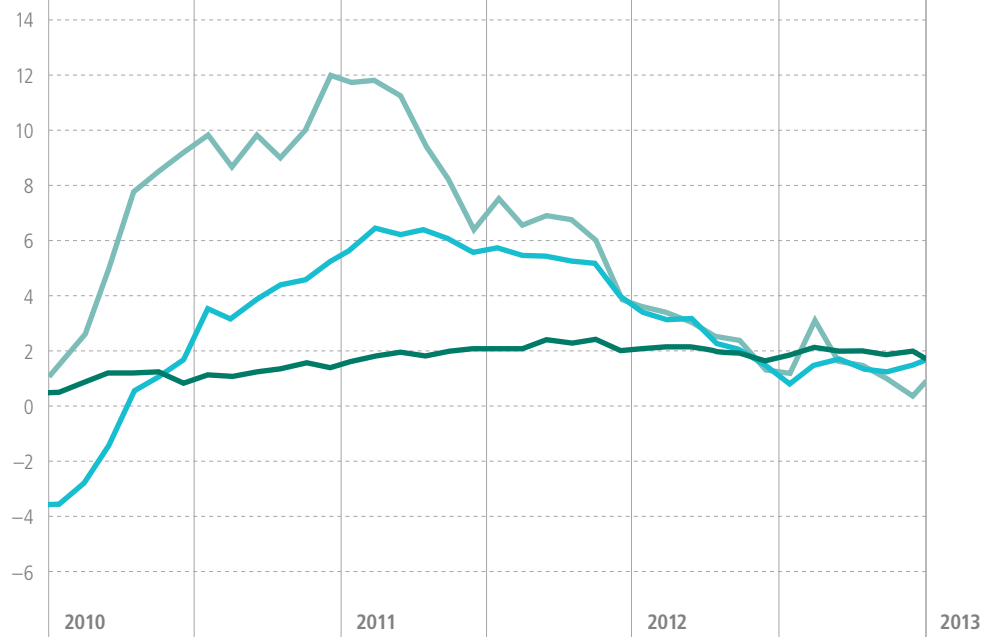
Schwächere Gangart im Handwerk

Die allgemeine Wachstumsabschwächung hinterließ auch im Handwerk Spuren. Nachdem die Unternehmen laut amtlicher Handwerksberichterstattung 2011 noch einen kräftigen Zuwachs des nominalen Gesamtumsatzes von 7,4 Prozent erwirtschaftet hatten, dürfte der Absatz 2012 etwas zurückgegangen sein. Zu Beginn des Jahres sah die Entwicklung noch vielversprechend aus. Vor dem Hintergrund vergleichsweise günstiger Witterungsbedingungen

Preisentwicklung in Deutschland

Veränderung zum Vorjahr in Prozent

- Verbraucherpreise
- Erzeugerpreise
- Importpreise



Quelle: Statistisches Bundesamt.

und der insgesamt lebhaften Binnennachfrage wuchs der Umsatz im ersten Quartal nochmals (nominal um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr). In den darauffolgenden Quartalen ließ der konjunkturelle Rückenwind aber deutlich nach. Dies schlug sich in rückläufigen Absatzzahlen nieder. Über die ersten drei Quartale des Jahres betrachtet sank der nominale Umsatz um 1,7 Prozent. Besonders stark nahm er infolge der allgemeinen Investitionszurückhaltung bei den Handwerksunternehmen des Kfz-Gewerbes (-3,5 Prozent) und des Bauhauptgewerbes (-2,9 Prozent) ab. Im Lebensmittel- und Gesundheitsgewerbe (jeweils -0,2 Prozent) blieb die Umsatzentwicklung hingegen vergleichsweise robust. Im Handwerk für den privaten Bedarf konnte, entgegen der allgemeinen Tendenz, sogar ein leichtes Absatzplus von 0,8 Prozent realisiert werden.

Einzelhandel insgesamt stabil

Im Einzelhandel veränderte sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr im Großen und Ganzen nur wenig. Trotz des moderaten Anstiegs der privaten Konsumausgaben ging der Einzelhandelsumsatz den ersten amtlichen Schätzungen zufolge preisbereinigt leicht um 0,3 Prozent zurück. Innerhalb des Einzelhandels entwickelten sich die Umsätze allerdings uneinheitlich. Während der Internet- und Versandhandel abermals ein Umsatzplus erzielte (+1,4 Prozent) ging der Absatz im sonstigen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art – etwa Waren- und Kaufhäuser – spürbar (-2,3 Prozent) zurück. Im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, dem unter anderem Supermärkte und SB-Warenhäuser zugeordnet sind, blieb der Umsatz hingegen nahezu unverändert (-0,1 Prozent). Die Ergebnisse von Unternehmensumfragen zeigen: Die konjunkturelle Entwicklung des Einzelhandels kühlte – nach einer Belebung im Frühjahr – zum Ende des Jahres deutlich ab. Das für viele Einzelhandelssparten außerordentlich wichtige Weihnachtsgeschäft verlief offenbar eher schwach. Gemäß den ersten amtlichen Daten sank der Einzelhandelsumsatz in den Monaten November und Dezember gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 0,6 Prozent beziehungsweise 4,7 Prozent.

Großhandel konnte Umsatzniveau halten

Ähnlich wie im Einzelhandel dürfte auch im Großhandel der Absatz gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen ro-

bust geblieben sein. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg der Großhandelsumsatz um Preiseffekte bereinigt in den ersten neun Monaten des Jahres geringfügig um 0,1 Prozent. Die Umsatzentwicklung fiel in den einzelnen Handelsgruppen aber teilweise sehr unterschiedlich aus. So musste der Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör wegen der allgemeinen Zurückhaltung bei den Ausrüstungsinvestitionen einen spürbaren Umsatzrückgang (-1,7 Prozent) hinnehmen. Im Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik stieg der Absatz hingegen kräftig (+6,5 Prozent), befördert durch die anhaltenden Bemühungen zur innerbetrieblichen und zwischenbetrieblichen Effizienzsteigerung. Insgesamt schwächte sich Unternehmensumfragen zufolge auch im Großhandel die wirtschaftliche Situation zum Jahresende deutlich ab.

Dienstleistungssektor als Wachstumsstütze

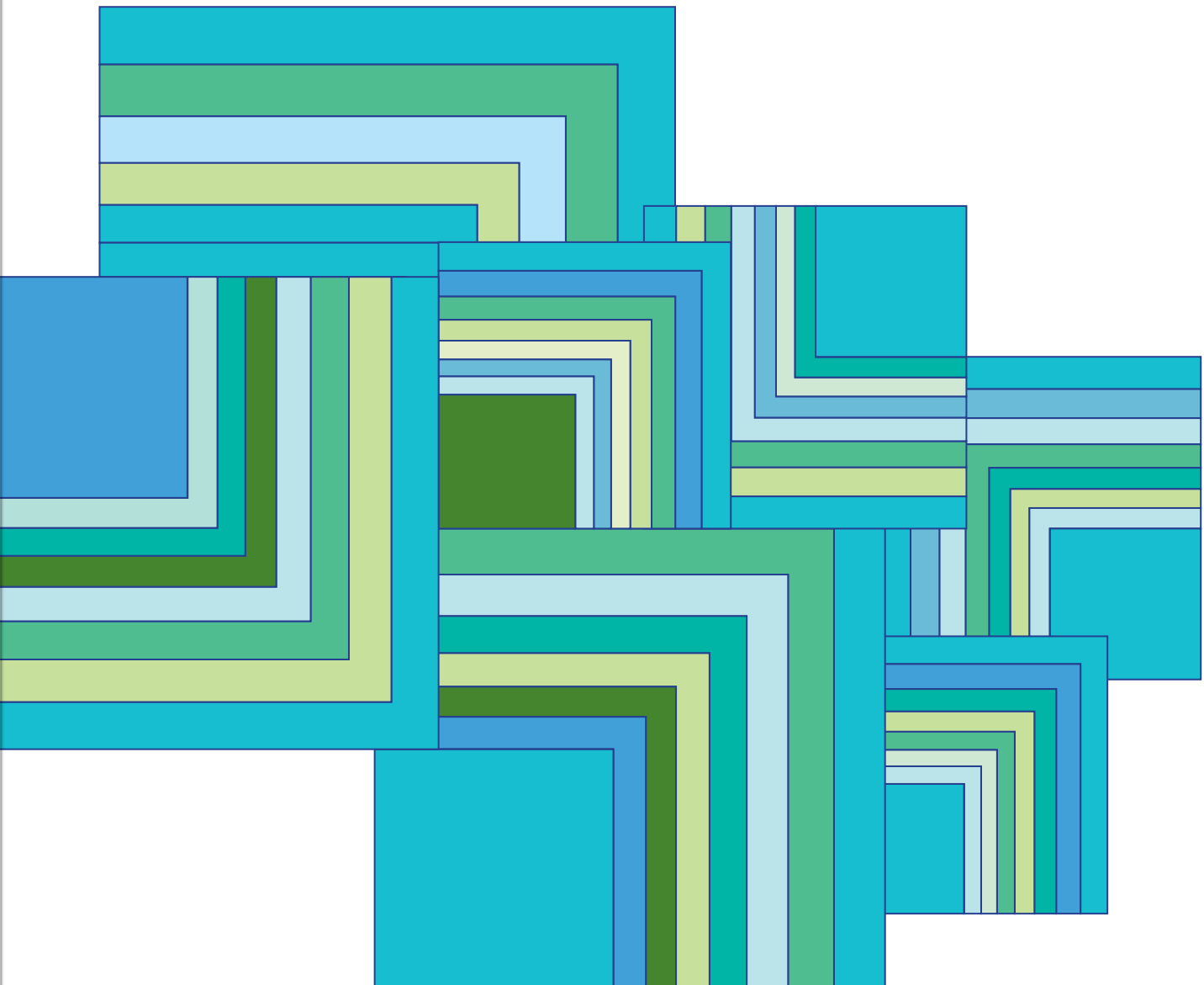
Der Dienstleistungssektor als Ganzes wurde durch die Verschlechterung des internationalen Konjunkturumfeldes nur wenig beeinträchtigt. Gemäß den aktuellen Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des tertiären Sektors 2012 um 1,5 Prozent. Zu dem Anstieg trugen erneut vor allem die Unternehmensdienstleister bei, die – begünstigt durch den allgemeinen Outsourcing-Trend – ihre Wertschöpfung abermals spürbar (+2,9 Prozent) erhöhen konnten. Ein deutlicher Zuwachs war aber auch im Abschnitt Information und Kommunikation (+3,5 Prozent), im Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,8 Prozent) sowie bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern (+1,7 Prozent) zu verzeichnen. In den Abschnitten Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (jeweils +0,8 Prozent) fiel der Wertschöpfungszuwachs hingegen schwächer aus. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg in fast allen Dienstleistungsbereichen gegenüber 2011. Lediglich bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern ging sie leicht (-0,2 Prozent) zurück. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der im Dienstleistungssektor beschäftigten Menschen um 1,0 Prozent auf gut 30,6 Millionen.

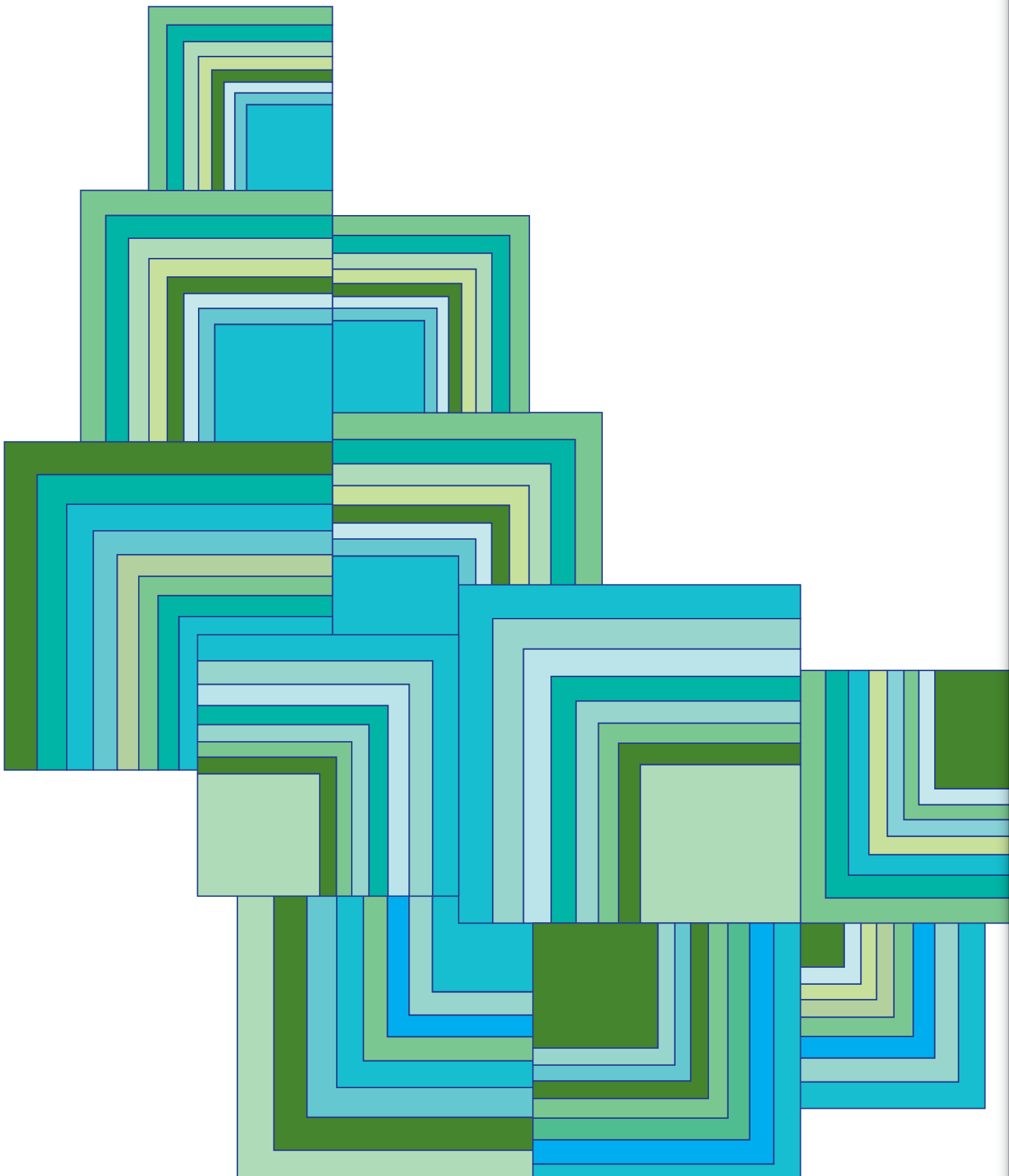
Landwirtschaft ebenfalls robust

Auch der primäre Sektor wurde durch die europäische Staatsschuldenkrise und die schwächere Weltkonjunktur

offenbar nur wenig belastet. Die Einkommen der Landwirte dürften sich im Wirtschaftsjahr 2011/2012 kaum verändert haben. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbandes lag das Unternehmensergebnis der landwirtschaftlichen Hauptidealbetriebe im Durchschnitt bei 58.151 Euro und damit ähnlich hoch wie im Vorjahr (58.054 Euro). Demnach konnten die Veredelungsbetriebe mit Schwerpunkt in der Schweinehaltung ihr Ergebnis im Jahresvergleich verbessern, während die Betriebe mit Schwerpunkten in den Bereichen Ackerbau und Milchvieh Einbußen hinnehmen mussten. Tendenziell standen höhe-

ren Erlösen durchweg stark gestiegene Kosten für Betriebsmittel gegenüber. Insbesondere die Kosten für Futtermittel, Düngemittel sowie Treibstoffe und Energie erhöhten sich deutlich. Den jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamts zufolge steigerte der primäre Sektor insgesamt seine Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 1,5 Prozent. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei gingen im Jahresdurchschnitt 671.000 Menschen einer Erwerbstätigkeit nach. Ihre Anzahl stieg damit gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,6 Prozent.





Ein Drama mit versöhnlichem Ausklang

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2012: Finanzmärkte

Die Entwicklung an den Finanzmärkten glich im Jahr 2012 einem gut komponierten Drama, an dessen Ende sich die Hoffnung auf nachhaltige Besserung zurückmeldete. Nach anfangs besorgniserregenden Entwicklungen an den Märkten sorgten umfangreiche Hilfs- und Stützmaßnahmen der EU und EZB für eine Rückkehr des Vertrauens vieler Anleger und für einen versöhnlichen Jahresausklang.

Die europäische Staatsschuldenkrise blieb akut

Wie schon im Jahr zuvor bestimmte die europäische Staatsschuldenkrise 2012 die Finanzmärkte im Euroraum. Zu Jahresbeginn kam es zunächst zu einer Beruhigung. Hierzu trugen die Dreijahrestender („dicke Bertha“) der EZB bei. Dadurch erhöhte sich die langfristige Liquiditätsversorgung europäischer Geschäftsbanken deutlich. Außerdem wurden ein zweites Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 130 Milliarden Euro sowie die Umschuldung privat gehaltener griechischer Staatsschulden im März 2012 beschlossen.

Verunsicherung erreichte im Sommer 2012 Höhepunkt

Im zweiten Quartal des Jahres verschärfte sich die Lage im europäischen Währungsraum dann jedoch massiv: Die Konjunkturaussichten trübten sich spürbar ein, die angeschlagenen Euro-Staaten mussten weitere Bonitätsherabstufungen hinnehmen, die Schieflage von Geschäftsbanken in der Euro-Peripherie nährte die Furcht vor einer ungebremsten Eskalation der Euro-Staatsschuldenkrise. Eine tragende Rolle spielten dabei Italien und Spanien. Beide Euro-Staaten mussten bis Mitte des Jahres einen scharfen Anstieg der Risikoprämien auf ihre Staatsanleihen gegenüber den als besonders sicher eingestuftem Bundesanleihen hinnehmen. Der sich darin widerspiegelnde Vertrauensverlust potenzieller Gläubiger gefährdete mehr und mehr die Refinanzierungs- und Zahlungsfähigkeit beider Länder. Vor diesem Hintergrund wurde der Zusammenhalt des Euroraums zunehmend infrage gestellt.

Rettungspaket für spanische Banken

Die politischen Kräfte und Institutionen im europäischen Währungsraum reagierten auf die erneute Zuspitzung der Euro-Schuldenkrise mit zusätzlichen Hilfsmaßnahmen und einer Weiterentwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen. So sagte die EU dem spanischen Staat eine Kreditlinie von 100 Milliarden Euro zur Sanierung des spanischen Bankensektors zu. Überdies sorgten auch das fortschreitende Ratifizierungsverfahren des neuen Rettungsmechanismus ESM und des Fiskalpaktes sowie europafreundliche Wahlausgänge in einigen Euro-Staaten bis zum Jahresende für eine Entspannung der Lage an den Finanzmärkten. Die zentrale Rolle bei der kurzfristigen Krisenbekämpfung kam in der zweiten Jahreshälfte der EZB zu.

EZB intensivierte 2012 ihr Krisenmanagement ...

Die EZB verstärkte 2012 ihre expansive Geldpolitik. Auf die schwache Euro-Konjunktur und die erneute Zuspitzung der Euro-Staatsschuldenkrise reagierte sie mit einer Reihe teils unkonventioneller Maßnahmen. So senkte sie den Leitzins im Juli von 1,0 auf 0,75 Prozent und damit auf ein neues Allzeittief. Der Zins für Übernachtseinlagen europäischer Geschäftsbanken bei der EZB sank gleichzeitig erstmals auf 0 Prozent.

... und fuhr dabei schwere Geschütze auf

Die bislang schwerste Waffe im Kampf gegen die Euro-Staatsschuldenkrise brachte der EZB-Rat im September 2012 mit dem neuen Anleiheaufkaufprogramm OMT (Outright Monetary Transactions) in Stellung. Die europäische Notenbank unterstrich damit ihr klares Bekenntnis zum Euro von Ende Juli 2012, bei dem sie ankündigte, im Rahmen des gegebenen Mandates alles Nötige zu tun, um den Euro zu erhalten. Die Zweifel am Fortbestand des Währungsraums gingen darauf an den Finanzmärkten spürbar zurück. Ziel des geldpolitischen Sonderprogramms ist es, über den Kauf kurzlaufender Staatsanleihen übertriebenen Preisabschlägen am Markt für Staatsanleihen von Euro-Staaten entgegenzuwirken. Ein Limit bei den Käufen setzten sich die europäischen Notenbanker nicht. Allerdings sind die Ankäufe an strikte Bedingungen geknüpft. So verpflichtete sich die EZB, nur Staatsanleihen von Euro-Staaten zu kaufen, mit denen zuvor ein Hilfsprogramm der Rettungsschirme EFSF oder ESM vereinbart wurde und die die Auflagen der Rettungsprogramme vollständig einhalten.

US-Notenbank legte drittes Anleiheaufkaufprogramm auf

Die Federal Reserve Bank setzte im vergangenen Jahr ihren expansiven geldpolitischen Kurs fort. Angesichts einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und konjunktureller wie auch finanzpolitischer Unsicherheiten in den USA beschloss die Notenbank im September ein drittes Anleiheaufkaufprogramm aufzulegen. Monatlich werden hypotheckenbesicherte Wertpapiere in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar gekauft. Einstellen wollen die US-Notenbanker die Käufe erst, wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt deutlich verbessert hat. Parallel dazu führte die Federal Reserve ihre übrigen Sonderprogramme – insbesondere die Umschichtun-

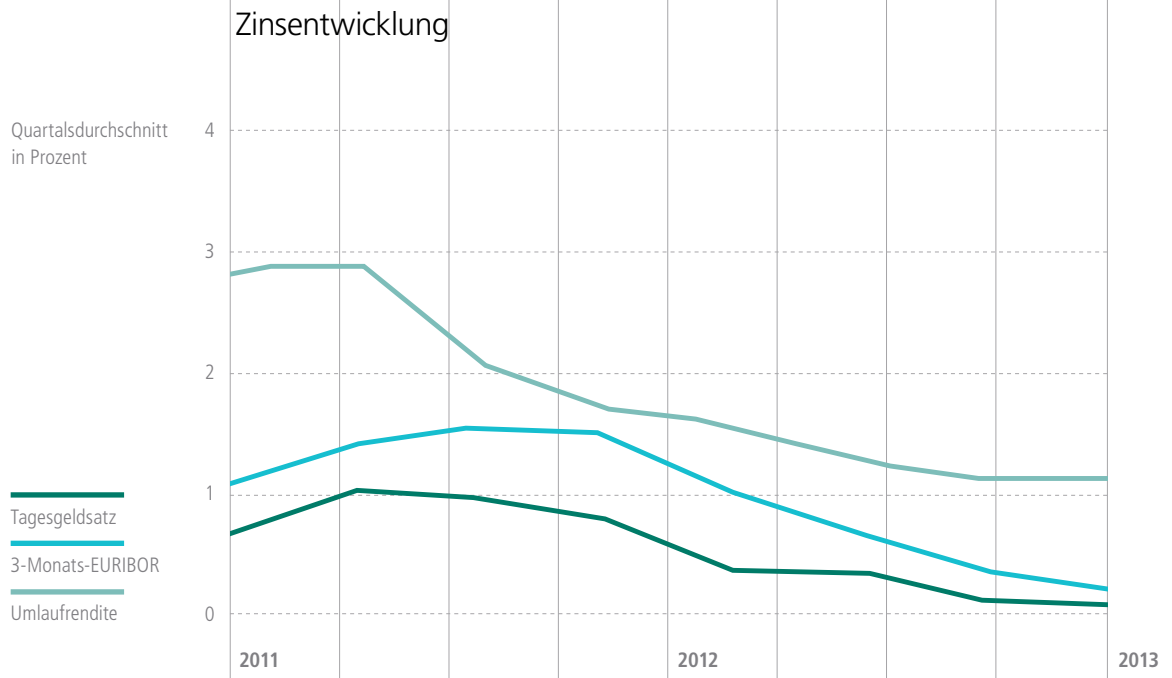
gen der von in ihrem Besitz befindlichen Staatsanleihen in längerfristige Laufzeiten („Operation Twist“) – unvermindert fort. Ziel der quantitativen Maßnahmen ist die Stimulation der Konjunktur über eine Senkung des längerfristigen Zinsniveaus. Die Federal Reserve, knüpfte 2012 ihre Geldpolitik erstmals an konkrete Zielgrößen. So kündigten die Mitglieder des Offenmarktausschusses im Dezember an, den Zielsatz für das Tagesgeld voraussichtlich solange unverändert zwischen 0 und 0,25 Prozent zu lassen, bis die Arbeitslosenquote unter die Marke von 6,5 Prozent gefallen sei und der kurz- bis mittelfristige Inflationsdruck unterhalb der Marke von 2,5 Prozent bleibe.

Bundesanleihen blieben 2012 sicherer Hafen

Die große Verunsicherung durch die Euro-Schuldenkrise führte 2012 erneut zu einer großen Nachfrage bei Bundesanleihen. Die stabile Konjunktur und die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung in Deutschland unterstrichen den Status der Bundeswertpapiere als „sicherer Hafen“ in turbulenten Zeiten. Die Rendite von deutschen Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren fiel bis zum Jahreshöhepunkt der Euro-Staatsschuldenkrise im Juli auf ein neues Allzeittief von 1,16 Prozent. Im Zuge der schrittweisen Beruhigung des europäischen Staatsanleihemarktes stiegen die Renditen von Bundesanleihen im weiteren Jahresverlauf wieder etwas an. Sie bewegten sich aber weiterhin auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau. Ausschlaggebend hierfür: die umfangreichen Hilfs- und Stützmaßnahmen von EU und EZB für die angeschlagenen Euro-Staaten. Eine herausragende Rolle spielte dabei die EZB. Das Bekenntnis ihres Präsidenten, Mario Draghi, zum Euro im Juli und die Installation eines grundsätzlich unbegrenzten Anleiheaufkaufprogramms im September sorgten für eine Wende am Rentenmarkt. Durch den Vertrauenszuwachs an den Finanzmärkten pendelte sich auch die Rendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit bis zum Jahresende bei 1,31 Prozent ein. Das waren 52 Basispunkte weniger als zum Jahresultimo 2011.

Nach einem schwachen ersten Halbjahr ...

Das vergangene Jahr war eine turbulente Zeit für den Euro. So stand die europäische Gemeinschaftswährung 2012 überwiegend im Schatten der europäischen Schuldenkrise. Zwar kam es im ersten Jahresquartal gegenüber dem US-



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Dollar noch zu Kursgewinnen. Dabei konnte der Euro-Dollar-Kurs bis Ende Februar auf über 1,34 US-Dollar steigen. Bis zum Sommer verlor der Euro allerdings zunehmend an Substanz. Gründe dafür waren die wachsenden Sorgen um den Fortbestand des europäischen Währungsraums und die sich zuspitzende Euro-Staatsschuldenkrise. Der Euro-Dollar-Kurs sank bis Ende Juli auf einen Jahrestiefpunkt von 1,21 US-Dollar.

... konnte sich der Euro bis Jahresende erholen

Im Laufe der zweiten Jahreshälfte schaffte es der Euro allerdings, die Belastungen aus dem ersten Halbjahr weitestgehend abzustreifen. Die EZB spielte dabei erneut die entscheidende Rolle. Nachdem der Präsident der europäischen Notenbank, Mario Draghi, mit seinem „Treueschwur“ zum Euro Ende Juli dem Sinkflug des Euro-Dollar-Kurses erfolgreich Einhalt geboten hatte, sorgte die Zusage unbegrenzter Anleiheaufkäufe im Fall starker Verzerrungen am Staatsanleihemarkt durch die EZB für eine sichtbare Erholung des Euro im September. Unterstützung erhielt die Gemeinschaftswährung zudem vom Bundesverfassungsgericht. Dieses gab im September grünes Licht für den Rettungsmechanismus ESM und den Fiskalpakt. Zum Jahresende profitierte die Gemeinschaftswährung ferner von einem positiven Verlauf des Anleiherückkaufprogramms sowie der Freigabe weiterer Hilfsmittel für Griechenland. So pendelte sich der Euro-Dollar-Kurs bis zum Jahresultimo bei 1,32 US-Dollar ein. Er lag damit knapp 3 US-Cent über seinem Vorjahreswert.

Auf schwere Kursverluste an den Börsen ...

DAX-Aktionären bot das Jahr 2012 viel Licht und Schatten. Nach einem kurzen Aufwärtstrend zu Jahresbeginn kam es zu massiven Kursverlusten an den europäischen Aktienmärkten. Gründe dafür waren die eingetrübten Konjunkturaussichten für Europa und auch den Rest der Welt sowie die zunehmenden Sorgen um den Fortbestand des europäischen Währungsraums. Der DAX fiel dabei zwischenzeitlich auf unter 6.000 Punkte. Bis Mitte des Jahres stabilisierte sich der deutsche Leitindex bei 6.500 Punkten.

... folgte in der zweiten Jahreshälfte ein Kursfeuerwerk

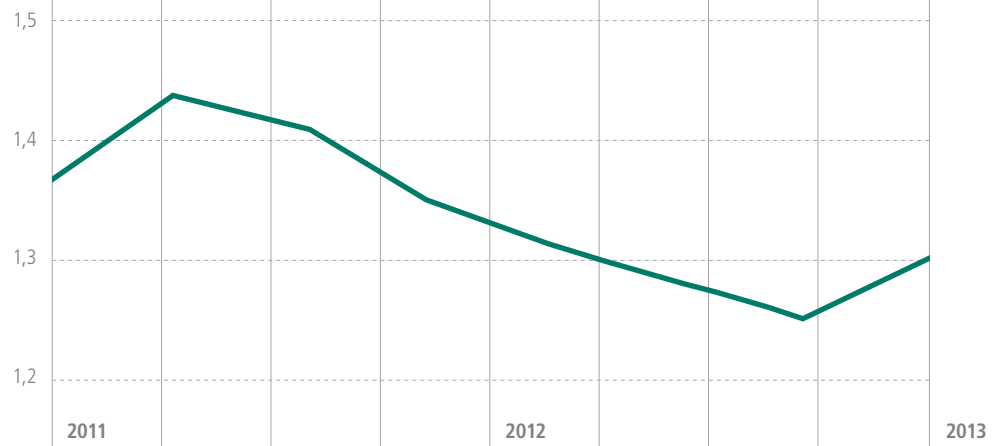
Erst im Juli gelang es dem deutschen Leitindex, sich von der lähmenden Verunsicherung zu lösen. So ist das deutli-

che Jahresplus des DAX auch ausschließlich auf die Entwicklungen in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen. Dann kehrte die Zuversicht, die Euro-Schuldenkrise schrittweise zu lösen allmählich zurück. Ausschlaggebend hierfür waren in erster Linie die Krisenpolitik der EZB und die der europäischen Staatengemeinschaft. So nahm das eindeutige Bekenntnis des EZB-Präsidenten sowie der wichtigsten Staats- und Regierungschefs – wie auch Bundeskanzlerin Angela Merkel – zur Dauerhaftigkeit des Euro im Hochsommer 2012 den aufgekommenen Zweifeln an einem Fortbestand des Währungsraums den Wind aus den Segeln. Die EZB flankierte ihr Bekenntnis im September 2012, indem sie einen prinzipiell unbegrenzten, aber an strikte Bedingungen geknüpften Aufkauf von Staatsanleihen von unter Druck geratenen Euro-Staaten zusagte.

Gegen Ende des Jahres stützten zudem die Aussicht auf ein weiteres Anleiheaufkaufprogramm der US-Notenbank Fed sowie eine positiv bewertete Anleiherückkaufaktion Griechenlands den DAX und die europäischen Börsen. Unklarheit über den Ausgang des US-Haushaltsstreits grenzte hingegen zum Jahresausklang die Gewinne leicht ein. Viele Anleger fürchteten einen Dämpfer für die US-Konjunktur im Zuge auslaufender Steuererleichterungen aus der Regierungszeit George W. Bushs sowie automatisch einsetzender Ausgabenkürzungen nach dem Budget Control Act im Fall einer ausbleibenden Einigung der politischen Kräfte in den Vereinigten Staaten. So pendelte sich der DAX bis zum Jahresende bei 7.612 Punkten ein. Das waren 29,1 Prozent mehr als zum Vorjahresultimo.

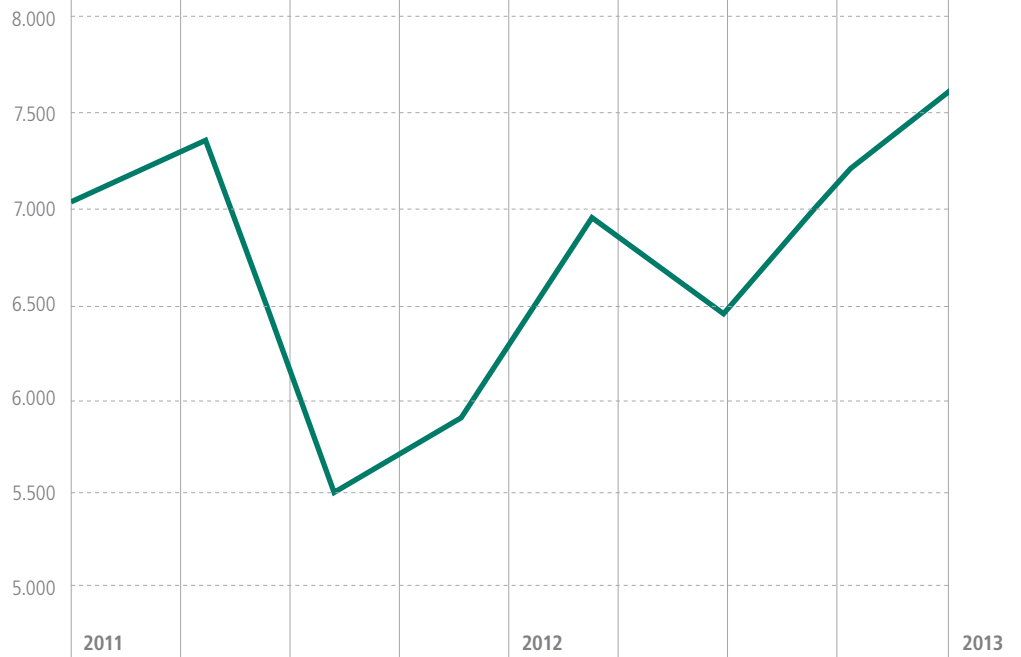
Wechselkursentwicklung

US-Dollar pro Euro,
Quartalsdurchschnitt



Deutscher Aktienindex

Stand am
Quartalsende



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Unser Jahr in Zahlen

5,4

Prozent beträgt die im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesteigerte Eigenkapitalquote – berechnet als bilanzielles Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme. Damit verfügen die Kreditgenossenschaften über ausreichende Wachstumsspielräume, um den Kreditwünschen von Privat- und Firmenkunden gleichermaßen gerecht zu werden. Anzeichen für eine Kreditklemme sind nicht in Sicht.

8,1

Prozent beträgt die Ausbildungsquote der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Diese Zahl belegt: Junge Menschen sehen im Berufsbild Bankkaufmann/-frau eine Ausbildung mit Zukunftschancen sowie die Volksbanken und Raiffeisenbanken als attraktive Arbeitgeber. Die Zahl der Auszubildenden stieg 2012 um 400 auf jetzt 12.100 – dies ist der höchste Anstieg innerhalb der letzten fünf Jahre.

681

Millionen Euro ist die durchschnittliche Bilanzsumme je Volksbank oder Raiffeisenbank (im Vorjahr: 651 Millionen Euro). Die Spannweite bei den Bilanzsummen reicht unter den Kreditgenossenschaften von knapp 14 Millionen Euro für die kleinste bis zu 38 Milliarden Euro für die größte Kreditgenossenschaft.

542

Milliarden Euro betrug die Summe der Verbindlichkeiten der Volksbanken und Raiffeisenbanken gegenüber Nichtbanken. Damit nahmen die Kundeneinlagen – trotz des sehr harten Wettbewerbes – um 18 Milliarden Euro (3,5 Prozent) zu. Diese Entwicklung kann als großer Vertrauensgewinn gewertet werden. Der überwiegende Teil davon wurde in Form von kurzfristigen Sichteinlagen angelegt.

443

Milliarden Euro haben die Kreditgenossenschaften per Ende 2012 an Privat- und Firmenkunden herausgegeben. Damit stieg das Kreditvolumen im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 Prozent. Grund für diesen überdurchschnittlichen, deutlich über dem Markttrend liegenden Zuwachs war vor allem die Vorliebe der privaten Haushalte für langfristige Investitionen in Wohnimmobilien.

17,3

Millionen Mitglieder haben die Volksbanken und Raiffeisenbanken. Die Zahl der Mitglieder deutscher Genossenschaftsbanken ist im Jahr 2012 mit einem Zuwachs von 350.000 Neumitgliedern erneut deutlich gestiegen. Das ist ein Plus von 2,0 Prozent. Damit hat sich der Mitgliederboom der vergangenen Jahre weiter verstärkt. Mittlerweile ist jeder fünfte Bundesbürger Mitglied einer Genossenschaftsbank.

2,2

Milliarden Euro erwirtschafteten alle 1.101 Genossenschaftsbanken im Jahr 2012 als Jahresüberschuss nach Steuern. Damit befindet sich der Ertrag auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Jahr 2011 (2,1 Milliarden Euro). Zugleich nahm die bundesweite durchschnittliche Bilanzsumme 2012 um 3,85 Prozent zu.

13.211

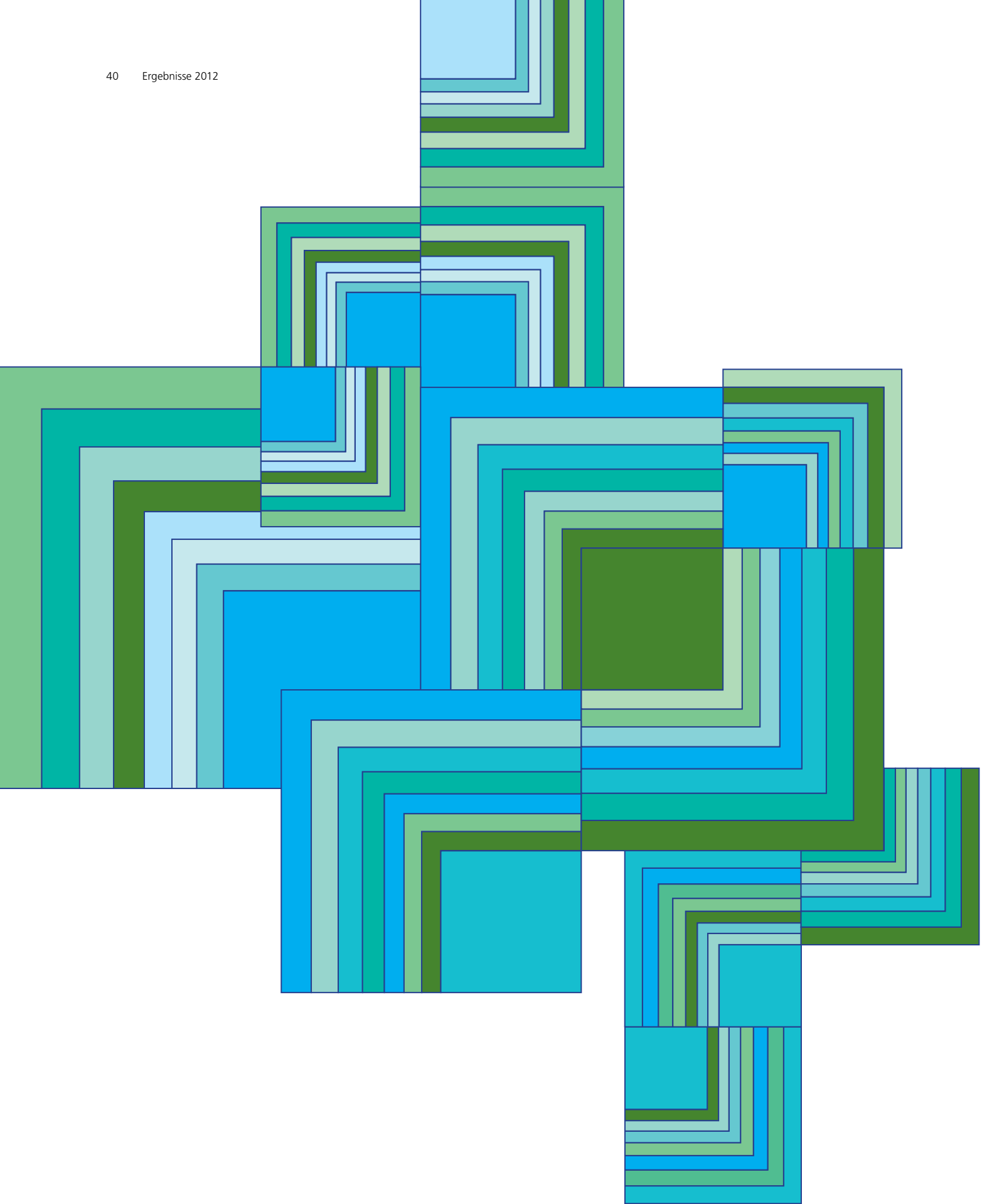
Bankstellen stehen den Kunden vor Ort für ihre Bankgeschäfte oder elektronischen Bankdienstleistungen flächendeckend über alle Regionen in Deutschland zur Verfügung. Diese Zahl zeigt die besondere Nähe der Kreditgenossenschaften. Trotz wirtschaftlich herausfordernder Rahmenbedingungen und Fusionstätigkeiten ist sie in den jüngeren Jahren nahezu konstant geblieben. Zu den Personen-Bankstellen kommen zusätzlich 3.300 SB-Zweigstellen.

2,1

Milliarden Euro zahlten im Jahr 2012 alle Kreditgenossenschaften an Steuern vom Einkommen und vom Ertrag. Dadurch stieg die bereits in den Vorjahren hohe Abgabe an den Fiskus erneut um 7,2 Prozent deutlich an. Die Genossenschaftsbanken sind damit weiterhin einer der größten Steuerzahler in den Kommunen.

1.101

Kreditgenossenschaften zählte die genossenschaftliche FinanzGruppe zum Ende des Jahres 2012. Dazu zählen Volksbanken, Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken, sonstige Genossenschaftsbanken und Spezialinstitute. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl – aufgrund von Fusionen – um 20 Institute zurück.



Ein starkes Jahr!

Geschäftsentwicklung 2012:
Kreditgenossenschaften auf stabilem
Wachstumskurs

2012 war ein starkes Jahr für die Volksbanken und Raiffeisenbanken. Trotz anhaltend großer Herausforderungen und Risiken im Zuge der Staatsschuldenkrise konnten die 1.101 Volksbanken Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie sonstigen Kreditgenossenschaften im Jahr 2012 erneut stabil wachsen. Die positive Geschäftsentwicklung unterstreicht erneut das Vertrauen der Kunden in den Genossenschaftssektor als verlässlichen Stabilisator der Finanzmärkte. Die aktuellen Zahlen sprechen dabei für sich: So stiegen die bilanziellen Kundeneinlagen der Kreditgenossenschaften auf 542 Milliarden Euro. Auch die Kundenkredite legten auf stattliche 443 Milliarden Euro zu. Die addierte Bilanzsumme wuchs angesichts des großen Kundengeschäftes um 21 Milliarden auf 750 Milliarden Euro. Auch auf die Ertragsseite hat sich die gute Geschäftsentwicklung positiv ausgewirkt. Die Mitgliedschaft in einer Genossenschaftsbank boomt weiter: 17,3 Millionen Personen und Unternehmen können die Volksbanken und Raiffeisenbanken zu ihren Mitgliedern zählen. Das sind fast 350.000 Mitglieder und damit 2,0 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Kreditgenossenschaften haben im Geschäftsjahr 2012 unter Ertragsgesichtspunkten ein solides und zufriedenstellendes Ergebnis erwirtschaftet. Der Jahresüberschuss vor Steuern lag 5,8 Prozent über dem guten Ergebnis des Vorjahres. Lag es 2011 noch bei 7,0 Milliarden Euro, erreichte es nun 7,4 Milliarden Euro.

Die aggregierte Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften per Ende 2012 betrug zusammen mit der DZ BANK Gruppe, der WGZ BANK-Gruppe und der Münchener Hypothekbank 1.223,1 Milliarden Euro. Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken ist damit ein überaus bedeutender Faktor in der deutschen Kreditwirtschaft.

Kreditgeschäft weiter gestärkt

Im Kreditbereich konnten die Volksbanken und Raiffeisenbanken sehr von den positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren – auch wenn sich zum Jahresende 2012 die konjunkturelle Lage deutlich abgekühlt hat (siehe auch Bericht ab Seite 25). So erhöhte sich die Kreditvergabe an Privat- und Firmenkunden per Dezember 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 Prozent (19 Milliarden Euro). Damit knüpften die Kreditgenossenschaften an ihre Rekordmarke von 4,5 Prozent des Jahres 2011 an. Die ausgesprochen günstigen Finanzierungsbedingungen – insbesondere die niedrigen kurz- wie auch langfristigen Zinsen und eine sich stetig verbessernde Lage am Arbeitsmarkt – unterstützten die Kreditvergabe. Allein im Kreditgeschäft mit Firmenkunden (Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und Selbstständige) legten die Volksbanken und Raiffeisenbanken mit knapp 7 Prozent (6,9 Prozent) weit überdurchschnittlich gegenüber dem Markt (0,9 Prozent) zu.

Getragen wurde das Kreditwachstum 2012 vor allem von den langfristigen Forderungen mit einem Plus von 4,5 Prozent. Aufgrund der anhaltenden Staatsschuldenkrise entwickelten die privaten Haushalte eine Vorliebe für langfristige Investitionen in Wohnimmobilien („Beton-Gold“). Neben Neubauten wurden vor allem Sanierungsmaßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz bestehender Wohngebäude finanziert. Dies führte zu einer Ausweitung der langfristigen Kredite der Volksbanken und

Raiffeisenbanken auf 382 Milliarden Euro. Darüber hinaus legten die Ausleihungen an (nicht finanzielle) Unternehmen und Selbstständige spürbar zu.

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken zeichnen sich durch eine vergleichsweise konservative Ausgestaltung der Kreditvergabe aus. So weisen mehr als 86 Prozent der vergebenen Kredite eine anfängliche Zinsbindung von über fünf Jahren auf. Die vorherrschend längere Zinsbindung schützt die Kreditkunden besser vor Zinsänderungsrisiken und damit vor Unsicherheiten über die künftige Zins- und Tilgungsbelastung. Mehr als neun Zehntel (92,5 Prozent) der ausgereichten Kredite der Kreditgenossenschaften sind mittel- und langfristige Finanzierungen.

Aber auch die kurz- und mittelfristigen Forderungen der Kreditgenossenschaften nahmen mit 4,1 beziehungsweise 3,3 Prozent zu. So gaben die Kreditgenossenschaften per Ende 2012 Kredite in Höhe von 443 Milliarden Euro aus. Dieses deutliche Plus bei Kundenkrediten konnte durch eine Erhöhung der Kundeneinlagen weitgehend refinanziert werden. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken zeichnen sich damit durch eine hohe Kontinuität und Robustheit ihrer Bilanzstruktur aus.

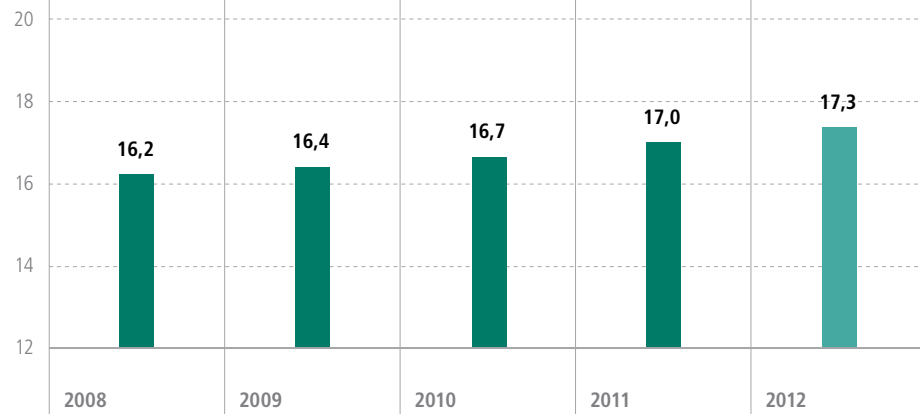
Besonders gefragt: Täglich verfügbare Anlagen

Auf der Passivseite steigerten die Kreditgenossenschaften ihre Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken um 18 Milliarden Euro (3,5 Prozent) auf 542 Milliarden Euro. Der überwiegende Teil davon wurde in kurzfristige Sichteinlagen angelegt. Im Kontext anhaltend großer Spannungen an den Finanzmärkten im Zuge der Euro-Staatsschuldenkrise und den nach wie vor niedrigen Zinsen präferierten viele Bankkunden liquide Produkte. So erhöhten sich die Sichteinlagenbestände im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 33 Milliarden Euro (14,1 Prozent) auf 269 Milliarden Euro. Damit entfällt knapp die Hälfte der Einlagenbestände auf täglich fällige Verbindlichkeiten.

Die Höhe des Einlagenvolumens zur Vermögensanlage war teilweise rückläufig. So lag der Termineinlagenbestand der Kreditgenossenschaften per Ende 2012 bei 69 Milliarden Euro und damit 15 Prozent unter dem Vorjahreswert. Auch die Sparbriefe nahmen bestandsmäßig

Mitglieder der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Entwicklung der Mitgliederzahl von 2008 bis 2012 in Millionen

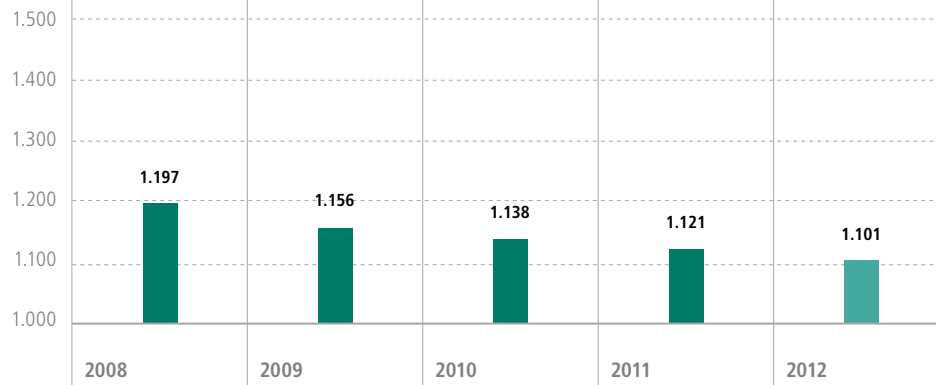


Struktur der Mitglieder nach Berufsgruppen im Jahr 2012

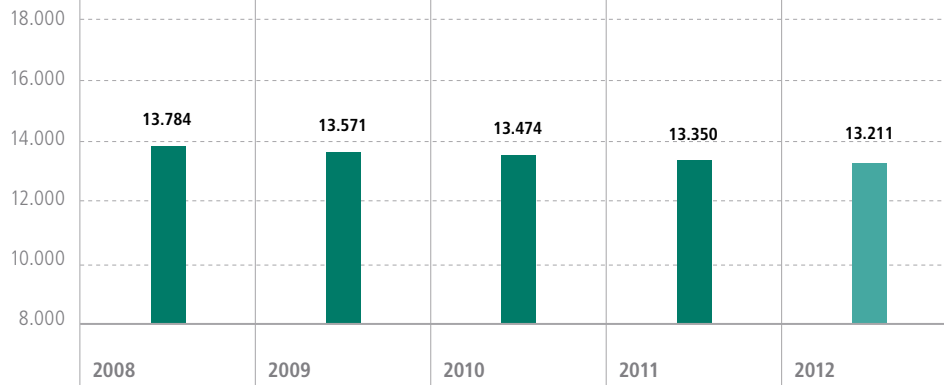
Berufsgruppen	in Prozent
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	0,9
Industrie und verarbeitendes Gewerbe	0,7
Baugewerbe	0,7
Groß- und Einzelhandel	1,0
Dienstleistungsunternehmen	1,7
Freie Berufe	1,0
Arbeitnehmer	50,8
Rentner, Pensionäre, Altenteiler	19,8
Körperschaften des öffentlichen Rechts	0,2
Sonstige	23,2

Banken, Bankstellen und Bilanzsummen der Volksbanken und Raiffeisenbanken von 2008 bis 2012

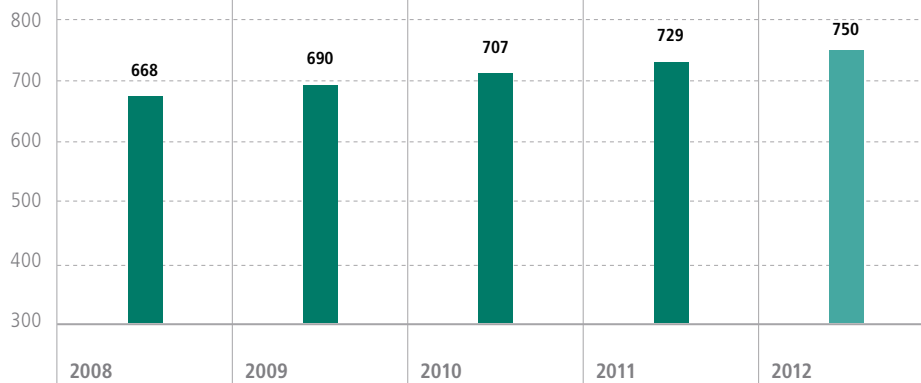
Zahl der Banken



Zahl der Bankstellen



Bilanzsumme in Milliarden Euro



Durchschnittliche Bilanzsumme pro Bank

	Jahr	in Mio. Euro
Durchschnittliche Bilanzsumme pro Bank	1992	121
	1993	140
	1994	158
	1995	173
	1996	190
	1997	206
	1998	232
	1999	264
	2000	298
	2001	341
	2002	376
	2003	407
	2004	432
	2005	458
2006	484	
2007	513	
2008	558	
2009	597	
2010	621	
2011	651	
2012	681	

Fusionen

	Jahr	Fusionen	in Prozent
Anzahl der Fusionen und Veränderungsrate bei der Anzahl der Kreditgenossenschaften	1992	236	-7,5
	1993	136	-4,7
	1994	115	-4,1
	1995	69	-2,6
	1996	85	-3,3
	1997	87	-3,5
	1998	168	-7,0
	1999	214	-9,5
	2000	240	-11,8
	2001	173	-9,6
	2002	132	-8,1
	2003	97	-6,5
	2004	57	-4,1
	2005	45	-3,4
2006	35	-2,7	
2007	23	-1,8	
2008	35	-2,8	
2009	41	-3,4	
2010	18	-1,6	
2011	17	-1,5	
2012	20	-1,8	

ab. Ihr Bestand sank um 14,8 Prozent auf 17 Milliarden Euro. Geringfügig zulegen konnten die Spareinlagen. Zum Jahresende 2012 betrug der Spareinlagenbestand 187 Milliarden Euro.

Einschließlich der Inhaberschuldverschreibungen stiegen die Kundeneinlagen der Volksbanken und Raiffeisenbanken um 14 Milliarden Euro (2,6 Prozent) auf 558 Milliarden Euro.

Bilanzsumme im stetigen Aufwärtstrend

Die Konsolidierung unter den Volksbanken und Raiffeisenbanken setzte sich im Trend der Vorjahre auch 2012 fort: Die Zahl der Kreditgenossenschaften sank um 20 Institute (1,8 Prozent) auf 1.101 Banken. Dagegen erhöhte sich die addierte Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 750 Milliarden Euro (2,9 Prozent) erneut.

Dadurch erhöhte sich auch die durchschnittliche Bilanzsumme je Institut. Sie beträgt 681 Millionen Euro (2011: 651 Millionen Euro). Die Spannbreite der Bilanzsummen bei Kreditgenossenschaften reicht von knapp 14 Millionen Euro für die kleinste bis zu 38 Milliarden Euro für die größte Kreditgenossenschaft.

Das Warengeschäft betrieben im Jahr 2012 noch 137 Institute. Dies sind etwas mehr als 12 Prozent aller Kreditgenossenschaften – mit einer addierten Bilanzsumme von rund 44 Milliarden Euro. In den letzten zehn Jahren hat damit die Zahl der Banken mit Warengeschäft um mehr als die Hälfte (54 Prozent) abgenommen.

Eigenkapital: Deutliche Zunahme

Als robust präsentiert sich auch die bilanzielle Eigenkapitalbasis der Volksbanken und Raiffeisenbanken. So steigerten die Institute im Jahresverlauf 2012 das bilanzielle Eigenkapital um 5,2 Prozent auf 40,5 Milliarden Euro. Deutlich zulegen konnten auch die Rücklagen um 5,7 Prozent auf 30,1 Milliarden Euro. Ebenso wuchsen die Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) um 3,9 Prozent auf 10,4 Milliarden Euro.

Die Eigenkapitalquote – berechnet als bilanzielles Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme – wurde gegenüber

2011 nochmals gesteigert. Sie beträgt nun 5,4 Prozent (plus 0,1 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr). Damit verfügen die Kreditgenossenschaften über ausreichende Wachstumsspielräume, um den Kreditwünschen von Privat- und Firmenkunden gleichermaßen gerecht zu werden. Anzeichen für eine Kreditklemme sind insofern nicht in Sicht.

Dichtes Bankstellen- und SB-Zweigstellennetz

Die regionalen Bankenfusionen hatten keinen nennenswerten Einfluss auf die Anzahl der personenbesetzten Bankstellen- und SB-Zweigstellen, die den Kunden vor Ort für ihre Bankgeschäfte oder elektronischen Bankdienstleistungen flächendeckend in ganz Deutschland zur Verfügung standen. Ende 2012 unterhielten die Volksbanken und Raiffeisenbanken 13.211 Bankstellen (= Zweigstellen plus Hauptstellen). Das sind 139 weniger als vor einem Jahr. Neben den Personen-Bankstellen standen den Kunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken zusätzlich 3.300 SB-Zweigstellen zur Verfügung.

Mitgliedschaft boomt weiter

Das stabile und solide Geschäftsmodell der Kreditgenossenschaften zog erneut viele neue Kunden und Mitglieder an. Die Mitgliederzahlen der Volksbanken und Raiffeisenbanken stiegen erneut signifikant an. So zählten die Volksbanken und Raiffeisenbanken zum Jahresende 17,3 Millionen Personen und Unternehmen zu ihren Mitgliedern. Das sind fast 350.000 Personen (2,0 Prozent) mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Mitglieder ist damit mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Aktionäre und Fondsbesitzer in Deutschland (8,5 Millionen).

Der Erfolg der Kreditgenossenschaften beruht auf den zahlreichen Leistungen, die sie ihren Mitgliedern anbieten. Hierzu zählt unter anderem der genossenschaftliche Anteilsbesitz mit seiner attraktiven wie nahezu konstant bleibenden Dividende. 2012 lag der durchschnittliche Dividendensatz bei 5,4 Prozent. In den Jahren 2010 und 2011 bei jeweils 5,5 Prozent. Zunehmend bieten die Institute ihren Mitgliedern aber auch andere erlebbare Mehrwerte oder Bonus- und Mitgliederbindungsprogramme. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder je Kreditgenossenschaft stieg auf mehr als 15.750.

Solides und zufriedenstellendes Ergebnis

Die gute Geschäftsentwicklung wirkte sich auch auf die Ertragsseite positiv aus. Der Jahresüberschuss 2012 erreichte 7,4 Milliarden Euro. Er lag damit 5,8 Prozent über dem guten Ergebnis des Vorjahres von 7,0 Milliarden Euro. Die Kreditgenossenschaften zahlten 2012 Einkommens- und Ertragssteuern in Höhe von 2,1 Milliarden Euro (0,28 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme) an den Fiskus. Die Rentabilität im operativen Bereich verlief eher gedämpft. Sie führte gegenüber dem Vorjahr zur Reduktion des Teilbetriebsergebnisses um 3,5 Prozent (0,08 Prozentpunkte). Das Teilbetriebsergebnis betrug 6,8 Milliarden Euro beziehungsweise 0,92 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme. Dabei stieg die durchschnittliche Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 3,85 Prozent.

Aufgrund der ungünstigen Entwicklung der Zinsstrukturkurve im Jahr 2012 und des durch einen starken Wettbewerb geprägten Marktumfeldes stieg der Zinsüberschuss der Kreditgenossenschaften – die mit Abstand größte Ertragsquelle der genossenschaftlichen Bankengruppe – nur leicht um 0,4 Prozent auf 16,4 Milliarden Euro. In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme sank die Zinsspanne um 0,08 Prozentpunkte auf 2,22 Prozent.

Der Provisionsüberschuss aus dem Dienstleistungsgeschäft bei den Kreditgenossenschaften stieg 2012 leicht auf 4,1 Milliarden Euro. In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme sank der Provisionsüberschuss von 0,58 Prozent (2011) auf 0,56 Prozent im Jahr 2012. Wie in den Vorjahren gehörten hier weiterhin die Erträge aus dem Zahlungsverkehr und den Kontoführungsgebühren sowie aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft zu den größten Ertragsbringern.

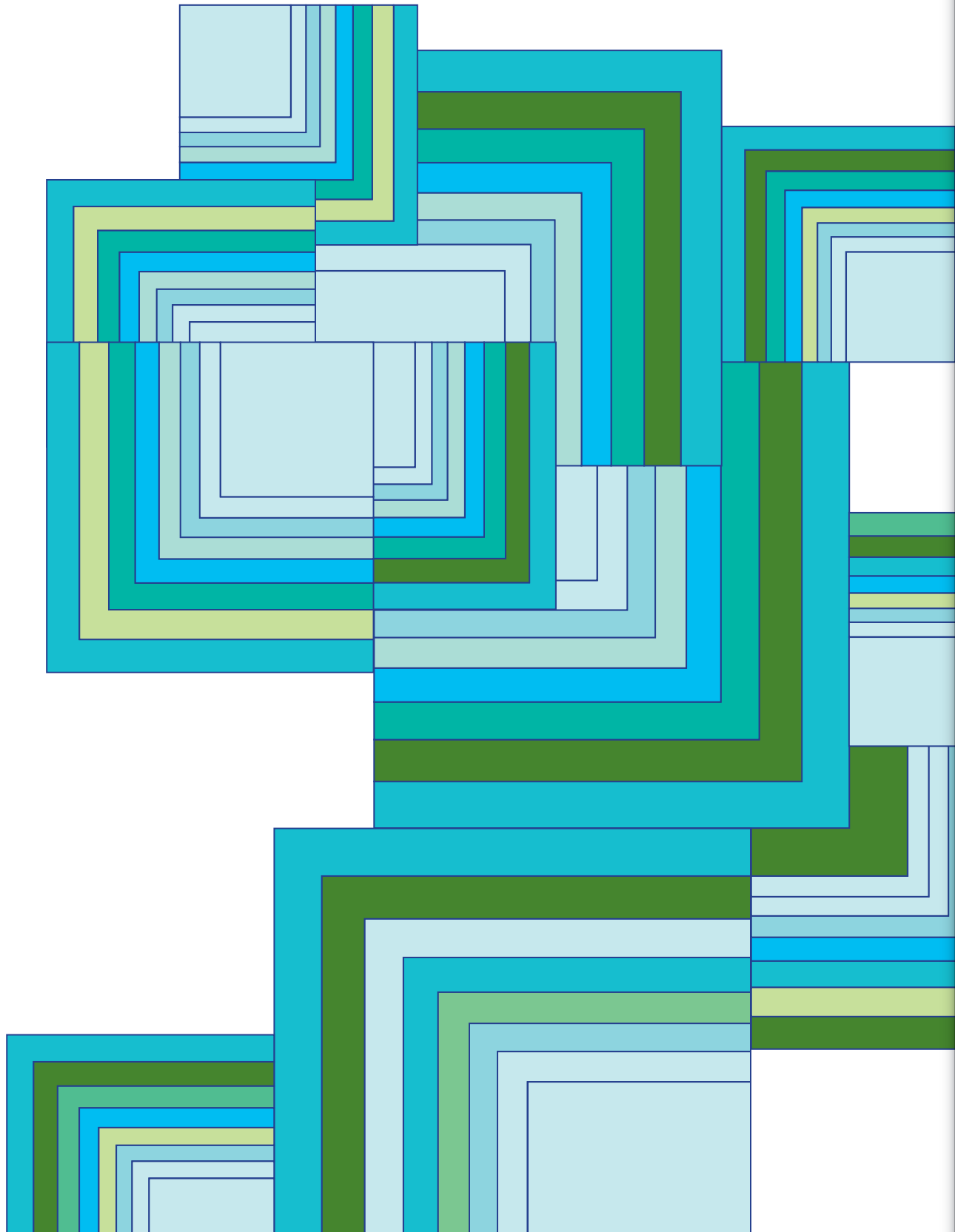
Trotz der allgemein wachsenden regulatorischen Anforderungen für Banken – insbesondere durch erhöhte Berichts-, Dokumentations- und Meldepflichten sowie eines höheren Aufwands beim Verbraucherschutz – stiegen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Kreditgenossenschaften nur leicht auf 13,7 Milliarden Euro. Die Verwaltungskostenpanne reduzierte sich gegenüber 2011 dabei leicht auf 1,86 Prozent. Die Personalaufwendungen schlugen mit 8,2 Milliarden Euro zu Buche. Der Zuwachs im Vergleich

zum Vorjahr fiel dabei mit 2,6 Prozent relativ moderat aus. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen ebenfalls um 2,6 Prozent auf 5,5 Milliarden Euro.

Die Aufwand-Ertrags-Relation im engeren Sinne (Cost-Income-Ratio) als Maß für die Rentabilität stieg um 1,4 Prozentpunkte von 65,5 Prozent (2011) auf 66,9 Prozent im Jahr 2012. Im Zeitraum von 2006 bis 2010 haben die Kreditgenossenschaften die Cost-Income-Ratio kontinuierlich verbessert. Sie sank von 76,4 Prozent im Jahr 2006 auf 64,4 Prozent im Jahr 2010, um seit dem Jahr 2011 erneut aufgrund von rückläufigen Erträgen zu steigen.

Das Teilbetriebsergebnis reduzierte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 6,8 Milliarden Euro (0,92 Prozent) der durchschnittlichen Bilanzsumme. Dies bedeutet gegenüber 2011 einen Rückgang um 3,5 Prozent. Das Betriebsergebnis vor Bewertung erreichte 7,2 Milliarden Euro, nach 7,6 Milliarden Euro im Vorjahr. Der Saldo des Betriebsergebnisses vor Bewertung im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme lag mit 0,97 Prozent um 0,09 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Insgesamt konnten die Kreditgenossenschaften in dem starken Jahr 2012 ein gutes Ergebnis erwirtschaften. Für das laufende Geschäftsjahr 2013 gehen sie – aufgrund des intensiven Wettbewerbes im Einlagengeschäft und der anhaltenden Niedrigzinsphase – überwiegend davon aus, dass das Ergebnis des Jahres 2012 nicht wiederholt werden kann.



Ertragsentwicklung der Volksbanken und Raiffeisenbanken Ende 2012

Erträge und
Aufwendungen
absolut und
in Prozent der
durchschnittlichen
Bilanzsumme
(DBS)

	2012 ¹ absolut in Mio. Euro	in Prozent der DBS	2011 absolut in Mio. Euro	in Prozent der DBS
Zinserträge	27.173	3,68	27.941	3,93
Zinsaufwendungen	10.780	1,46	11.610	1,63
Zinsüberschuss	16.393	2,22	16.331	2,30
Provisionsüberschuss	4.135	0,56	4.090	0,58
Allg. Verwaltungsaufwendungen	13.734	1,86	13.384	1,88
Teilbetriebsergebnis	6.794	0,92	7.037	1,00

¹ Vorläufig, Stand: 12.03.2013.

Forderungen an Kunden

	Bestand Ende 2012 in Mio. Euro	Veränderungen zum Vorjahr Mio. Euro	Prozent
Kurzfristige Forderungen und Wechsel	33.338	1.311	4,1
Mittelfristige Forderungen	27.595	869	3,3
Langfristige Forderungen	382.279	16.516	4,5
Forderungen insgesamt	443.212	18.696	4,4

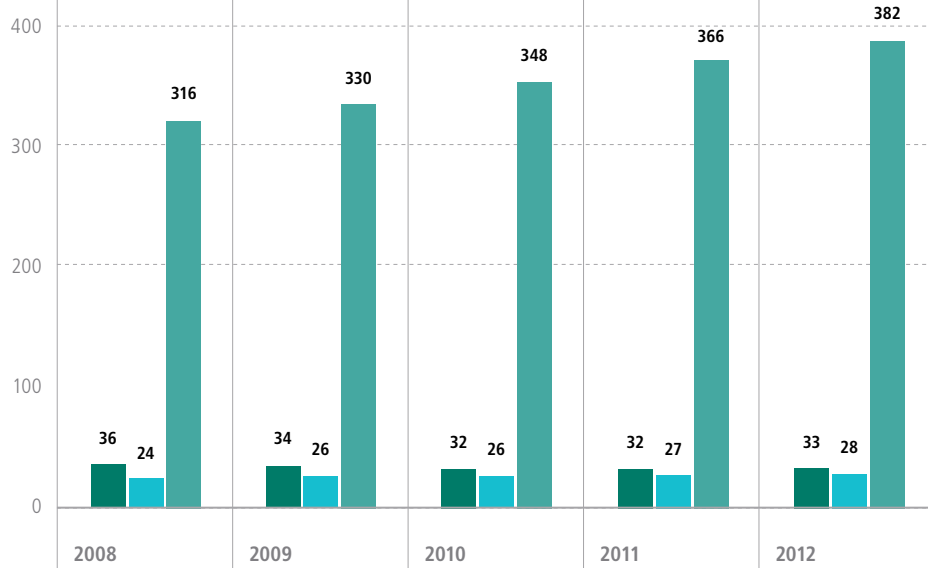
Struktur der
Forderungen
an Kunden
in Prozent

	2008	2009	2010	2011	2012
Kurzfristige Forderungen einschließlich Wechsel	9,6	8,7	7,9	7,5	7,5
Mittelfristige Forderungen	6,5	6,6	6,3	6,3	6,2
Langfristige Forderungen	83,9	84,7	85,8	86,2	86,3
Forderungen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Forderungen an Kunden bei Volksbanken und Raiffeisenbanken
2008 bis 2012

Forderungen an
Kunden bei Volks-
banken und
Raiffeisenbanken
2008 bis 2012
in Milliarden Euro

- Kurzfristige Forderungen einschließlich Wechsel
- Mittelfristige Forderungen
- Langfristige Forderungen



Kundeneinlagen

Einlagen

	Bestand Ende 2012 in Mio. Euro	Veränderungen zum Vorjahr Mio. Euro	Prozent
Sichteinlagen	268.563	33.221	14,1
Termineinlagen	69.367	-12.197	-15,0
Spareinlagen	187.074	52	0,0
Sparbriefe	17.212	-2.979	-14,8
Kundeneinlagen insgesamt	542.216	18.097	3,5
Inhaberschuldverschreibungen	16.254	-3.927	-19,5
Einlagen und Inhaberschuldverschreibungen	558.470	14.170	2,6

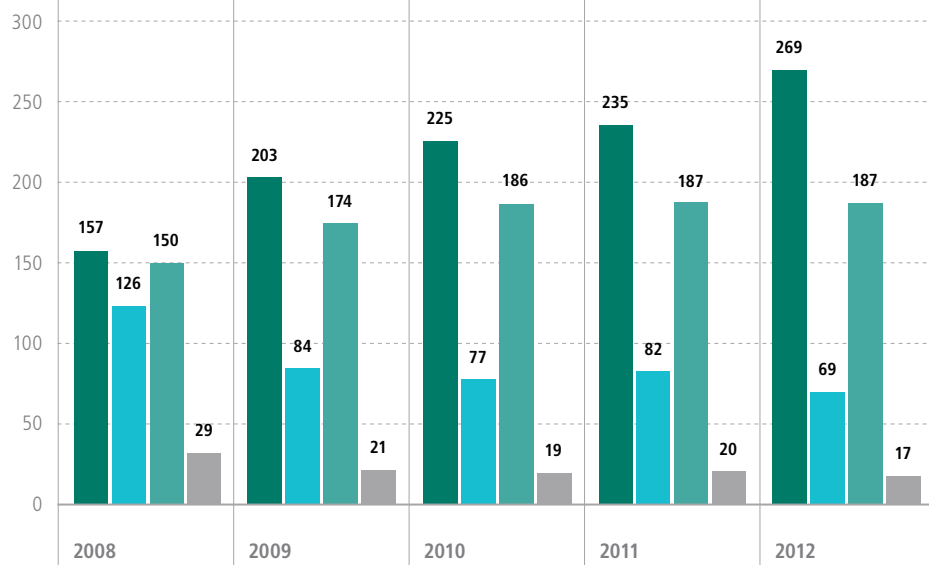
Einlagenstruktur
in Prozent

	2008	2009	2010	2011	2012
Sichteinlagen	34,0	42,1	44,3	44,9	49,5
Termineinlagen	27,3	17,4	15,2	15,6	12,8
Spareinlagen	32,5	36,2	36,7	35,7	34,5
Sparbriefe	6,2	4,3	3,7	3,9	3,2
Kundeneinlagen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Kundeneinlagen bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken 2008 bis 2012

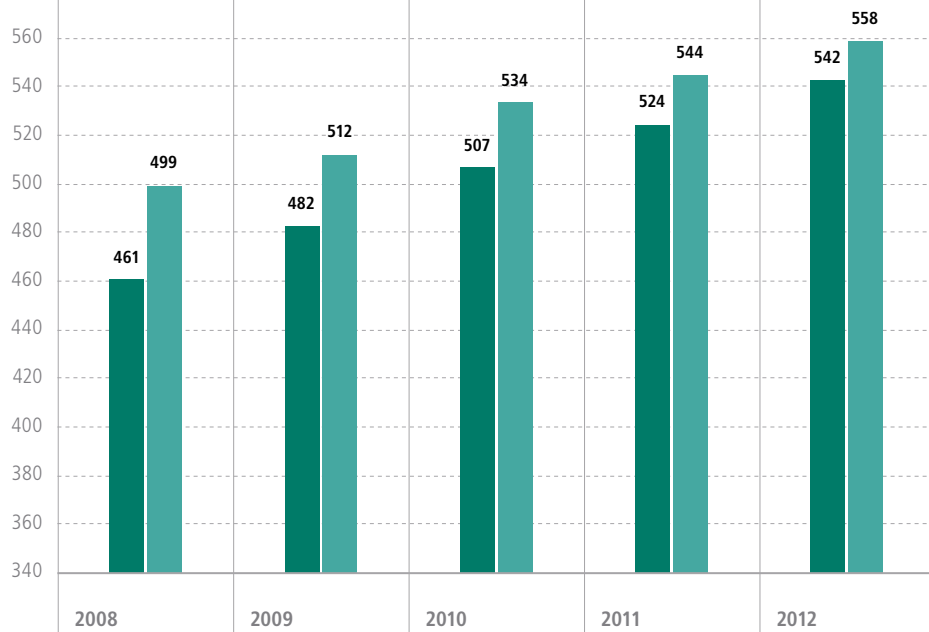
Kundeneinlagen bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken 2008 bis 2012 in Milliarden Euro

- Sichteinlagen
- Termineinlagen
- Spareinlagen
- Sparbriefe



Kundeneinlagen mit Berücksichtigung der Inhaberschuldverschreibungen in Milliarden Euro

- Kundeneinlagen
- Kundeneinlagen mit Inhaberschuldverschreibungen



Bilanz der Volksbanken und Raiffeisenbanken 2012

Aktiva	Bestände in Mio. Euro		Veränderung 2011/2012	
	2012	2011	in Mio. Euro	in Prozent
1. Barreserve	11.807	15.462	-3.655	-23,6
2. Forderungen an Banken insgesamt	65.847	77.004	-11.157	-14,5
a) Täglich fällige Forderungen an Banken (einschl. Wechsel)	23.385	18.874	4.511	23,9
b) Termingelder bei Banken	42.462	58.130	-15.668	-27,0
3. Forderungen an Nichtbanken insgesamt	443.212	424.516	18.696	4,4
a) Kurzfristige Forderungen (einschl. Wechsel)	33.338	32.027	1.311	4,1
b) Mittelfristige Forderungen	27.595	26.726	869	3,3
c) Langfristige Forderungen	382.279	365.763	16.516	4,5
4. Wertpapiere	196.835	182.442	14.393	7,9
5. Beteiligungen	11.768	11.605	163	1,4
6. Sachanlagen	9.000	8.677	323	3,7
7. Sonstige Aktiva	11.782	9.577	2.205	23,0
Summe der Aktiva	750.251	729.283	20.968	2,9

Passiva

	Bestände in Mio. Euro		Veränderung 2011/2012	
	2012	2011	in Mio. Euro	in Prozent
1. Verbindlichkeiten gegenüber				
Banken insgesamt	108.135	105.175	2.960	2,8
a) Bankverbindlichkeiten	107.277	104.583	2.694	2,6
b) Verbriefte Verbindlichkeiten gegenüber Banken	858	592	266	44,9
2. Verbindlichkeiten gegenüber				
Nichtbanken insgesamt	542.216	524.119	18.097	3,5
a) Täglich fällige Verbindlichkeiten	268.563	235.342	33.221	14,1
b) Termineinlagen	69.367	81.564	-12.197	-15,0
c) Spareinlagen	187.074	187.022	52	0,0
d) Sparbriefe	17.212	20.191	-2.979	-14,8
3. Inhaberschuldverschreibungen				
im Umlauf	16.254	20.181	-3.927	-19,5
4. Genussrechtskapital	965	1.104	-139	-12,6
5. Eigenkapital	40.487	38.489	1.998	5,2
a) Gezeichnetes Kapital	10.419	10.030	389	3,9
b) Rücklagen	30.068	28.459	1.609	5,7
6. Sonstige Passiva	42.194	40.215	1.979	4,9
Summe der Passiva	750.251	729.283	20.968	2,9

DZ BANK Gruppe

Die DZ BANK Gruppe hat ihr Ergebnis im Geschäftsjahr in bewährter Partnerschaft mit ihren Kunden und Eigentümern, den Volksbanken und Raiffeisenbanken, deutlich gesteigert. Das gute Ergebnis ist Ausdruck der klaren Positionierung als verbundfokussierte Allfinanzgruppe. Es wird von der positiven operativen Entwicklung in nahezu allen Unternehmen der DZ BANK Gruppe getragen.

Im Berichtsjahr weisen die Geschäftszahlen nach IFRS in der DZ BANK Gruppe ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,319 Milliarden Euro aus. Das entspricht in etwa einer Vervierfachung des Vorjahreswerts von 324 Millionen Euro. Angesichts eines herausfordernden Umfeldes ist die Ergebnisentwicklung Beleg für die Ertragskraft und Stabilität des eng am Kunden ausgerichteten Geschäftsmodells.

Dank der guten Ergebnisentwicklung konnte die DZ BANK Gruppe ihre Kapitalbasis weiter stärken. Die Kernkapitalquote stieg im Jahresverlauf von 11,8 Prozent auf 14,9 Prozent (Basel 2,5). Im Jahr 2012 wurden 2,3 Milliarden Euro zusätzliche Kapitalsubstanz gebildet. Dies wurde durch die Thesaurierung von Gewinnen sowie durch ein sorgfältiges Management der Risikoaktiva erreicht.

Der im Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss der DZ BANK AG nach HGB lag bei 128 Millionen Euro (Vorjahr: 60 Millionen Euro). Vor dem Hintergrund einer Abwägung von Aktionärsinteressen und verschärften regulatorischen Anforderungen ist vorgesehen, der Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 10 Cent je Aktie vorzuschlagen – nach 5 Cent je Aktie im Vorjahr.

Ergebnisse der DZ BANK Gruppe

Die DZ BANK AG blickt insbesondere im Firmenkundengeschäft auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Im

Kreditgeschäft mit Firmenkunden stieg das zugesagte Volumen um mehr als 20 Prozent auf 9,9 Milliarden Euro. Im Geschäft mit Förderkrediten steigerte die Bank das Neugeschäftsvolumen um rund 20 Prozent auf 7,3 Milliarden Euro.

Im Firmenkundengeschäft trägt vor allem die gemeinsame Marktbearbeitung der genossenschaftlichen FinanzGruppe im deutschen Mittelstand Früchte. Insbesondere bei der Finanzierung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien konnten deutliche Zuwächse erzielt werden. Im Privatkundengeschäft war die Verunsicherung der Anleger spürbar. So lag das Absatzvolumen von Zertifikaten und strukturierten Wertpapieren bei 4,3 Milliarden Euro nach 5,2 Milliarden Euro im Vorjahr. Dabei sicherte die strikte Qualitätsstrategie der gemeinsam mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken vertriebenen Qualitätsmarke AKZENT Invest der DZ BANK AG unverändert die Marktführerschaft im Bereich der Zertifikate mit Kapitalschutz. Im Kapitalmarktgeschäft konnte die DZ BANK AG mit einem begleiteten Anleihen-Emissionsvolumen von 22 Milliarden Euro ihre gute Position behaupten.

Bei den Tochtergesellschaften erreichte die Bausparkasse Schwäbisch Hall im Berichtsjahr Rekordwerte im Neugeschäft. Sie schloss rund eine Million neue Bausparverträge mit einem Bausparvolumen von insgesamt 32,8 Milliarden Euro ab (+3,6 Prozent). Die R+V Versicherung steigerte die verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber dem bereits hohen Niveau des Vorjahres um 5,3 Prozent auf 11,8 Milliarden Euro. Union Investment erzielte Nettomittelzuflüsse von insgesamt 9,9 Milliarden Euro. Die Assets under Management konnten damit zum 31. Dezember 2012 um 11,9 Prozent auf 190,5 Milliarden Euro deutlich gesteigert werden (31. Dezember 2011: 170,3 Milliarden Euro). Die TeamBank steigerte mit ihrem Ratenkreditangebot easy-Credit sowohl das Kreditvolumen (+6,5 Prozent) auf 6,2 Milliarden Euro als auch die Anzahl der Kunden (+5 Prozent). Die DZ PRIVATBANK gewann im Rahmen der Marktinitiative Private Banking Bruttoneugelder von über 2 Milliarden Euro hinzu. Die Assets under Management beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 13,5 Milliarden Euro. Die DG HYP ist in ihrem Kerngeschäft als gewerblicher Immobilienfinanzierer inzwischen sehr gut etabliert und profitabel.

Kennzahlen
in Mio. Euro

DZ BANK Gruppe (nach IFRS)

	2012	2011
Ertragslage		
Operatives Ergebnis ¹	1.846	719
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-527	-395
Konzernergebnis vor Steuern	1.319	324
Konzernergebnis	969	609
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	60,7	79,1
Vermögenslage		
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	79.429	80.035
Forderungen an Kunden	123.811	120.760
Handelsaktiva	66.709	71.858
Finanzanlagen	59.792	61.690
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	66.296	59.348
Übrige Aktiva	11.199	12.235
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100.596	106.919
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	92.169	92.871
Verbriefte Verbindlichkeiten	63.290	55.114
Handelspassiva	58.715	67.371
Versicherungstechnische Rückstellungen	63.260	57.437
Übrige Passiva	16.565	15.439
Eigenkapital	12.641	10.775
Bilanzsumme	407.236	405.926
Geschäftsvolumen²	627.412	605.255
Bankaufsichtsrechtliche Kennziffern gemäß SolvV		
Gesamtkennziffer (in Prozent)	13,8	11,5
Kernkapitalquote (in Prozent)	13,6	10,1
Derivative Finanzinstrumente		
Nominalvolumen	968.733	1.057.918
Positive Marktwerte	37.831	34.003
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (Anzahl)	28.227	27.825
Langfristrating		
Standard Poor's	AA-	AA-
Moody's Investors Service	A1	Aa3
Fitch Ratings	A+	A+

¹ Operative Erträge (Zinsüberschuss + Provisionüberschuss + Handelsergebnis + Ergebnis aus Finanzanlagen + Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten + Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft + Sonstiges betriebliches Ergebnis) abzüglich Verwaltungsaufwendungen.

² Bilanzsumme einschließlich Finanzgarantien und Kreditzusagen, Treuhandgeschäft und Assets under Management der Union Investment Gruppe.

Der Zinsüberschuss der DZ BANK Gruppe erhöhte sich gegenüber dem bereits guten Vorjahreswert um 3,9 Prozent auf 3,26 Milliarden Euro. Signifikante Zuwächse verzeichneten die DZ BANK AG, die Bausparkasse Schwäbisch Hall sowie die TeamBank. Die Steigerung des operativen Zinsüberschusses bei der DZ BANK AG ist vor allem auch auf das Kreditgeschäft mit Firmenkunden zurückzuführen, das den positiven Trend des Vorjahres fortsetzen konnte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 33,4 Prozent auf –527 Millionen Euro. Ursächlich dafür waren insbesondere eine im Vergleich zum Vorjahr höhere, aber noch immer auf normalem Niveau befindliche Zuführung zur Einzelrisikovorsorge der DZ BANK AG sowie ein höherer Risikovorsorgebedarf im Osteuropageschäft der VR LEASING.

Der Provisionsüberschuss stieg um 6,3 Prozent auf 1,02 Milliarden Euro. Eine deutliche Ergebnisverbesserung verzeichnete die Union Investment infolge gestiegener Assets und Management, was zu höheren volumenabhängigen Erträgen führte.

Das Handelsergebnis erhöhte sich auf 659 Millionen Euro nach 398 Millionen Euro im Vorjahr. Dieses Ergebnis ist neben guten Beiträgen aus dem Kundengeschäft des Weiteren auf einen Anstieg in den Bewertungen der Wertpapierhandelsbestände der DZ BANK AG zurückzuführen.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verminderte sich auf –442 Millionen Euro (Vorjahr: –333 Millionen Euro). Hierin enthalten sind Belastungen aus Wertberichtigungen und Veräußerungen aus dem ABS-Portfolio der DZ BANK AG, aus einer Wertberichtigung auf die VB-Leasing International Holding, die das Osteuropa-Geschäft der VR LEASING bündelt, sowie aus Belastungen aufgrund der Beendigung der Equity-Methode bei der Beteiligung der ÖVAG, die im Berichtszeitraum wirksam wurde.

Das sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten belief sich im Geschäftsjahr auf –276 Millionen Euro gegenüber –999 Millionen Euro im Vorjahr. Dieser für die DZ BANK Gruppe ausgewiesene Betrag betrifft weitgehend die DG HYP, die in deutlich geringerem Umfang als im Vorjahr durch

Bewertungsabschläge bei Anleihen der europäischen Peripheriestaaten belastet war.

Das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft belief sich auf 532 Millionen Euro nach 348 Millionen Euro im Vorjahr. Hier wirkten sich gestiegene Beitragseinnahmen, ein deutlich höheres Ergebnis aus Kapitalanlagen sowie eine geringere Schadenbelastung aus dem Rückversicherungsgeschäft positiv aus.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen bei 2,86 Milliarden Euro und damit 4,9 Prozent höher als im Vorjahr. Dabei stiegen die Personalaufwendungen um 4,5 Prozent. Gründe dafür waren höhere Mitarbeiterzahlen in Wachstumsfeldern wie dem Firmenkundengeschäft der DZ BANK AG, bei der DZ PRIVATBANK infolge der Fusion mit der Private-Banking-Einheit der WGZ BANK sowie bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall. Die Sachkosten erhöhten sich um 5,9 Prozent. Hierfür waren auch die gestiegenen regulatorischen Anforderungen maßgeblich.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA) lagen per 31. Dezember 2012 bei 89 Milliarden Euro. Das sind 11 Prozent weniger als im Vorjahr (rund 100 Milliarden Euro). Gegenüber dem Jahr 2008 konnten die RWA damit trotz des RWA-erhöhenden CRD-III-Effekts (Basel 2,5) um rund 25 Prozent reduziert werden. Inklusiv der Effekte aus der „Capital Requirements Regulation“ (CRR, pro forma) betragen die RWA 119 Milliarden Euro.

Die Kernkapitalquote (Tier-1-Ratio) verbesserte sich auf 14,9 Prozent (Basel 2,5). Unter Berücksichtigung der CRR, pro forma, beträgt die harte Kernkapitalquote – per 31. Dezember 2012 – 9,8 Prozent.

Die Neubewertungsrücklage verbesserte sich zum Bilanzstichtag signifikant um 1,14 Milliarden Euro auf 36 Millionen Euro.

Das Konzernergebnis erhöhte sich auf 969 Millionen Euro nach 609 Millionen Euro im Vorjahr.

Die Bilanzsumme der DZ BANK Gruppe erhöhte sich auf 407,2 Milliarden Euro (Vorjahr: 405,9 Milliarden Euro).

WGZ BANK

Trotz eines herausfordernden Umfeldes erzielte die WGZ BANK im Geschäftsjahr 2012 ihr operativ bisher bestes Ergebnis. Die Bank konnte wichtige Geschäftsfelder ausbauen und zahlreiche neue Kunden gewinnen. Die Eigentümer erhalten erneut eine Dividende auf hohem Niveau. Das Eigenkapital der WGZ BANK wird zudem deutlich gestärkt.

Die WGZ BANK erzielte in ihrem HGB-Abschluss einen Jahresüberschuss vor Steuern von 167,3 Millionen Euro. Aus dem Ergebnis wird die Bank ihre Rücklagen und Reserven erneut stärken. Das Ergebnis der WGZ BANK nach Steuern beträgt 50,1 Millionen Euro. Es hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. In der WGZ BANK-Gruppe stieg das Ergebnis vor Steuern nach IFRS deutlich auf 551,6 Millionen Euro. Die Cost Income Ratios weisen mit 43,6 Prozent für die WGZ BANK beziehungsweise 33,5 Prozent für die Gruppe einen im Branchenvergleich sehr guten Wert auf.

Die Bilanzsumme wuchs in der WGZ BANK von 50,7 Milliarden Euro auf 51,6 Milliarden Euro. In der WGZ BANK-Gruppe stieg sie um 2,2 Milliarden Euro auf 96,1 Milliarden Euro. Das Geschäft mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken entwickelte sich weiterhin positiv. So erhöhten sich die Ausleihungen an die Mitgliedsbanken der WGZ BANK auf 15,6 Milliarden Euro. Die Kundenforderungen der WGZ BANK-Gruppe beliefen sich zum Jahresultimo auf 37,5 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 2,7 Prozent. Auch im „klassischen“ Kreditgeschäft mit den mittelständischen Firmen- und Immobilienkunden gibt es erneut erfreuliche Entwicklungen. So hat die WGZ BANK 2012 neue Kredite in einem Umfang von 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt – mehr als 900 Millionen Euro davon zur Finanzierung gewerblicher Immobilien. Das Bestandsvolumen der

Unternehmenskredite erhöhte sich um 2,9 Prozent auf insgesamt 7,6 Milliarden Euro.

Die Eigenkapitalausstattung der WGZ BANK-Gruppe ist solide. Das Eigenkapital erhöhte sich von 2,7 Milliarden Euro auf 3,1 Milliarden Euro. Die Kernkapitalquote der WGZ BANK-Gruppe zum Jahresultimo 2012 beträgt 12 Prozent, die Gesamtkennziffer 13,5 Prozent. Dabei sind die Qualität und die Struktur der Kapitalbasis besonders wichtig. Das Kernkapital besteht ausschließlich aus hartem Kernkapital, dem Grundkapital, den Rücklagen und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Auch in den kommenden Jahren will die WGZ BANK ihre Kapitalbasis aus eigener Kraft weiter stärken. Unter Berücksichtigung der zukünftigen Capital Requirements Regulation (CRR) beläuft sich die Kernkapitalquote auf rund 11 Prozent. Die gute Kapitalausstattung bietet der WGZ BANK Raum für weitere Wachstumsinitiativen. Auch in den kommenden Jahren beabsichtigt sie, ihre Kapitalbasis aus eigener Kraft weiter zu stärken.

WGZ BANK AG operativ weiterhin erfolgreich

Der **Zinsüberschuss** sank nach HGB-Rechnungslegung leicht um 3,2 Prozent auf 191,0 Millionen Euro. Die **laufenden Erträge** reduzierten sich um 32,4 Prozent auf 93,6 Millionen Euro.

Der **Provisionsüberschuss** legte aufgrund der Ausweitung des Kundengeschäftes mit plus 15,0 Prozent auf 102,9 Millionen Euro kräftig zu. Dazu haben gestiegene Umsätze im Zahlungsverkehr, im Derivategeschäft und im Kreditgeschäft sowie aus dem Angebot der WGZ BANK an Leistungen zur Geldwäscheverhinderung für die Mitgliedsbanken beigetragen.

Der **Nettoertrag des Handelsbestands** entwickelte sich besser als erwartet. In dem deutlichen Anstieg – um 69,6 Millionen Euro auf 131,4 Millionen Euro – findet auch die insgesamt positive Entwicklung an den Finanzmärkten im abgelaufenen Jahr ihren Ausdruck. Darüber hinaus konnten die Zins- und Provisionserträge aus Handelsgeschäften infolge ausgeweiteter Handelsaktivitäten deutlich erhöht werden. Der Verwaltungsaufwand stieg um 5,5 Prozent auf 223,4 Millionen Euro moderat an. Der Personalaufwand nahm aufgrund normaler Gehaltssteigerungen,

veränderter Eingruppierungen und Neueinstellungen zu. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen insbesondere aufgrund erhöhter Projektkosten – unter anderem zur Bewältigung der regulatorischen Anforderungen. Die Belastungen aus der Bankenabgabe betragen 8,5 Millionen Euro nach 9,1 Millionen Euro im Vorjahr.

Der **Saldo aus dem sonstigen Geschäft** setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen: Einem Ertrag aus dem Zusammenschluss der WGZ Initiativkapital mit der DZ Equity Partner zur VR Equitypartner GmbH standen vor allem Belastungen aus einem Ertragszuschuss an die VR Leasing in Höhe von rund 40 Millionen Euro gegenüber. Des Weiteren ist in dieser Position eine Dotierung der §-340g-HGB-Reserven in Höhe von 100 Millionen Euro erfasst. Aufsichtsrat und Vorstand werden der Hauptversammlung der WGZ BANK am 18. Juni 2013 die Zahlung einer Dividende in Höhe von 5,00 Euro je Aktie im Nennwert von 100 Euro vorschlagen. Die Gesamtausschüttung belief sich damit auf 32,5 Millionen Euro. Darüber hinaus ist eine Dotierung der Gewinnrücklagen mit 100 Millionen Euro vorgesehen. Damit erhöht die WGZ BANK im Jahresabschluss 2012 ihre Rücklagen und Reserven um rund 250 Millionen Euro.

WGZ BANK-Gruppe profitiert von positiver Entwicklung der Kapitalmärkte

Die Ertragslage der WGZ BANK-Gruppe nach IFRS hat sich gegenüber dem Vorjahr infolge der schrittweisen Entspannung an den Kapitalmärkten deutlich verbessert. Der Anstieg des **Zinsüberschusses** um 12,6 Prozent auf 486,2 Millionen Euro in der WGZ BANK-Gruppe ist sowohl auf die Ausweitung des operativen Geschäfts als auch auf die insgesamt verbesserte Refinanzierungsbasis der Gruppenunternehmen zurückzuführen.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** ging auch in der Gruppe deutlich zurück – um 82,6 Prozent auf 1,6 Millionen Euro. Wesentliche Ursachen hierfür sind die stabile konjunkturelle Entwicklung und die gute Lage der mittelständischen Firmenkunden. Der Rückgang des **Provisionsüberschusses** um 7,1 Prozent auf 59,0 Millionen Euro ist beeinflusst durch die Entwicklung in der WL BANK. Diese weist aus dem Vermittlungsgeschäft mit den Mitgliedsban-

ken stets einen negativen Provisionsüberschuss aus. Der dortige Anstieg des Provisionsaufwands ist auf die gestiegenen Vermittlungsaktivitäten der Partnerbanken für die WL BANK zurückzuführen. Das **Handelsergebnis** stieg infolge deutlich erhöhter Umsätze in der WGZ BANK sowie der Wertaufholungen im von der WL BANK gehaltenen Portfolio europäischer Staatsanleihen.

Der **Verwaltungsaufwand** stieg auch in der WGZ BANK-Gruppe moderat. Ausschlaggebend hierfür sind der gestiegene Personalaufwand bei der WGZ BANK und der WL BANK sowie gestiegene Projektkosten.

www.wgzbank.de

Ertragslage der WGZ BANK nach HGB

	31.12.2011 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinsüberschuss	197,3	191,0	-3,2
Laufende Erträge	138,6	93,6	-32,4
Provisionsüberschuss	89,5	102,9	15,0
Nettoertrag des Handelsbestands	61,8	131,4	>100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	4,9	-6,5	<-100
Verwaltungsaufwand	-211,7	-223,4	5,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	280,4	289,0	3,1
Risikovorsorge	-51,7*	-23,0	55,4
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	228,7	266,0	16,3
Saldo sonstiges Geschäft	-176,8*	-98,7	44,1
Steuern	-1,8	-34,8	>100
Jahresüberschuss nach Steuern	50,1	132,5	>100
Cost-Income-Ratio (in Prozent)	43,0	43,6	

Ertragslage der WGZ BANK-Gruppe nach IFRS

	31.12.2011 Mio. Euro	31.12.2012 Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinsüberschuss	431,9	486,2	12,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-9,2	-1,6	-82,6
Provisionsüberschuss	63,5	59,0	-7,1
Handelsergebnis	-653,4	272,2	>100
Ergebnis aus Finanzanlagen	-22,8	-19,1	-16,2
Ergebnis aus At-Equity-Beteiligungen	9,8	14,6	49,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-4,2	-16,9	>100
Verwaltungsaufwand	-268,4	-278,9	3,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	22,5	36,1	60,4
Ergebnis vor Steuern	-430,3	551,6	>100
Steuern	192,6	-170,9	>100
Ergebnis nach Steuern	-237,7	380,7	>100
Cost-Income-Ratio (in Prozent)		33,5	

* Ohne Umwidmung von §-340f- in §-340g-HGB-Reserven.

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Für die Bausparkasse der genossenschaftlichen FinanzGruppe war 2012 ein ausgesprochen erfolgreiches Jahr. Sowohl im Bauspar-Neugeschäft als auch in der Baufinanzierung wurden neue Bestmarken erreicht.

Im Geschäftsfeld Bausparen konnte der deutsche Marktführer einen „Prädikatsjahrgang“ einfahren und eine Million neue Verträge mit einem Bausparvolumen von 32,8 Milliarden Euro abschließen – ein Plus von 3,6 Prozent. Schwäbisch Hall verbesserte damit seinen Marktanteil auf 30,2 Prozent. Allein im vergangenen Jahr konnte die Bausparkasse gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken rund 150.000 Bausparkunden neu gewinnen. Insgesamt betreut Schwäbisch Hall derzeit im Inland sieben Millionen Kunden.

Viele junge Bausparer

Die Gründe für den Neugeschäftserfolg liegen auf der Hand: Grundlage für das starke Neugeschäft ist die intensive und fruchtbare Zusammenarbeit des Schwäbisch Hall-Außendienstes mit den Genossenschaftsbanken. Darüber hinaus verfügt die Bausparkasse über attraktive Produkte. Besonders der neue Tarif für junge Leute wurde stark nachgefragt. Bereits in den ersten sechs Monaten seit Einführung entschieden sich mehr als 130.000 junge Bausparer dafür. Bei der Wohn-Rente wurden erneut 105.000 Verträge unterzeichnet. Damit hat Schwäbisch Hall mittlerweile rund 375.000 Wohn-Riester-Verträge im Bestand. Aber auch der Wunsch der Menschen nach Sicherheit und Verlässlichkeit beflügelte den Geschäftserfolg und schließlich gab die neue Imagekampagne „Du kaufst keinen Bausparvertrag. Du kaufst den wichtigsten Ort der Welt“ starke Impulse.

Bestmarke in der Baufinanzierung

Auch im zweiten Geschäftsfeld, der Baufinanzierung, wurde eine neue Bestmarke erreicht. Insgesamt vergab

Schwäbisch Hall Sofortfinanzierungen, Bauspardarlehen und Baudarlehen, die im Auftrag der Partnerbanken vermittelt wurden, mit einem Volumen von 12 Milliarden Euro – ein Plus von 7,2 Prozent. Mit diesem Ergebnis konnte Schwäbisch Hall seine Position in der Spitzengruppe der deutschen Baufinanzierer eindrucksvoll behaupten. Hinzu kommen 4,2 Milliarden Euro aus dem dritten Geschäftsfeld, der Weiteren Vorsorge. Alle drei Geschäftsfelder zusammen genommen ergeben ein Vertriebsvolumen von annähernd 50 Milliarden Euro.

Das Interesse am Bausparen ist längst international. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall ist derzeit in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und China aktiv. Dort wurden im vergangenen Jahr Bausparverträge über ein Volumen von 6,5 Milliarden Euro abgeschlossen. Die 6.900 im Ausland tätigen Mitarbeiter betreuen inzwischen 3,6 Millionen Verträge über ein Gesamtvolumen von 53,2 Milliarden Euro.

Vorjahreswert übertroffen

Das Ergebnis vor Steuern für die Schwäbisch Hall-Gruppe liegt mit 310 Millionen Euro über dem Vorjahreswert von 300 Millionen Euro – angesichts der Niedrigzinsphase nicht selbstverständlich. Ergebnistreiber war wieder der Zinsüberschuss mit 981 Millionen Euro. Das traditionell negative Provisionsergebnis bewegte sich mit 238 Millionen Euro auf Vorjahresniveau, während sich die Verwaltungskosten auf 460 Millionen Euro erhöht haben. Ein Großteil der Erhöhungen floss in Marktaktivitäten; weiterhin ergaben sich Mehrkosten durch eine immer stärker wachsende Regulierung und Aufsicht. Schließlich kamen auch die höheren Personalkosten durch den Ausbau der Mitarbeiterzahl zum Ausdruck.

Auch für das kommende Jahr erwartet Schwäbisch Hall trotz des schwierigen Zinsumfeldes mit Blick auf den Bedarf an energetischen und altersgerechten Sanierungen ein Neugeschäft von „30 Milliarden Euro plus“.

www.schwaebisch-hall.de

DG HYP

Die DG HYP ist das Kompetenzzentrum und der Spezialist für gewerbliche Immobilienfinanzierungen der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Vor dem Hintergrund der guten Entwicklung auf den gewerblichen Immobilienmärkten erzielte die DG HYP im Geschäftsjahr 2012 ein Neugeschäftsvolumen von 5,3 Milliarden Euro. Das ist rund ein Drittel mehr als im Vorjahr. Die gewerbliche Immobilienfinanzierung ist für die genossenschaftliche FinanzGruppe ein nachhaltig interessantes Geschäftsfeld, weil sie über Zyklen hinweg ein realwirtschaftliches Grundbedürfnis bedient.

Gemeinschaftskreditgeschäft erneut gesteigert

Die DG HYP hat die Zusammenarbeit in der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Berichtsjahr erfolgreich ausgebaut. Nach einem überdurchschnittlichen Wachstum 2011 stieg das Gemeinschaftskreditgeschäft mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken im Geschäftsjahr 2012 erneut um rund 19 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro. Das Gemeinschaftskreditgeschäft hat sich damit seit 2010 mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung zeigt, dass die gewerbliche Immobilienfinanzierung für die Primärbanken zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Partnerschaftliche Kreditvergabe intensiviert

Grundlage der erfolgreichen Entwicklung ist der stetige Ausbau der gemeinsamen Geschäftsbeziehungen und die partnerschaftliche Kreditvergabe über die IMMO META-Produktfamilie, die bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken auf wachsendes Interesse stößt. Das Kernprodukt ist der im Jahr 2010 eingeführte IMMO META REVERSE+, mit dem jede Genossenschaftsbank einzelne Abschnitte

einer abgeschlossenen Finanzierung der DG HYP erwerben kann. Inzwischen haben 350 Genossenschaftsbanken mit der DG HYP Rahmenverträge abgeschlossen. An einzelnen Finanzierungen haben sich bis zu 60 Volksbanken und Raiffeisenbanken parallel beteiligt. Knapp 500 Millionen Euro wurden im Geschäftsjahr 2012 bei Volksbanken und Raiffeisenbanken platziert. Für 2013 strebt die DG HYP an, das Platzierungsvolumen für den IMMO META REVERSE+ weiter zu erhöhen.

Zusammenarbeit in den Regionen

Mit dem IMMO META REVERSE können sich die Genossenschaftsbanken schon in der Anbahnungsphase an ausgewählten großvolumigen Projekten in ihrer Region beteiligen. Über die Höhe der stets gleichrangigen Beteiligung entscheiden sie selbst. Mit dem IMMO META beteiligt sich die DG HYP gleichrangig an gewerblichen Finanzierungen der Volksbanken und Raiffeisenbanken mit mittelständischen Immobilienkunden in der Region. Die Konsortialführerschaft verbleibt bei der Genossenschaftsbank. Ergänzend zu ihrem Produktangebot hat die DG HYP mit dem IMMO VR RATING ein webbasiertes Ratingverfahren entwickelt, mit dem die Volksbanken und Raiffeisenbanken einheitlich die Ausfallrisiken gewerblicher Immobilien messen können.

Aussichtsreiche Perspektiven

Dank der im europäischen Vergleich stabilen konjunkturellen Situation in Deutschland bietet der deutsche Immobilienmarkt für die weitere Entwicklung der DG HYP und der FinanzGruppe gute Perspektiven, denn er steht verstärkt im Fokus der Anleger. Ziel der DG HYP und der Volksbanken und Raiffeisenbanken ist es, die Zusammenarbeit in der FinanzGruppe weiter voranzutreiben und ihre Marktposition zu festigen. Das positive Marktumfeld, das wachsende Interesse an der Zusammenarbeit mit der DG HYP sowie die Stabilität und Refinanzierungskraft der FinanzGruppe bieten dafür gute Chancen.

www.dghyp.de

Union Investment Gruppe

Union Investment ist der Experte für Fondsvermögensverwaltung in der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Das Unternehmen blickt auf ein gutes Geschäftsjahr 2012 zurück. Private und institutionelle Investoren legten 9,9 Milliarden Euro neu an. Das verwaltete Vermögen erreichte mit 190,5 Milliarden Euro einen Höchststand.

Privatkundengeschäft:

Konsequente Kundenorientierung

Mit einem Nettoabsatz von 1,1 Milliarden Euro gehört Union Investment zu den wenigen Anbietern in Deutschland mit beachtlichen Zuflüssen im Privatkundengeschäft. Ein Ergebnis konsequenter Kundenorientierung, bei der die Fondsgesellschaft seit einigen Jahren ihr Angebot an klassischen Fonds durch langfristige, am Kundenbedarf orientierte Anlagelösungen ergänzt. Dabei ermöglicht die enge Zusammenarbeit mit den Partnerbanken der genossenschaftlichen FinanzGruppe eine große Nähe zum Kunden und die genaue Kenntnis ihrer Bedürfnisse. So trugen etwa die PrivatFonds mit ihrer neuen Definition des Themas Sicherheit 414 Millionen Euro zum Nettoabsatz bei.

Den größten Absatzerfolg erbrachten Offene Immobilienfonds mit netto 1,8 Milliarden Euro. Regen Zuspruch fanden außerdem neu aufgelegte Garantiefonds mit einem Zufluss von 1,4 Milliarde Euro. Auch Fondssparpläne wurden mit rund 180.000 neuen Abschlüssen verstärkt nachgefragt. Insgesamt floss Union Investment über Fondssparpläne 1 Milliarden Euro zu. Einmal mehr bewährte sich die UniProfi-Rente, die ebenfalls netto 1 Milliarde Euro beisteuerte.

Institutionelles Geschäft: Großes Wachstum

Im institutionellen Geschäft gilt Union Investment als einer der führenden Experten für aktives Risiko- und Chancenmanagement. Mit einem Nettoabsatz von 8,8 Milliarden

Euro führte die Fondsgesellschaft das Wachstum der Vorjahre fort. Gemessen am Bestand ist Union Investment in Deutschland bereits die Nummer zwei. Im Jahr 2012 kamen 41 neue institutionelle Kunden mit einem Anlagevolumen von 2,3 Milliarden Euro hinzu, davon 35 aus dem nicht-genossenschaftlichen Sektor. Die hohe Risikomanagementkompetenz und Qualität im Portfoliomanagement steigerten auch die Nachfrage aus dem Ausland deutlich, sie war mit den nicht genossenschaftlichen Kunden für knapp ein Drittel des Nettoabsatzes verantwortlich.

Schwerpunkte des Neugeschäftes waren Unternehmensanleihen, Dividendenstrategien, Anleihen aus den Emerging Markets und Immobilienfonds. In den wertgesicherten Portfolios konnten trotz Euro-Schuldenkrise und historisch niedriger Zinsen erneut alle Wertuntergrenzen gehalten werden. Neben Infrastrukturfonds verzeichneten nachhaltige Lösungen ein deutliches Interesse. Union Investment ist mit 5,8 Milliarden Euro in nachhaltigen Anlagen einer der führenden Anbieter in Deutschland.

Vielfach ausgezeichnet

Seit vielen Jahren zählt Union Investment zu den führenden Fondsgesellschaften in Deutschland. Bei den Feri EuroRating Awards 2013 siegte Union Investment in der Kategorie „Socially Responsible Investing“. Das Analysehaus Feri EuroRating Services, der Nachrichtensender n-tv und das Handelsblatt zeichneten Union Investment damit als besten Vermögensverwalter nachhaltiger Kapitalanlagen im deutschsprachigen Raum aus. Im Feri KAG-Ranking liegt die Fondsgesellschaft seit 2007 stabil unter den Top 5.

Die Rating-Agentur Scope zeichnete Union Investment als beste Managementgesellschaft im Segment Offene Immobilienfonds aus. Und von der Finanzzeitschrift Capital erhielt Union Investment als einzige zum elften Mal in Folge die Höchstnote „Fünf Sterne“ und wurde zur besten Fondsgesellschaft unter den Universalanbietern gekürt.

www.union-investment.de

DZ PRIVATBANK

Die DZ PRIVATBANK ist der Lösungsanbieter im Private Banking sowie im Fondsdienstleistungs- und Währungsfinanzierungsgeschäft „LuxCredit“ für Kunden der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Mit Standorten in Deutschland, Luxemburg, Singapur und der Schweiz sowie dem subsidiären Netzwerk der über 1.000 Genossenschaftsbanken schafft sie eine Verbindung von lokaler Nähe, nationaler Erreichbarkeit und internationaler Kompetenz.

Die DZ PRIVATBANK weist für das Geschäftsjahr 2012 ein operatives Ergebnis vor Risikovorsorge in Höhe von 121,5 Millionen Euro aus. Das Ergebnis nach Steuern beträgt 48,9 Millionen Euro. Aus dem erwirtschafteten Gewinn wurden vorab 64,3 Millionen Euro dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zur Stärkung der Eigenmittel zugeführt. Das Ergebnis ist angesichts des weiterhin erschwerten wirtschaftlichen Umfeldes sowie durch den fortlaufenden risikoreduzierenden Umbau des Geschäftsmodells zufriedenstellend. Die Bilanzsumme betrug zum Ende des Jahres 16,9 Milliarden Euro. Trotz schwieriger Marktbedingungen blieben die Bonifikationen und Provisionen für die Genossenschaftsbanken mit über 100 Millionen Euro annähernd auf Vorjahresniveau.

Produktive Zusammenarbeit erhöht

Im Bereich Private Banking belaufen sich die Bruttomittelzuflüsse auf rund 2,4 Milliarden Euro. Seit Start der Markt-initiative Private Banking wurden insgesamt mehr als 4 Milliarden Euro für die genossenschaftliche FinanzGruppe akquiriert. Über 90 Prozent der Genossenschaftsbanken schlossen im Rahmen der VR-PrivateBanking-Aktivitäten Partnerschaftsverträge mit der DZ PRIVATBANK ab. Die Logik der subsidiä-

ren Zusammenarbeit setzt auf differenzierte Kooperationsformen, die die Banken je nach Marktpotenzialen individuell unterstützt. Aktuell befinden sich über 300 Genossenschaftsbanken in einer gemeinsamen, aktiven Marktbearbeitung mit der DZ PRIVATBANK.

LuxCredit-Finanzierungen in Form von avalierten Kundenkrediten in allen Währungen werden sowohl von Privat- als auch Firmenkunden nachgefragt. Hauptwährung ist mit über 77 Prozent der Schweizer Franken. Bedingt durch ungünstige Zins- und Devisenmarktkonstellationen verzeichnete die Bank einen Rückgang bei Finanzierungen in Schweizer Franken. Dies gilt besonders bei Refinanzierungen an Genossenschaftsbanken sowie in geringerem Umfang auch bei avalierten Krediten im LuxCredit-Geschäft. Dennoch konnte der Marktanteil in diesem Segment gegen den Trend erhöht werden. Deutlich ausgeweitet wurden Kreditausreichungen in anderen Währungen.

Die Geschäfte mit Depotbank- und Fondsdienstleistungen blieben sowohl für die Partner der genossenschaftlichen FinanzGruppe als auch für Banken und unabhängige Vermögensverwalter 2012 auf Wachstumskurs. Damit hat die DZ PRIVATBANK mit ihren IPConcept-Einheiten in Luxemburg und der Schweiz die Marktführerschaft im deutschsprachigen Private-Label-Fondsmarkt weiter ausgebaut. Mit 70,8 Milliarden Euro erreichte das betreute Gesamtfondsvolumen einen neuen Höchstwert.

Auch das die Marktbereiche unterstützende Segment Treasury/Brokerage blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Marktopportunitäten wurden erfolgreich genutzt, die Refinanzierung der Bank weiter optimiert und ein substanzieller Ergebnisbeitrag erzielt.

Hohe Qualität in der Beratung

Der Marktantritt im Private Banking in Deutschland erweist sich insgesamt als richtiger Schritt: Nicht nur die steigenden Kundenzahlen in Deutschland belegen die hohe Qualität der Beratungsleistungen der DZ PRIVATBANK, auch die Ergebnisse des ganzheitlichen Beratungsansatzes im Private Banking sind in diesem Jahr von unabhängigen Testern intensiv geprüft und ausgezeichnet worden.

www.dz-privatbank.com

Münchener Hypothekenbank eG

Die große Nachfrage nach Wohnimmobilienfinanzierungen unterstützte das Neugeschäft der Münchener Hypothekenbank eG (MünchenerHyp). Sie erzielte sowohl in der Wohnimmobilienfinanzierung als auch in der Finanzierung gewerblicher Immobilien deutliche Zuwächse im Neugeschäft. Insgesamt vergab sie neue Hypothekenfinanzierungen in einem Volumen von 3,6 Milliarden Euro.

Geschäft mit Volksbanken und Raiffeisenbanken ausgeweitet

Mit rund 3 Milliarden Euro entfielen mehr als drei Viertel des gesamten Neugeschäfts auf die Wohnimmobilienfinanzierung. Dabei konnte die MünchenerHyp vor allem das Geschäft mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken deutlich ausweiten. Das vermittelte Zusagevolumen in diesem Segment stieg um rund 25 Prozent. Große Nachfrage bei den Privatkunden fanden wieder Festzinsfinanzierungen mit Laufzeiten von über 20 Jahren, mit denen sich die Kunden das niedrige Zinsniveau möglichst über die gesamte Darlehenslaufzeit sichern wollten. Neben Zinssicherheit wurde zunehmend Wert auf Flexibilität in den Darlehensmodalitäten gelegt. So wurden vermehrt Sondertilgungs- und Tilgungssatzänderungsoptionen abgeschlossen.

Neu zugesagte Finanzierungen gewerblicher Immobilien wuchsen um 14 Prozent auf 662 Millionen Euro. Rund zwei Drittel des Finanzierungsvolumens wurden im Inland vergeben. Das Auslandsgeschäft konzentrierte sich auf Frankreich und Großbritannien.

Die MünchenerHyp konnte sich im Jahr 2012 zu sehr guten Konditionen am Kapitalmarkt refinanzieren. Besonders

ihre vier großvolumigen Pfandbriefemissionen sorgten für Aufsehen an den Märkten und fanden bei Investoren großen Anklang. Für eine dieser Emissionen, einen zehnjährigen Hypotheken-Jumbopfandbrief, wurde die Bank mit dem Preis „Euro Deal of the Year“ bei den Covered Bond Awards des internationalen Fachmagazins The Cover/Euroweek ausgezeichnet. Bedeutendster Partner für die ungedeckte Refinanzierung war weiterhin die genossenschaftliche FinanzGruppe.

Bestände erreichen neue Dimension

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2012 nahezu unverändert auf 36,6 Milliarden Euro. Ihren Bestand an Hypothekendarlehen konnte die MünchenerHyp mit einem Zuwachs von 1,6 Milliarden Euro erneut deutlich ausweiten, sodass mit einem Gesamtvolumen von 21 Milliarden Euro erstmals die Grenze von 20 Milliarden Euro überschritten wurde. Der weit überwiegende Teil davon entfällt auf Finanzierungen im Inland.

Die MünchenerHyp will im Jahr 2013 und darüber hinaus ihren bisherigen Wachstumskurs fortsetzen und die Marktposition – vor allem in der Wohnimmobilienfinanzierung – sukzessive ausbauen. Dazu soll insbesondere die Zusammenarbeit mit den Partnerbanken in der genossenschaftlichen FinanzGruppe weiter intensiviert werden.

www.muenchenerhyp.de

WL BANK

Die Immobilienbranche profitierte im Jahr 2012 trotz steigender Baukosten und Kaufpreise von der weiterhin guten Nachfrage nach Wohnimmobilien. Dies wirkte sich auf die Neugeschäftsentwicklung der WL BANK im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung positiv aus.

Besonders bei der Zusammenarbeit mit den an die WL BANK vermittelnden Partnerbanken in der genossenschaftlichen FinanzGruppe wurde ein außerordentlich gutes Ergebnis erzielt. So wurde im Gesamtjahr ein Neugeschäftsvolumen von 1,39 Milliarden Euro erreicht. Dies bedeutet gegenüber den Abschlüssen des Jahres 2011 eine Steigerung um 40 Prozent. Aufgrund der deutlich gestiegenen Vermittlungsaktivitäten erhöhte sich das Volumen der gezahlten Provisionen um 23 Prozent auf knapp 20 Millionen Euro.

Auch im Direktgeschäft festigte die WL BANK im Jahr 2012 ihre Marktposition in den Geschäftsfeldern institutionelle Wohnungswirtschaft und Fonds/Investoren weiter. In einem sehr intensiven Wettbewerb und unter Berücksichtigung der hauseigenen Kreditrisikostategie konnte das Planziel mit einem Neugeschäft von 1,25 Milliarden Euro fast vollständig erreicht werden (nach 1,56 Milliarden Euro 2011). Insgesamt stieg das Neugeschäft im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung auf 2,64 Milliarden Euro.

Im Kommunal- und Wertpapiergeschäft führten die Konzentration auf das inländische Kommunalgeschäft sowie Umstrukturierungen im Kapitalmarktportfolio insgesamt zu einem nur leicht erhöhten Zusagevolumen von 1,92 Milliarden Euro (inklusive Kassenkredite: 2,28 Milliarden Euro). Das Volumen des kapitalmarktnahen Staatskreditportfolios ist sowohl durch planmäßige Fälligkeiten, die nicht ersetzt wurden, als auch durch gezielte Verkäufe insbesondere im Auslandsportfolio deutlich gesunken.

Das Fundingvolumen war 2012 mit 4,29 Milliarden Euro wie geplant geringer als im Vorjahr (5,25 Milliarden Euro). Dies spiegelt insbesondere den geringeren Refinanzierungsbedarf im Geschäft mit öffentlichen Schuldnern wider. Mit 48 Prozent des Gesamtabsatzes und einem Absatzvolumen von über 2,5 Milliarden Euro lag der Schwerpunkt bei Hypothekenpfandbriefen, während der Anteil der Öffentlichen Pfandbriefe lediglich 10 Prozent des Gesamtabsatzes ausmachte. Insgesamt hat die höhere Nachfrage nach deutschen Emittenten im Jahresverlauf zu einer positiven Spread-Entwicklung sowohl bei Pfandbriefen als auch bei ungedeckten Refinanzierungsmitteln geführt. Bei den vornehmlich in den kurz- und mittelfristigen Laufzeiten platzierten Emissionen macht sich die enge Einbindung der WL BANK in die genossenschaftliche FinanzGruppe sowohl bei der Nachfrage als auch bei den erzielten Emissions-Spreads positiv bemerkbar.

Die Ratingagentur Standard & Poor's hat das Spitzenrating von AAA für die Hypotheken- und Öffentlichen Pfandbriefe der WL BANK bestätigt und mit stabilem Ausblick versehen. Auch das Institutsrating wurde mit AA-/A-1+ und stabilem Ausblick unverändert belassen. Damit wurde die Kernfunktion der WL BANK für die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken gewürdigt. Die Ratingagentur Fitch bewertet die WL BANK im Rahmen des Ratings für die genossenschaftliche FinanzGruppe unverändert mit A+/F1+.

Die oekom research AG hat die WL BANK für ihr überdurchschnittliches Engagement in Sachen Umwelt und Soziales mit dem Investmentstatus Prime ausgezeichnet. Auch am Nachhaltigkeitsrating der imug Beratungsgesellschaft hat die WL BANK erfolgreich teilgenommen.

Im Geschäftsjahr 2012 beschäftigte die WL BANK durchschnittlich 321 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inklusive Auszubildende und Teilzeitkräfte, ohne Vorstand).

Die Bilanzsumme liegt mit 41,8 Milliarden Euro, etwa 1 Milliarde Euro unter Vorjahresniveau.

R+V Versicherung

Die R+V Versicherung hat im Jahr 2012 ihre Marktposition in allen Segmenten weiter ausgebaut. Trotz vieler Herausforderungen hat R+V dank eines außerordentlichen Neugeschäftes und erneut gestiegener Kundenzahlen ein hervorragendes Geschäftsjahr verzeichnet und ein sehr gutes Konzernergebnis vor Steuern erzielt.

R+V Konzern: Beitragseinnahmen gesteigert

Der R+V Konzern verzeichnete nach IFRS ein Beitragsplus von 4,8 Prozent auf 11,9 Milliarden Euro. Im Inland stiegen die gebuchten Bruttobeiträge der R+V Gruppe (Erstversicherung/HGB) um 5,5 Prozent auf 10,6 Milliarden Euro. Insgesamt erhöhten sich die Beiträge der Gruppe (Erst- und Rückversicherung) um 4,5 Prozent auf 12,2 Milliarden Euro.

Personenversicherung: Höchster Neubeitrag in der Lebens- und Pensionsversicherung

Die R+V Lebens- und Pensionsversicherungen verzeichneten 2012 die beste Neugeschäftsentwicklung ihrer Geschichte: Der gesamte Neubeitrag lag mit 2,9 Milliarden Euro um 5,2 Prozent über dem Vorjahr und damit noch über dem bisherigen Höchstwert von 2011. Dabei stiegen die laufenden Neubeiträge gegenüber 2011 um 4,3 Prozent auf 585 Millionen Euro, die Einmalbeiträge lagen mit 2,4 Milliarden Euro um 5,5 Prozent höher als im Vorjahr. Das bedeutendste Geschäftsfeld war 2012 erneut die klassische private Altersvorsorge mit einem gesamten Neubeitrag von 2 Milliarden Euro. Außerordentlich erfolgreich entwickelte sich hierbei die Produktfamilie IndexInvest, die Elemente der klassischen und fondsgebundenen Rentenversicherung verbindet.

Die gebuchten Beiträge der R+V Lebens- und Pensionsversicherer im Inland erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,9 Prozent auf 5,9 Milliarden Euro, während der Markt

stagnierte. Dabei stiegen die gebuchten laufenden Beiträge um 4,3 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro, die gebuchten Einmalbeiträge lagen mit 2,4 Milliarden Euro um 5,5 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Anzahl der Verträge bei R+V erhöhte sich um 2,2 Prozent.

In der betrieblichen Altersversorgung hat R+V ihre starke Position als einer der führenden Anbieter von Branchenversorgungswerken weiter ausgebaut. Neben dem ChemieVersorgungswerk und der MetallRente ist Anfang 2012 mit der ApothekenRente ein weiterer, speziell für Apothekenmitarbeiter entwickelter Branchentarif sehr erfolgreich gestartet. Die Beitragseinnahmen erhöhten sich um 15,2 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro. Der gesamte Neubeitrag belief sich auf 571 Millionen Euro.

Krankenversicherung: Zweistelliges Wachstum fortgesetzt

Der R+V Krankenversicherung gelang 2012 mit 16,4 Prozent erneut ein zweistelliger Beitragszuwachs. Das Neugeschäft lag auf dem Niveau des starken Vorjahres. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen auf rund 350 Millionen Euro. Die Zahl der Krankenversicherten wuchs im Geschäftsjahr um gut 13,4 Prozent auf über 627.000, davon rund 570.000 in der Krankenzusatzversicherung. Besonders erfolgreich war das Unternehmen dabei im Bereich der Pflegezusatzversicherung – ein Geschäftsfeld, das in den folgenden Jahren noch weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Schaden-/Unfallversicherung: Wachstum in wettbewerbsintensivem Umfeld

Mit einer Beitragssteigerung von 5,5 Prozent auf 4,38 Milliarden Euro ist R+V 2012 wiederum stärker als der deutsche Schaden-/Unfallversicherungsmarkt gewachsen. Damit hat sie ihren Marktanteil auf 7,5 Prozent (Vorjahr: 7,3 Prozent) gesteigert. Besonders erfolgreich wuchs erneut die umsatzstärkste Kompositensparte, die Kfz-Versicherung. Hier legten die Beiträge überdurchschnittlich um 7,1 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro zu. R+V konnte den Bestand an versicherten Fahrzeugen steigern. Damit hat der genossenschaftliche Versicherer seinen Marktanteil erhöht und seine Position als drittgrößter Kfz-Versicherer weiter gefestigt.

Zuwächse erzielte R+V sowohl im Firmenkunden- als auch im Privatkundengeschäft. Dank des erfolgreichen Mittelstandsgeschäfts stiegen die Beiträge in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung um 4,6 Prozent auf 479 Millionen Euro. Erfreulich war wiederum die Entwicklung in der Sachversicherung, die ein Beitragsplus von 6,9 Prozent auf rund 1,5 Milliarden Euro erzielte. Erfolgreich war erneut die Transportversicherung mit einem Zuwachs von 5,1 Prozent auf 187 Millionen Euro. Damit hat der Transport- und Kfz-Versicherer KRAVAG seine Marktposition weiter gefestigt. Auch die Kreditversicherung legte bei den Beitragseinnahmen um 9,3 Prozent auf 322 Millionen Euro zu. R+V ist in diesem Marktsegment zweitgrößter deutscher Kreditversicherer und in der Kautionsversicherung seit Jahren Marktführer.

Übernommene Rückversicherung: Stabile Beitragseinnahmen

Die dritte Säule neben der Personen- und Schaden-/Unfallversicherung in der R+V Gruppe ist die Rückversicherung. Die Beitragseinnahmen in der übernommenen Rückversicherung lagen mit 1,2 Milliarden Euro (Konzern) auf Vorjahresniveau.

Das wirtschaftliche Umfeld bleibt auch 2013 geprägt durch die Euro-Schuldenkrise und das anhaltende Niedrigzinsumfeld. Im laufenden Geschäftsjahr will die R+V Versicherung ertragsorientiert und nachhaltig weiter wachsen.

R+V Gruppe (HGB)¹	2011	2012	Veränderung
	Mio. Euro	Mio. Euro	in Prozent
Gebuchte Bruttobeiträge	11.690	12.216	4,5
davon:			
Erstversicherer Inland	10.088	10.639	5,5
nach Geschäftsbereichen:			
Leben/Pension	5.643	5.918	4,9
Private Krankenversicherung	298	347	16,4
Schaden-/Unfallversicherung	4.147	4.375	5,5
Mitarbeiter am 31. Dezember	13.844	14.220	2,7
davon: Mitarbeiter Inland	13.457	13.829	2,8
R+V Konzern (IFRS)			
Gebuchte Bruttobeiträge	11.332	11.875	4,8
nach Geschäftsbereichen:			
Leben/Kranken	5.826	6.162	5,8
Schaden-/Unfallversicherung	4.328	4.533	4,7
Übernommene Rückversicherung	1.178	1.180	0,2
Versicherungsleistungen			
(netto)	10.968	12.509	14,0
Kapitalanlagen	61.135	68.052	11,3
Ergebnis aus Kapitalanlagen	1.963	3.193	62,7
Ergebnis vor Ertragsteuern	285	491	72,3
Eigenkapital	3.328	4.172	25,4

¹ Die R+V Gruppe umfasst im Wesentlichen die R+V Konzerngesellschaften sowie die drei Versicherungsvereine R+V Lebensversicherung a. G., R+V Pensionsversicherung a. G. und Vereinigte Tierversicherung Gesellschaft a. G.

VR-LEASING Aktiengesellschaft

Die VR LEASING hat im Geschäftsjahr 2012 ihre Umstrukturierung weiter vorangetrieben. Im Rahmen ihrer strategischen Neuausrichtung konzentriert sie sich gezielt auf die spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen der Genossenschaftsbanken und den regional verwurzelten Mittelstand.

Ziel ist es, die Volksbanken und Raiffeisenbanken mit innovativen und kundenfreundlichen Produkten sowie schnellen und schlanken Prozessen dabei zu unterstützen, in den nächsten fünf Jahren zum wachstumsstärksten Mittelstandsfinanzierer in Deutschland zu werden.

Die engere Zusammenarbeit innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe trug 2012 erste Früchte: So ist der durch die VR LEASING geleistete Verbundnutzen für die Volksbanken und Raiffeisenbanken um knapp 20 Prozent gewachsen.

Neben Leasing und Factoring bietet auch der Mietkauf noch ungenutztes Potenzial. Um dieses zu heben, entwickelte die VR LEASING 2012 das Angebot „VR LEASING express“ und brachte es Anfang 2013 auf den Markt. Dieses Mietkaufangebot mit Sofortentscheid bis 50.000 Euro verhilft dem Mittelstand unbürokratisch und schnell zu notwendigen Investitionen.

Die VR LEASING konzentrierte sich 2012 zudem darauf, weiter Komplexität zu reduzieren und Kosten einzusparen. Der Abbau von Nicht-Kerngeschäftsfeldern, wie dem Immobiliengeschäft sowie dem Autoflotten- und Autohändlergeschäft, kam im Berichtsjahr planmäßig voran.

Zugleich verschlankte die VR LEASING die Zahl der angebotenen Produktarten auf acht und leitete ein umfangreiches Kostensenkungsprogramm ein. Damit sollen bis 2017 die Verwaltungskosten um rund 20 Prozent und die Cost-Income-Ratio auf unter 60 Prozent reduziert werden.

www.vrleasing.de

TeamBank AG

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken konnten in Zusammenarbeit mit easyCredit im Jahr 2012 erneut den Marktanteil der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Ratenkreditmarkt erhöhen.

Der Marktanteil stieg von 17,4 Prozent (per 30. Dezember 2011) auf 18,2 Prozent (per 30. Dezember 2012). Der easyCredit-Bestand (netto) legte 2012 um 7 Prozent auf 6 Milliarden Euro zu (2011: 5,6 Milliarden Euro). Der Ratenkreditmarkt in Deutschland wuchs hingegen lediglich um 2 Prozent auf 147,2 Milliarden Euro (Marktdaten 30. Dezember 2012). Der Ratenkreditexperte der genossenschaftlichen FinanzGruppe baute seine Marktposition damit erneut aus.

24.000 neue Mitglieder

Insgesamt trug easyCredit seit 2006 mit einer Wertschöpfung von 1,6 Milliarden Euro zum Gesamterfolg der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken bei. Als Schrittmacher im Markt für Konsumentenkredite ist der easyCredit bei rund 80 Prozent der Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie in 52 easyCredit-Shops erhältlich. Mit einer Markenbekanntheit von 82 Prozent ist easyCredit als Ratenkreditexperte „Star Brand“, dessen Leistung und Fairness mehr als eine halbe Million Kunden schätzen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken profitieren somit von einer konsequenten und wertefundierten Markenpositionierung als fairer Ratenkredit. Die im Jahr 2012 flächendeckend neu eingeführte Beratungsstrecke „easyCredit-Liquiditätsberater“ stärkt zudem die Genossenschaftsidee: Die Volksbanken und Raiffeisenbanken konnten damit im Berichtszeitraum rund 24.000 neue Mitglieder gewinnen. Insgesamt profitierten rund 80.000 Kunden vom easyCredit-Mitgliedervorteil.

Innovationskraft und Qualitätsanspruch sichern

easyCredit setzt auch in Zukunft auf ein nachhaltiges und organisches Wachstum. Um die Innovationskraft und den Qualitätsanspruch weiter auszubauen, hat der Ratenkreditexperte der genossenschaftlichen FinanzGruppe im vergangenen Jahr rund 35 Millionen Euro in Zukunftsfähigkeit und Regulatorik investiert. Im Fokus stand insbesondere die Verknüpfung von Online- und Vor-Ort-Beratung. Darüber hinaus setzt easyCredit im Sinne des Verbraucherschutzes auf Beratungsqualität und kundenindividuelle Produktausstattung. So bietet der 2012 in allen Partnerbanken flächendeckend eingeführte Beratungsansatz des easyCredit-Liquiditätsberaters bis zu 200 Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten in der Produktausstattung. Jeder Kunde erhält nach umfassender Beratung ein maßgeschneidertes Angebot. Wer zudem Wert auf die persönliche Absicherung legt, kann sich voll und ganz auf den easyCredit-Schutzbrief verlassen. Der Finanzkompass von easyCredit liefert jedem Interessenten einen verständlichen Überblick über seine finanzielle Situation. Er schützt den Kunden vor Überschuldung und erläutert noch im Beratungsgespräch die Kreditentscheidung mit transparenter Haushaltsrechnung und nachvollziehbarer Herleitung des maximalen und verantwortbaren Kreditlimits. Zahlreiche Auszeichnungen und Zertifizierungen im abgelaufenen Geschäftsjahr bestätigten zudem die Schrittmacherfunktion von easyCredit bei Produkt-, Prozess- und Serviceexzellenz.

www.easycredit.de

BAG Bankaktiengesellschaft

Das wettbewerbsintensive Umfeld der deutschen Kreditwirtschaft und die verschärften regulatorischen Anforderungen erfordern bei den Mitgliedern der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken zunehmende Flexibilität. Mit der BAG Bankaktiengesellschaft verfügen sie über ein marktorientiertes erfahrenes Kompetenzcenter für die Bearbeitung von Problemkrediten.

Ihrer Kernausrichtung treu bleibend, hat die BAG Bankaktiengesellschaft ihre mehrwertorientierte Leistungspalette kontinuierlich weiterentwickelt. So kann sie flexibel den Anforderungen und Wünschen entsprechen.

Ausgeglichenes Ergebnis

Dem besonderen Unternehmenszweck folgend ist die BAG Bankaktiengesellschaft auch im Geschäftsjahr 2012 ihrem Ziel gerecht geworden, für die Mitglieder der genossenschaftlichen FinanzGruppe einen Mehrwert zu schaffen. Dieser spiegelt sich auch im ausgeglichenen Ergebnis wider. Die Bilanzsumme ist planmäßig auf 1,6 Milliarden Euro zurückgegangen. Dieser Abbau resultiert vor allem aus der Reduzierung der Immobilienbestände aus Rettungserwerben sowie aus der Abarbeitung der in den Vorjahren erworbenen Problemkredite. Das sich in Bearbeitung befindende Kundengeschäftsvolumen liegt bei einem Wert von 1,9 Milliarden Euro. Die bilanziellen Kundenforderungen haben einen Wert von 1,3 Milliarden Euro. Die Refinanzierung erfolgt weiterhin fast ausschließlich über die genossenschaftlichen Zentralbanken.

Im Mittelpunkt: Qualifizierte Hilfestellung

Der BAG Bankaktiengesellschaft stehen aufgrund ihrer Vollbanklizenz alle Mittel einer Bank zur Begleitung eines

Kunden in den unterschiedlichen Phasen einer Kreditnehmerbeziehung zur Verfügung. Insbesondere bei der Begleitung von Sanierungsengagements wurden diese Möglichkeiten, dem sanierungsfähigen Kreditnehmer nicht zuletzt auch mit weiteren Kreditmitteln zur Verfügung zu stehen, von den Volksbanken und Raiffeisenbanken nachgefragt. Gemeinsam mit der VR-Mittelstandsberatung GmbH lieferte die BAG Bankaktiengesellschaft Lösungsansätze für eine rechtzeitige Sanierung in Schieflage geratener mittelständischer Unternehmen. Durch diese qualifizierte Hilfestellung konnte die Chance der Unternehmen auf eine erfolgreiche Krisenbewältigung gesteigert werden.

Neue Vertriebsausrichtung

Um das vorhandene Potenzial für neue Aufträge optimal auszunutzen, sind im Geschäftsjahr 2012 die Vertriebsstrukturen neu ausgerichtet worden. So wurde unter anderem die Präsenz in den Regionen erhöht. Zwei Vertriebsbüros wurden neu eröffnet. So ist die BAG Bankaktiengesellschaft nun – neben dem Hauptsitz in Hamm und der Zentralen Bearbeitung in Unna – in Frankfurt am Main, München, Stuttgart, Hamburg und Leipzig vertreten.

www.bankaktiengesellschaft.de

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Der Deutsche Genossenschafts-Verlag eG (DG VERLAG) in Wiesbaden ist das Kompetenzcenter für Lösungen, Services und Produkte der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Der DG VERLAG unterstützt mit seinen Lösungsangeboten partnerschaftlich und umfassend den Markterfolg sowie die Effizienz seiner Mitglieder und Kunden. Das Leistungsangebot konzentriert sich darauf, einen Beitrag zur Erhöhung des Marktanteils sowie zur Senkung der Cost-Income-Ratio der genossenschaftlichen Banken zu leisten.

Im Geschäftsjahr 2012 erzielte das Unternehmen einen Gesamtumsatz vor Erlösschmälerungen und vor genossenschaftlicher Rückvergütung von insgesamt rund 179 Millionen Euro (171,4 Millionen Euro im Vorjahr).

Zum Jahresende 2012 beschäftigte der DG VERLAG 435 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 17 Auszubildende. Er verzeichnet eine stabile Mitgliederentwicklung: 1.202 Mitglieder bilden die Basis des Unternehmens und tragen dieses.

Der DG VERLAG bieten den Volksbanken und Raiffeisenbanken eine sehr breite Palette an Produkten an.

Als Karten-Kompetenzcenter der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken stattet der Geschäftsbereich „Cards“ Genossenschaftsbanken mit den Produkten der genossenschaftlichen Kartenfamilie aus und bietet Lösungen für sicheres Onlinebanking an. Erfolgreich ist der DG VERLAG seit Jahren auch als Lösungspartner bei der Umsetzung innovativer Kartenprojekte auf Basis

der kreditwirtschaftlichen Chip-Plattform, wie beispielsweise bei Bildkarten oder Mitarbeiterausweisen.

Der Geschäftsbereich „Office“ bündelt die Produktsegmente Werbeartikel, Bürobedarf und -technik und ist Spezialist für innovative Lösungskonzepte, wie GenoLogistik® und PageManagement®.

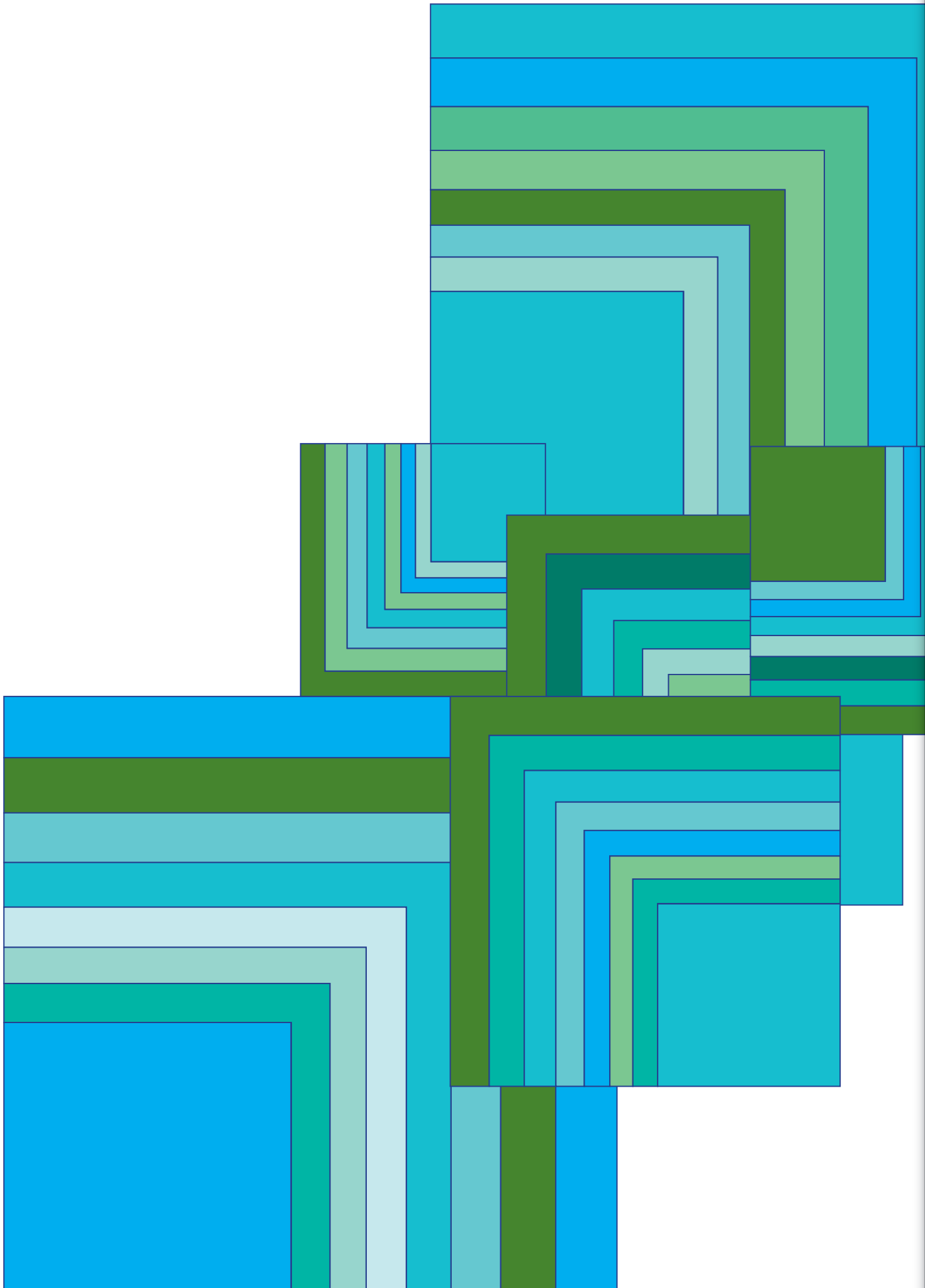
Die klassischen Verlagserzeugnisse wie Formulare, Fachveröffentlichungen und Kundeninformationen – sowohl in gedruckter als auch in elektronischer Form – werden im Geschäftsbereich „Medien“ offeriert. Der DG VERLAG gewährleistet den Banken die Bereitstellung von Formularen, die von seinen Spezialisten rechtlich geprüft sind.

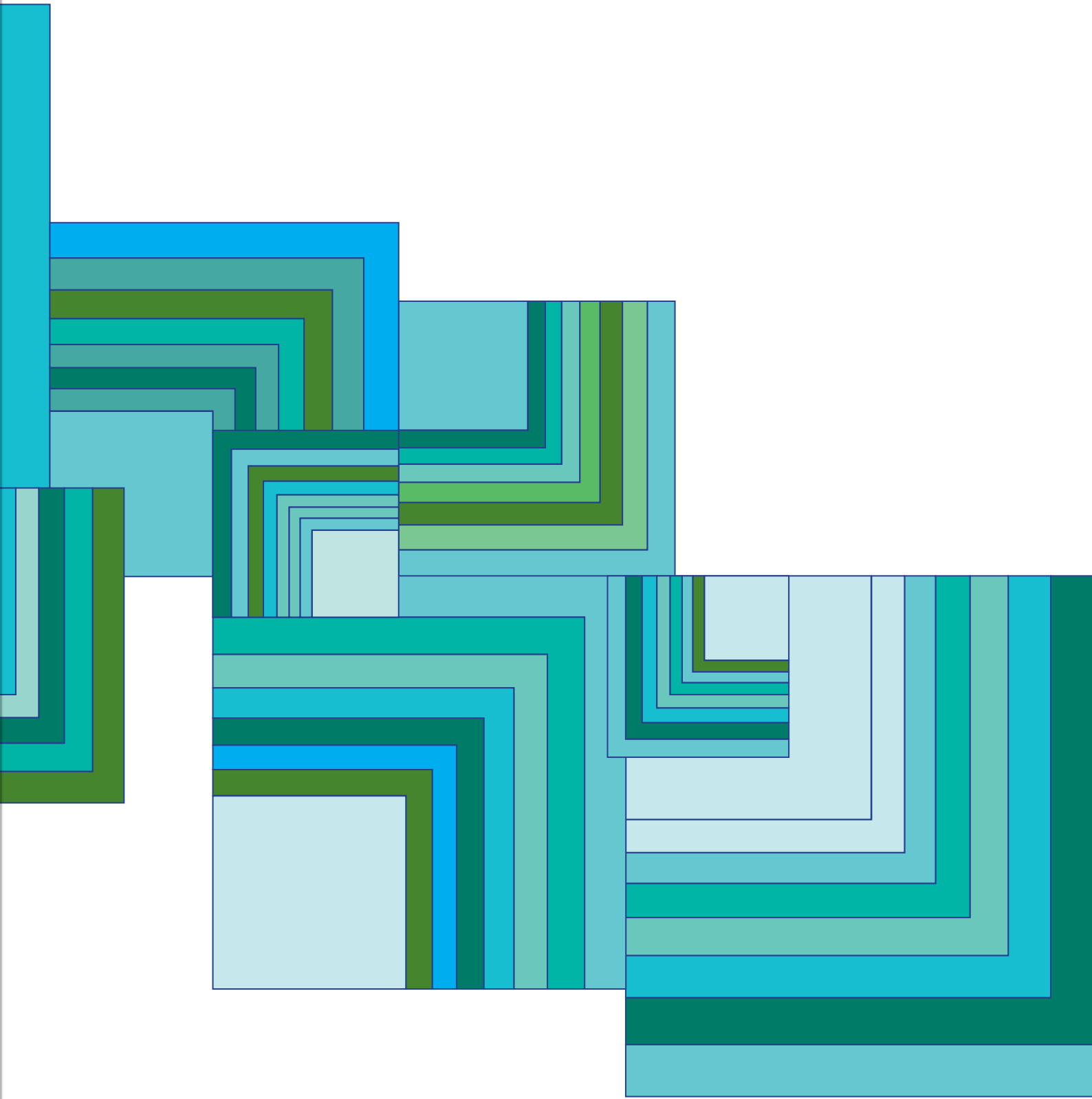
Dienstleistungen und Werbemittelprogramme für die praktische Unterstützung des Vertriebs und der Marketingaktivitäten der Genossenschaftsbanken bietet der Geschäftsbereich „MarktService“ an. Hier werden die Bedürfnisse der genossenschaftlichen FinanzGruppe gebündelt und zielgruppenorientierte, produktübergreifende Komplettlösungen entwickelt.

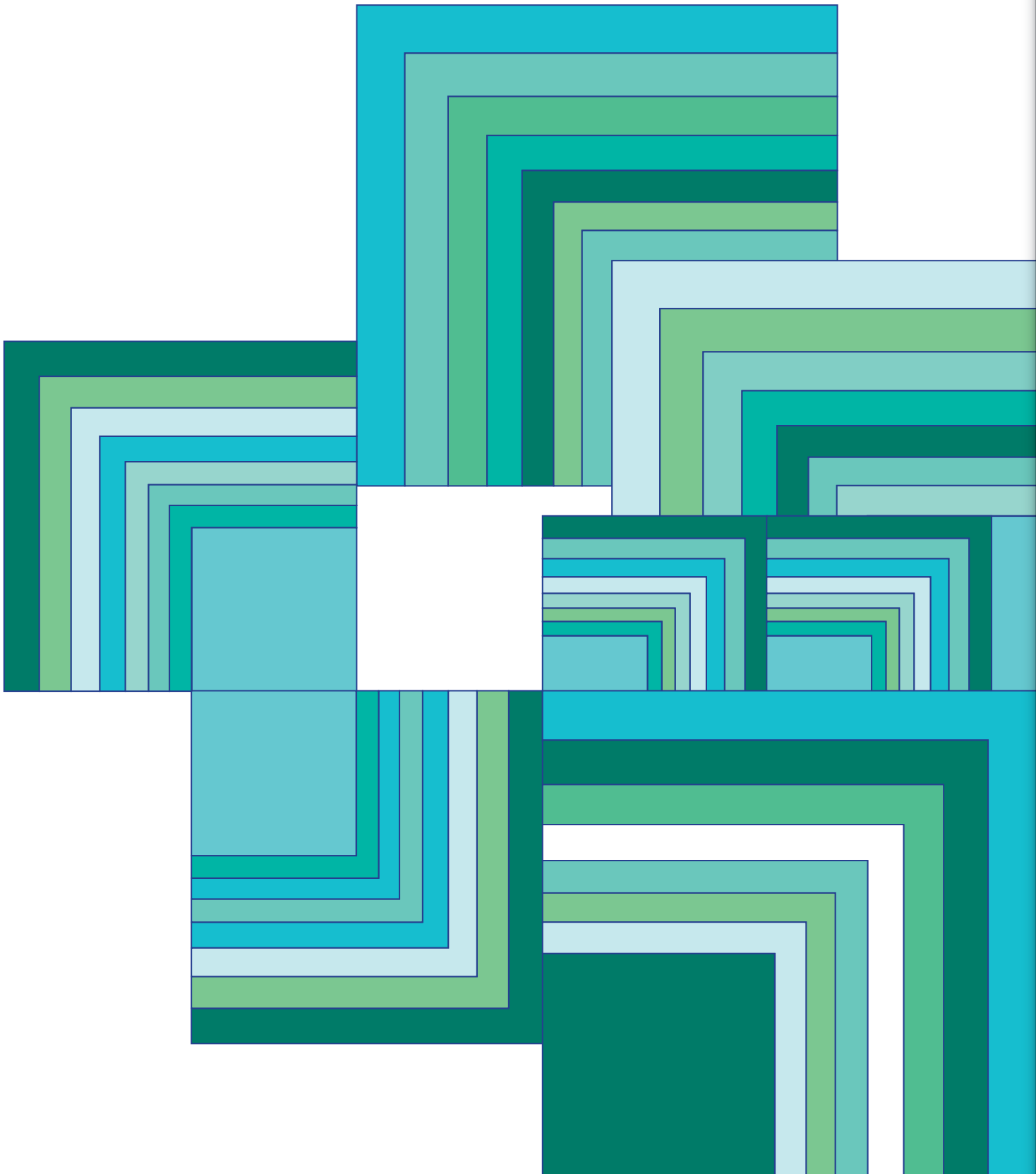
Alle Werbemittel der BVR-Kommunikationsstrategie bietet der DG VERLAG an. Mit Web-Print, Mediathek und Lösungen wie dem „GenoPublisher“ stehen für die Banken leistungsfähige Tools für ihre Kampagnen vor Ort bereit.

Moderne Bankfilialen fördern den Dialog. Mit den vertriebsorientierten Konzeptlösungen „GenoMax® – Filiale der Zukunft“ und „Geno-FilialDesign® – Kontaktpunkte optimieren“ bietet der DG VERLAG den Banken höchste Flexibilität und Kosteneffizienz bei der Filialgestaltung. Bewegte Bilder, professionell inszeniert mit dem Filial-TV-Konzept Geno-InfoMonitor und einem breiten, individualisierbaren Content-Angebot, kombiniert mit aktuellen BVR-Spots, wecken Emotionen und unterstützen die Banken bei ihrer Kundenansprache am Point of Sale.

www.dgverlag.de
www.genobuy.de







Gremien und Mitarbeiter

78

Organe des BVR

Vorstand
Verbandsrat
Verwaltungsrat

87

Die Fachräte des BVR

Fachrat Markt
Fachrat Informationstechnologie
Fachrat Produkte
Fachrat Zahlungsverkehr – Ringausschuss
Fachrat Steuerung
Fachrat Personal
Fachrat Bankrecht

112

Organigramm des BVR



Vorstand des BVR

Vorstand

Uwe Fröhlich, Präsident

Gerhard Hofmann

Dr. Andreas Martin

BVR-Verbandsrat

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Carsten Graaf

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl

Ordentliche Mitglieder

Uwe Abel

Vorsitzender des Vorstandes
Mainzer Volksbank eG

Wolfgang Altmüller

Vorsitzender des Vorstandes
VR meine Raiffeisenbank eG, Altötting

Rainer Backenköhler

Mitglied des Vorstandes
Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

Claus-Rüdiger Bauer

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank eG Baunatal

Rainer Berlingen

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Eifel Mitte eG

Michael Bockelmann

Vorsitzender des Vorstandes
Genossenschaftsverband e. V.

Dr. Richard Böger

Vorsitzender des Vorstandes
Bank für Kirche und Caritas eG

Werner Böhnke

Vorsitzender des Vorstandes
WGZ BANK AG

Persönliche Stellvertreter

Rudolf Müller

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Kur- und Rheinpfalz eG

N. N.

Georg Litmathe

Mitglied des Vorstandes
Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

Peter Schmitt

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank eG Großenlüder

N. N.

Horst Kessel

Mitglied des Vorstandes
Genossenschaftsverband e. V.

Jürgen Manegold

Sprecher des Vorstandes
EDEKABANK AG

Karl-Heinz Moll

Mitglied des Vorstandes
WGZ BANK AG

¹ Stand: 01.04.2013

Ordentliche Mitglieder

Klaus-Peter Bruns

Vorsitzender des Vorstandes
FIDUCIA IT AG

Dr. Friedrich Caspers

Vorsitzender des Vorstandes
R+V Versicherung AG

Rudolf Conrads

Vorsitzender des Vorstandes
Verband der PSD Banken e. V.

Henning Deneke-Jöhrens

Sprecher des Vorstandes
Volksbank eG Lehrte-Springe-Pattensen-Ronneberg

Oskar Dieter Epp

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Saaletal eG

Peter Erlebach

Vorsitzender des Vorstandes
DG VERLAG Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Helmut Gottschalk

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Herrenberg-Rottenburg eG

Prof. Dr. h. c. Stephan Götzl

Vorsitzender des Vorstandes
Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Carsten Graaf

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Meerbusch eG

Dr. Peter Hanker

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Mittelhessen eG

Bernhard Heinlein

Mitglied des Vorstandes
Münchener Hypothekenbank eG

Persönliche Stellvertreter

N. N.

Heinz-Jürgen Kallerhoff

Mitglied des Vorstandes
R+V Versicherung AG

Dr. Karl-Friedrich Walter

Mitglied des Vorstandes
Verband der PSD Banken e. V.

Stephan Schack

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe eG

N. N.

Theophil Graband

Vorsitzender des Vorstandes
VR-LEASING AG

Dr. Peter Aubin

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Göppingen eG

Erhard Gschrey

Mitglied des Vorstandes
Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Markus Bärenfänger

Sprecher des Vorstandes
VR-Bank Rhein-Erft eG

Hans-Peter Born

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Südhessen-Darmstadt eG

Helmut Rausch

Mitglied des Vorstandes
WL BANK – Westfälische Landschaft Bodenkreditbank AG

Ordentliche Mitglieder
Persönliche Stellvertreter
Andreas Heinze

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Rietberg eG

Georg Hellwege

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Karl Hippeli

Vorstandsmitglied
VR-Bank Würzburg eG

Heinz Hüning

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Heiden eG

Axel Kehl

Vorsitzender des Vorstandes
Akademie Deutscher Genossenschaften ADG e.V.

Wolfgang Kirsch

Vorsitzender des Vorstandes
DZ BANK AG

Anno Lederer

Vorsitzender des Vorstandes
GAD eG

Heiner Löhl

Mitglied des Vorstandes
Bank 1 Saar eG

Paul Löneke

Vorsitzender des Vorstandes
Vereinigte Volksbank eG, Brakel

Dr. Veit Luxem

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Erkelenz eG

Siegfried Mehring

Mitglied des Vorstandes
Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e. V.

Rolf Weishaupt

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Oelde-Ennigerloh-Neubeckum eG

Silke Falkenhain

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Elsterland eG

Maximilian Zepf

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Schwandorf-Nittenau eG

Jens Brinkmann

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Siegerland eG

Arno Marx

Mitglied des Vorstandes
Akademie Deutscher Genossenschaften ADG e.V.

Wolfgang Köhler

Mitglied des Vorstandes
DZ BANK AG

Friedhelm Wagner

Mitglied des Vorstandes
GAD eG

Hans-Joachim Meyer

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Dillingen eG

N. N.

N. N.

N. N.

Ordentliche Mitglieder

Dr. Matthias Metz

Vorsitzender des Vorstandes
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Lambert Meyer

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Jever eG

Thomas Müller

Sprecher des Vorstandes
Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG

Walter Müller

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank Fürstfeldbruck eG

Prof. Dr. Wolfgang Müller

Vorsitzender des Vorstandes
BBBank eG

Manfred Nüssel

Präsident
Deutscher Raiffeisenverband e. V.

Dr. Eckhard Ott

Vorsitzender des Vorstandes
DGRV – Deutscher Genossenschafts- und
Raiffeisenverband e. V.

Claus Preiss

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Bühl eG

Hans Joachim Reinke

Vorsitzender des Vorstandes
Union Asset Management Holding AG

Dr. Georg Reutter

Sprecher des Vorstandes
Deutsche Genossenschafts-
Hypothekenbank AG

Persönliche Stellvertreter

Gerhard Hinterberger

Mitglied des Vorstandes
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Ludger Ellert

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Vechta eG

Tilman Römpp

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Bautzen eG

Dietmar Küsters

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Straubing eG

Klaus Holderbach

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Franken eG

Dr. Henning Ehlers

Generalsekretär
Deutscher Raiffeisenverband e. V.

Dirk J. Lehnhoff

Mitglied des Vorstandes
DGRV – Deutscher Genossenschafts- und
Raiffeisenverband e. V.

Erhard Stoll

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Staufeu eG

Jens Wilhelm

Mitglied des Vorstandes
Union Asset Management Holding AG

Manfred Salber

Mitglied des Vorstandes
Deutsche Genossenschafts-
Hypothekenbank AG

Ordentliche Mitglieder
Rainer Schaidnagel

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Kempten eG

Eugen Schlachter

Sprecher des Vorstandes
Raiffeisenbank Dellmensingen eG

Joachim Schorling

Mitglied des Vorstandes
Volksbank in Schaumburg eG

Gerhard Schorr

Stv. Vorsitzender des Vorstandes
Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Kai Schubert

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Südstormarn Mölln eG

Claudius Seidl

Vorsitzender des Vorstandes
VR-Bank Rottal-Inn eG

Siegfried Seitz

Vorsitzender des Vorstandes
VBU Volksbank im Unterland eG

Michael Siegers

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Hildesheim eG

Jürgen Thureau

Vorsitzender des Vorstandes
Sparda-Bank West eG

Prof. Dr. Joachim Wuermeling

Vorsitzender des Vorstandes
Verband der Sparda-Banken e.V.

Persönliche Stellvertreter**Manfred Geyer**

Vorsitzender des Vorstandes
RaiffeisenVolksbank eG Gewerbebank, Ansbach

Werner Schmidgall

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Backnang eG

Jürgen Wache

Sprecher des Vorstandes
Hannoversche Volksbank eG

N. N.

N. N.

Karl-Heinz Kipke

Vorsitzender des Vorstandes
VR-Bank Coburg eG

Hans-Peter Weber

Mitglied des Vorstandes
VR-Bank Aalen eG

Jürgen Brinkmann

Sprecher des Vorstandes
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg

Dieter Mackrodt

Vorsitzender des Vorstandes
PSD Bank Hessen-Thüringen eG

N. N.

BVR-Verwaltungsrat

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Carsten Graaf

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl

Ordentliche Mitglieder

Rainer Backenköhler

Mitglied des Vorstandes

Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

Claus-Rüdiger Bauer

Vorsitzender des Vorstandes

Raiffeisenbank eG Baunatal

Michael Bockelmann

Vorsitzender des Vorstandes

Genossenschaftsverband e. V.

Werner Böhnke

Vorsitzender des Vorstandes

WGZ BANK AG

Helmut Gottschalk

Sprecher des Vorstandes

Volksbank Herrenberg-Rottenburg eG

Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl

Vorsitzender des Vorstandes

Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Carsten Graaf

Vorsitzender des Vorstandes

Volksbank Meerbusch eG

Wolfgang Kirsch

Vorsitzender des Vorstandes

DZ BANK AG

Persönliche Stellvertreter

N. N.

Heiner Löhl

Mitglied des Vorstandes

Bank 1 Saar eG

Rudolf Conrads

Vorsitzender des Vorstandes

Verband der PSD Banken e. V.

Karl-Heinz Moll

Mitglied des Vorstandes

WGZ BANK AG

Eugen Schlachter

Sprecher des Vorstandes

Raiffeisenbank Dellmensingen eG

N. N.

Andreas Heinze

Mitglied des Vorstandes

Volksbank Rietberg eG

Wolfgang Köhler

Mitglied des Vorstandes

DZ BANK AG

¹ Stand: 01.04.2013

Ordentliche Mitglieder**Persönliche Stellvertreter**

Dr. Veit Luxem

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Erkelenz eG

N. N.

Prof. Dr. Wolfgang Müller

Vorsitzender des Vorstandes
BBBank eG

Claus Preiss

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Bühl eG

Rainer Schaidnager

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Kempten eG

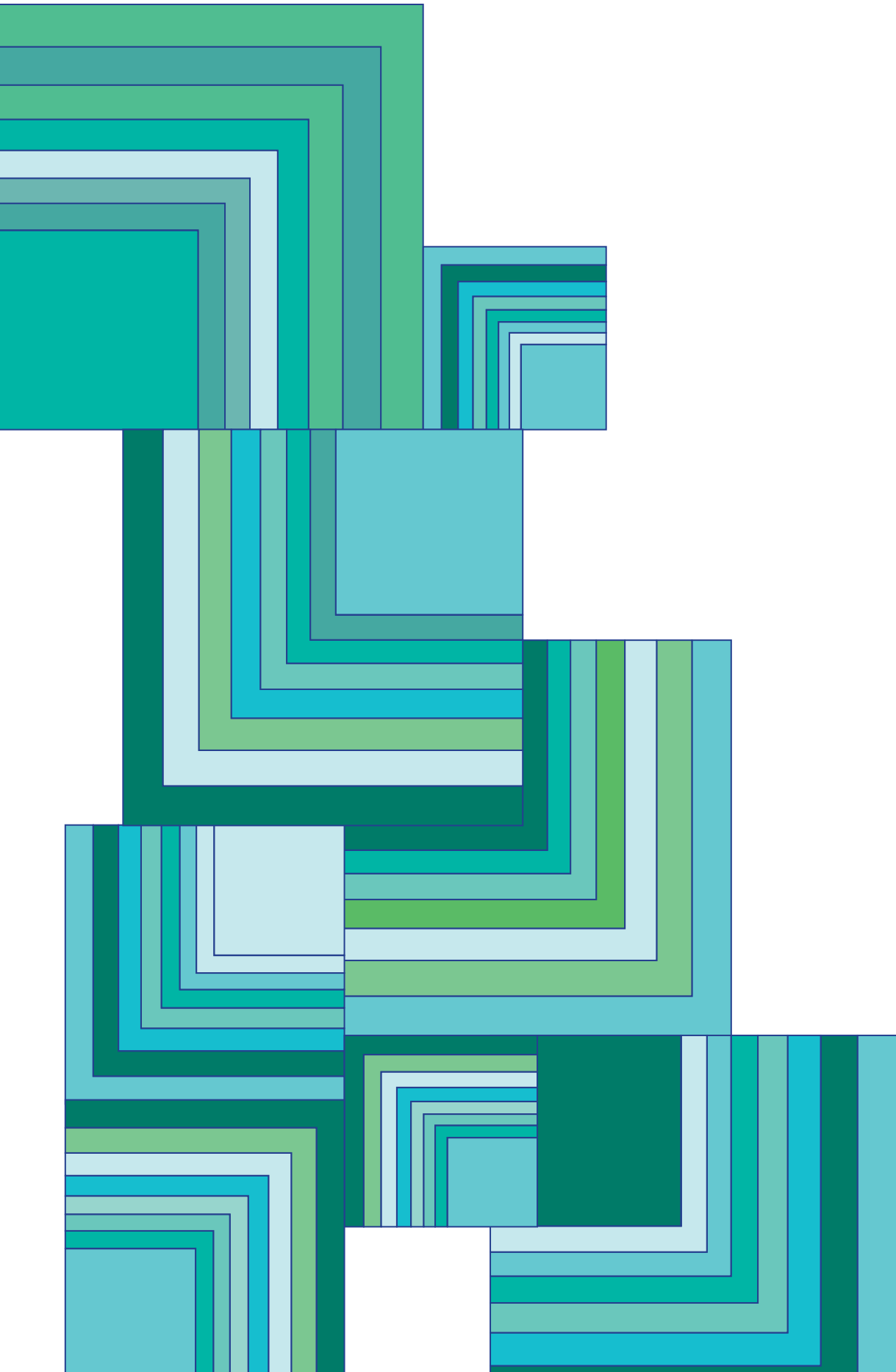
Karl Hippeli

Vorstandsmitglied
VR-Bank Würzburg eG

Michael Siegers

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Hildesheim eG

N. N.



Die Fachräte des BVR

Fachrat Markt

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Horst Schreiber

Stellvertretender Vorsitzender

Horst Weyand

Ordentliche Mitglieder

Friedhelm Beuse

Vereinigte Volksbank eG, Telgte

Werner Grossmann

Volksbank Breisgau-Süd eG

Wolfgang Keunecke

Volksbank eG, Seesen/Harz

Rosemarie Miller-Weber

Leutkircher Bank Raiffeisen- und Volksbank eG

N. N.

Claus Preiss

Volksbank Bühl eG

Heinz Schneider

Raiffeisenbank München Süd eG

Horst Schreiber

Volksbank Trier eG

Elgin Stündel

Volks- und Raiffeisenbank eG, Güstrow

Otto Wengenmayer

Raiffeisenbank Krumbach/Schwaben eG

Horst Weyand

Volksbank Rhein-Nahe-Hunsrück eG

Persönliche Stellvertreter

Manfred Habrunner

Bensberger Bank eG

Andreas Böhler

Volksbank Kraichgau Wiesloch-Sinsheim eG

Holger Franz

Ostfriesische Volksbank eG

Bernd-Dieter Reusch

Volksbank Metzingen-Bad Urach eG

Frank Ostertag

Volksbank Wildeshäuser Geest eG

Jürgen Neidinger

Heidelberger Volksbank eG

Wolfgang Völkl

Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost eG

Dr. Klaus Kalefeld

Volksbank Hamm eG

Dr. Michael Brandt

Volksbank Lübeck eG

Herbert Eder

Raiffeisenbank Cham-Roding-Furth im Wald eG

Lothar Jünemann

Raiffeisenbank eG Flieden

¹ Stand: 01.04.2013

Ordentliche Mitglieder
Persönliche Stellvertreter

Vertreter der Prüfungsverbände
mit permanentem Gastrecht

Rainer Eisgruber

Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Harald Lesch

Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

Ralf Galka

Genossenschaftsverband e. V.

Ralf Pauli

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e. V.

Vertreter der Zentralbanken

Uwe Berghaus

WGZ BANK AG

Oliver Gratzel

WGZ BANK AG

Lars Hille

DZ BANK AG

Dr. Luis-Esteban Chalmovsky

DZ BANK AG

Vertreter der Verbundunternehmen

Gerhard Hinterberger

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Jochen Maier

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Heinz-Jürgen Kallerhoff

R+V Versicherung AG

Dr. Norbert Rollinger

R+V Versicherung AG

Hans Joachim Reinke

Union Asset Management Holding AG

Alexander Schindler

Union Asset Management Holding AG

Vertreter der Rechenzentralen

Klaus-Peter Bruns

FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

GAD eG

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Vertreter des BVR

Uwe Fröhlich

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

Dr. Andreas Martin

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

Permanenter Gaststatus

Alexander Boldyreff

TeamBank AG

Christian Polenz

TeamBank AG

Peter Erlebach

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

sowie die Vertreter der Prüfungsverbände, soweit sie
ordentliche Mitglieder des Fachrates Produkte sind:

Rainer Backenköhler

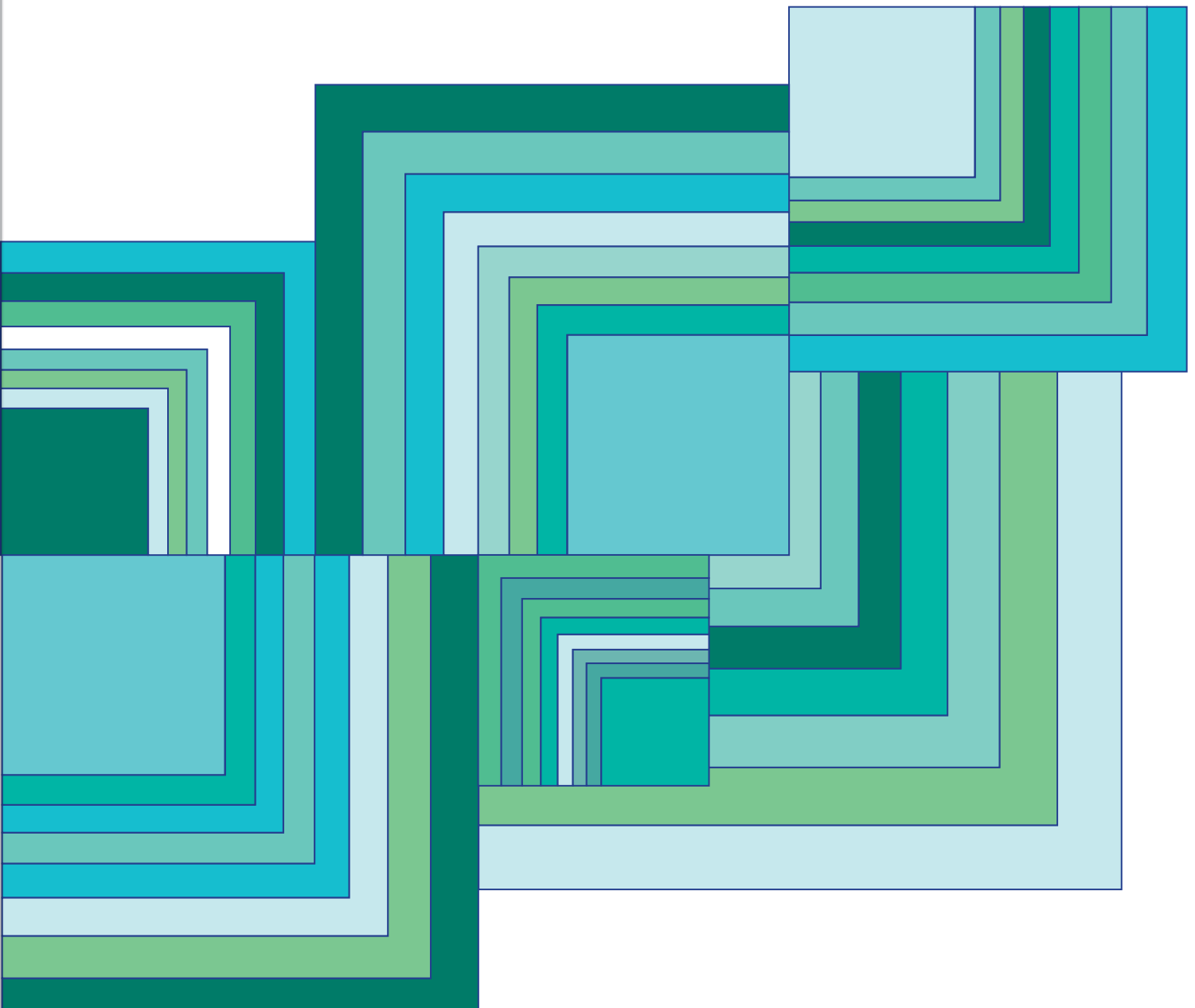
Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

Timo Ziegler

Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e. V.

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter



Fachrat Informationstechnologie

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Wolfgang Klotz

Stellvertretender Vorsitzender

Jürgen Brinkmann

Ordentliche Mitglieder

Winfried Blecking

Sparda-Bank Hannover eG

Jürgen Brinkmann

Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg

Heiko Frohnwieser

Raiffeisenbank Oldenburg eG

Wilfried Guttmann

Volksbank eG Osterholz-Scharmbeck

Karl A. Heinz

Volksbank Trier eG

Rainer Kehl

Volksbank Franken eG

Wolfgang Klotz

Vereinigte Volksbank AG, Sindelfingen

Gregor Scheller

Volksbank Forchheim eG

Dieter Steffan

Volksbank Alzey-Worms eG

Erhard Stoll

Volksbank Staufen eG

Werner Termersch

Volksbank Baumberge eG

Persönliche Stellvertreter

Dr. Heinz Wings

Sparda-Bank Hamburg eG

Guido Raulin

Volksbank Börde-Bernburg eG

André Kasten

Raiffeisen-Volksbank eG, Aurich

Herbert Köster

Raiffeisenbank Südstormarn Mölln eG

Franz-Jürgen Lacher

VR-Bank Neuwied Linz eG

Jürgen Neidinger

Heidelberger Volksbank eG

Horst Gauggel

Raiffeisenbank Donau-Iller eG

Alfred Schoßböck

VR-Bank Rottal-Inn eG

Frank Mackenroth

VR Bank Schlüchtern-Birstein eG

Bernhard Schlageter

VR-Bank eG, Schopfheim

Klaus-Dieter Knecht

Mendener Bank eG

¹ Stand: 01.04.2013.

 Ordentliche Mitglieder

 Persönliche Stellvertreter

 Vertreter der Prüfungsverbände

 mit permanentem Gastrecht

Rudolf Conrads

Verband der PSD Banken e. V.

Bernhard Pompl

Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Siegfried Mehring

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e. V.

Georg Litmathe

Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

Gerhard Schorr

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V.

Edgar Schneider

Genossenschaftsverband e. V.

 Vertreter der Zentralbanken

Dr. Christian Brauckmann

WGZ BANK AG

Alfons Kuhlmann

WGZ BANK AG

Thomas Ullrich

DZ BANK AG

Alfred Leicht

DZ BANK AG

 Vertreter der Verbundunternehmen

Peter Weiler

R+V Versicherung AG

Michael Jung

Münchener Hypothekenbank eG

 Vertreter der Rechenzentralen

Klaus-Peter Bruns

FIDUCIA IT AG

Martin Hose

FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

GAD eG

Jörg Dreinhöfer

GAD eG

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Vertreter des BVR

Dr. Andreas Martin

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

Uwe Fröhlich

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

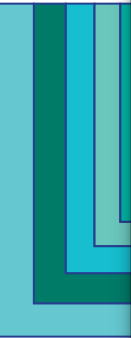
Permanenter Gaststatus

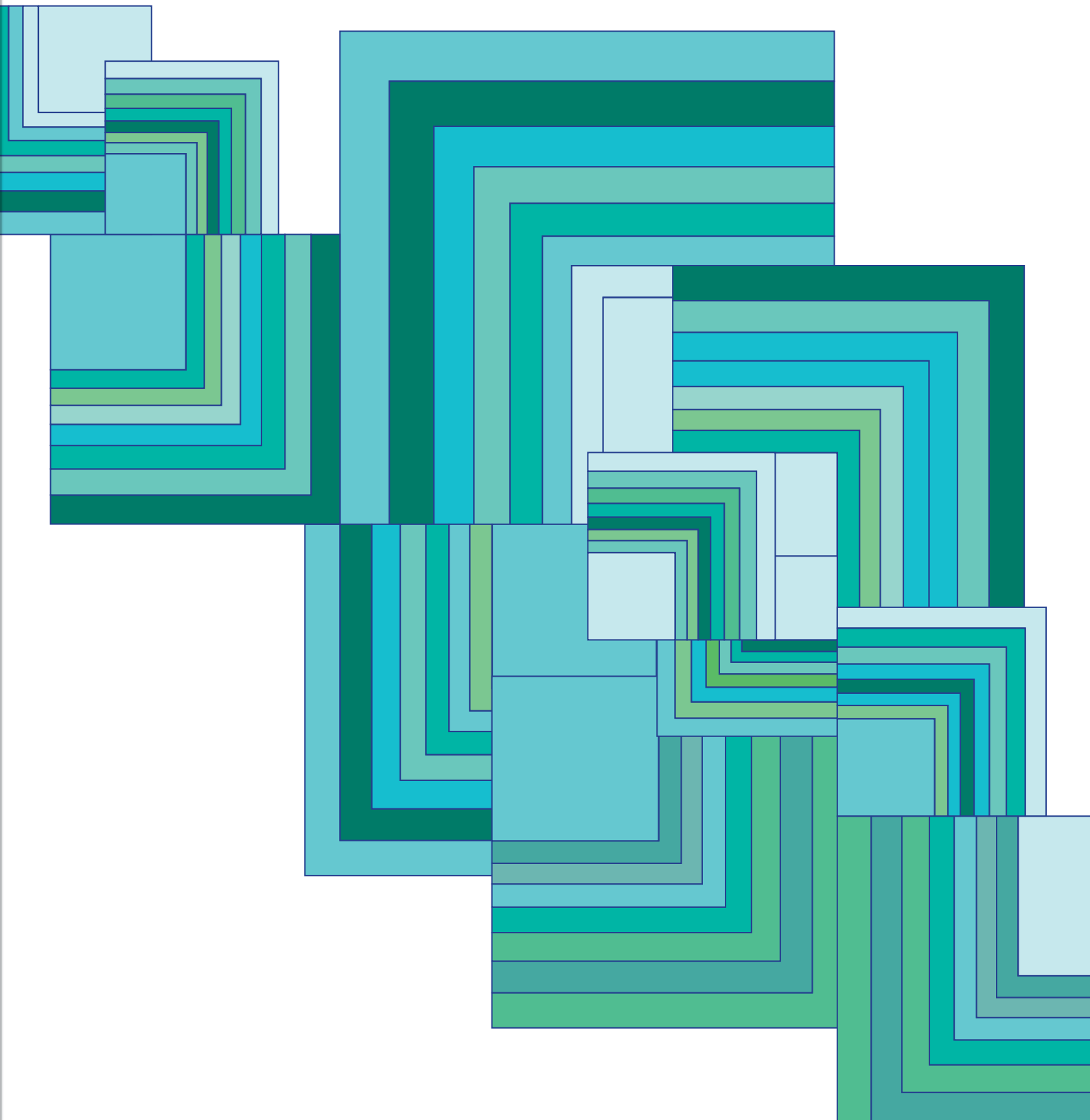
Alexander Lichtenberg

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Ludwig Oberhammer

Sparda-Datenverarbeitung eG





Fachrat Produkte

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Thomas Müller

Stellvertretender Vorsitzender

Günter Vogt

Ordentliche Mitglieder

Reinhard Krumm

Volksbank Lahr eG

Thomas Müller

Dresdener Volksbank Raiffeisenbank eG

Frank Ostertag

Volksbank Wildeshauser Geest eG

Richard Riedmaier

Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte eG

Siegfried Schön

Stuttgarter Volksbank AG

Anton Sproll

Bad Waldseer Bank eG

Thomas Sterthoff

Volksbank Gütersloh eG

Günter Vogt

Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG

Jürgen Wache

Hannoversche Volksbank eG

Klaus-Peter Wildburger

Allgäuer Volksbank eG

Hendrik Ziegenbein

Geraer Bank eG

Persönliche Stellvertreter

Ekkehard Saueressig

Volksbank Neckartal eG

Werner Wilhelm Braun

VR Bank HessenLand eG

N. N.

Wolfgang Gremmelmaier

VR-Bank Coburg eG

Fritz-Ulrich Herter

Raiffeisenbank Vordere Alb eG

Rainer Schwab

Volksbank Möckmühl-Neuenstadt eG

Andreas Theis

Volksbank Bitburg eG

Martin Ließem

VR-Bank Bonn eG

Ramona Roggan

Raiffeisen-Volksbank Oder-Spree eG

Bernd Jacobs

Raiffeisenbank Main-Spessart eG

Udo Wrackmeyer

Volksbank Heuchelheim eG

¹ Stand: 01.04.2013.

Ordentliche Mitglieder**Persönliche Stellvertreter**

Vertreter der Prüfungsverbände**mit permanentem Gastrecht**

Rainer Backenköhler

Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

Thomas Kronenberg

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e. V.

Timo ZieglerBaden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e. V.**Gerhard Schorr**Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e. V.**Vertreter der Zentralbanken**

Lars Hille

DZ BANK AG

Peter Schirmbeck

DZ BANK AG

Karl-Heinz Moll

WGZ BANK AG

Claus-Andreas Fliegner

WGZ BANK AG

Vertreter der Verbundunternehmen

Giovanni Gay

Union Asset Management Holding AG

Klaus Riestler

Union Asset Management Holding AG

Michael Henrich

VR-LEASING AG

Ian Lees

VR-LEASING AG

Heinz-Jürgen Kallerhoff

R+V Versicherung AG

Frank-Henning Florian

R+V Versicherung AG

Vertreter der Rechenzentralen

Anno Lederer

GAD eG

Klaus-Peter Bruns

FIDUCIA IT AG

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Vertreter des BVR

Uwe Fröhlich

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

Dr. Andreas Martin

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

Permanenter Gaststatus

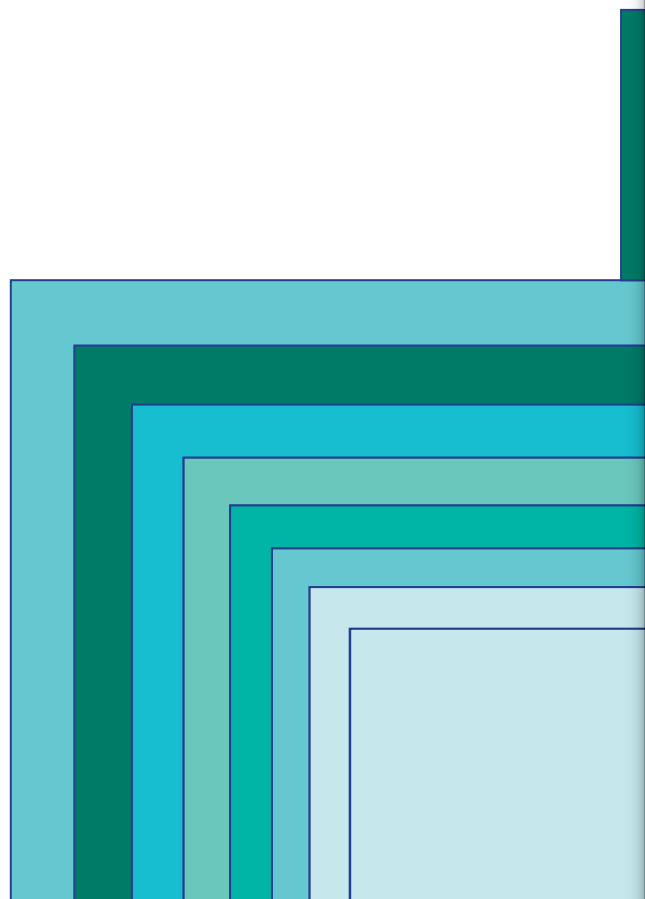
Die Vertreter der Prüfungsverbände, soweit sie
ordentliche Mitglieder des Fachrates Markt sind:

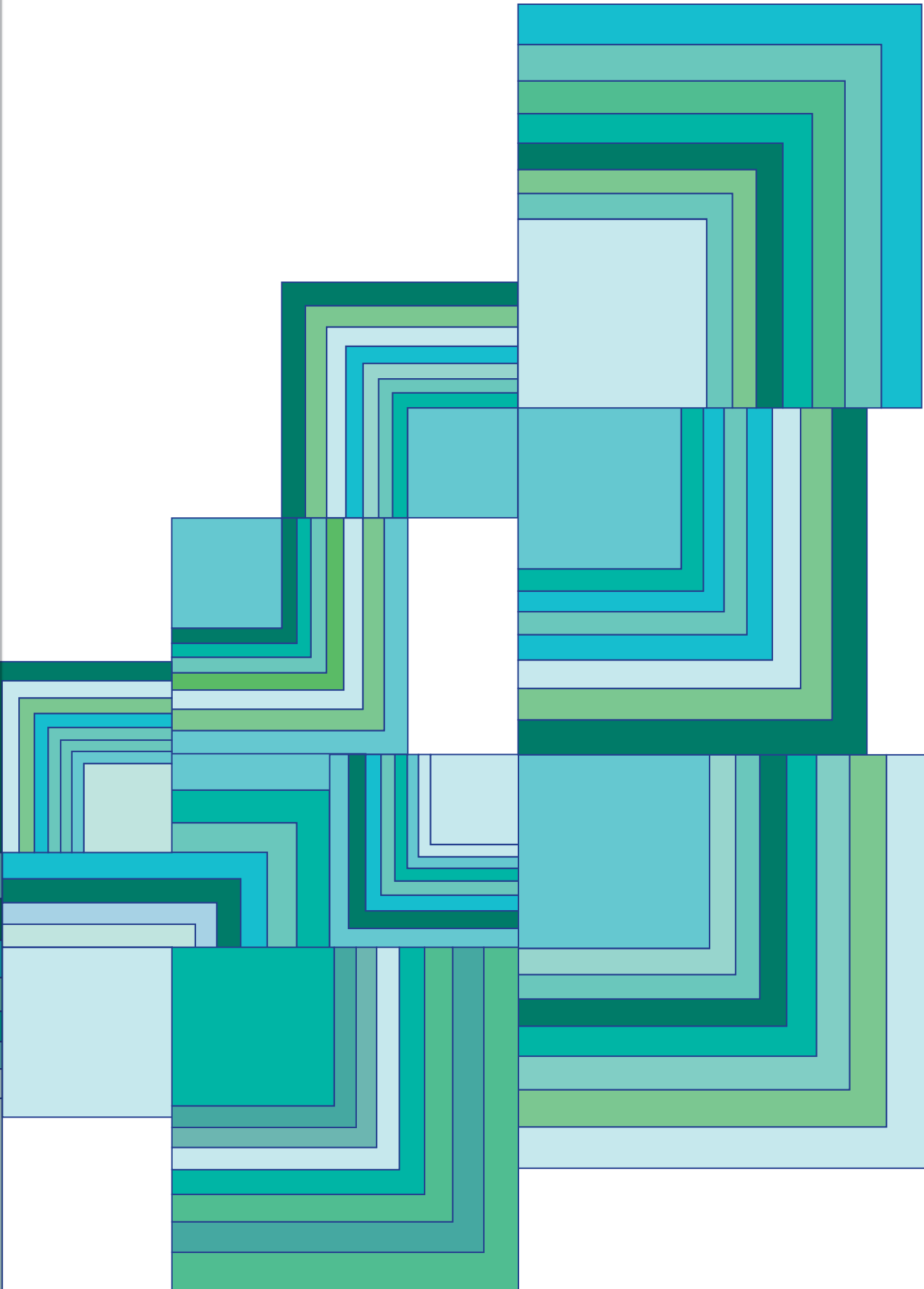
Rainer Eisgruber

Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Ralf Galka

Genossenschaftsverband e. V.





Fachrat Zahlungsverkehr – Ringausschuss

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Michael Siegers

Stellvertretender Vorsitzender

Olaf Kilimann

Ordentliche Mitglieder

Donat Asbach

Allgäuer Volksbank eG

Konrad Burk

Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Markus Dauber

Volksbank Offenburg eG

Manfred Hoyer

Dortmunder Volksbank eG

André Kasten

Raiffeisen-Volksbank eG, Aurich

Olaf Kilimann

Volksbank Marl-Recklinghausen eG

Adelheid Raff

Volksbank Zuffenhausen eG

Walter Schmitt

Mainzer Volksbank eG

Michael Siegers

Volksbank Hildesheim eG

Rudolf Winter

Volksbank Nordoberpfalz eG

Persönliche Stellvertreter

Walter Knoll

Raiffeisenbank Stauden eG

Volker Köhler

Sparda-Bank Nürnberg eG

Klaus Holderbach

Volksbank Franken eG

Heinrich Lages

Volksbank Selm-Bork eG

Heiko Frohnwieser

Raiffeisenbank Oldenburg eG

Hermann Lastring

Volksbank Ochtrup eG

Thomas Abendschein

Volksbank Welzheim eG

Ralph Kehl

VR Bank HessenLand eG

Matthias Schröder

Hamburger Volksbank eG

Michael Beham

Volksbank-Raiffeisenbank Dingolfing eG

¹ Stand: 01.04.2013.

Ordentliche Mitglieder**Persönliche Stellvertreter**

Vertreter der Zentralbanken

Dr. Christian Brauckmann

WGZ BANK AG

Helmut Sandkaulen

WGZ BANK AG

Thomas Ullrich

DZ BANK AG

Gregor Roth

DZ BANK AG

Vertreter der Verbundunternehmen

Franz-J. Köllner

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Peter Erlebach

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Vertreter der Rechenzentralen

Klaus-Peter Bruns

FIDUCIA IT AG

Martin Hose

FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

GAD eG

Steffen Jentsch

GAD eG

Vertreter des BVR

Dr. Andreas MartinBundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.**Uwe Fröhlich**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.**Permanenter Gaststatus**

Udo-Peter UllmannCardProcess GmbH
Karlsruhe

Fachrat Steuerung

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Klaus Saffenreuther

Stellvertretender Vorsitzender

Peter Geuß

Ordentliche Mitglieder

Ulrike Badura

KD-Bank eG, Dortmund

Hans-Peter Born

Volksbank Südhessen-Darmstadt eG

Klaus Geurden

Volksbank Krefeld eG

Peter Geuß

Volksbank Raiffeisenbank
Starnberg-Herrsching-Landsberg eG

Jürgen Kikker

Volksbank Ganderkesee-Hude eG

Michael Mengler

Vereinigte Volksbank Maingau eG

Martin Polle

VR-Bank Uckermark-Randow eG

Klaus Saffenreuther

Volksbank eG Mosbach

Gerhard Schaaf

VR-Bank Asperg-Markgröningen eG

Dr. Stephan Schmitz

PSD Bank Rhein-Ruhr eG

Persönliche Stellvertreter

Roland Krebs

Volksbank im Märkischen Kreis eG

Friedhelm Mette

Raiffeisenbank eG Baunatal

Gerd Hüsken

Volksbank Rhein-Lippe eG

Gregor Scheller

Volksbank Forchheim eG

Reinhard Koldehoff

VR BANK Dinklage-Steinfeld eG

Thomas Völker

VR-Bank Chattengau eG

Matthias Benkstein

Volksbank Eutin eG

Joachim Straub

Volksbank eG, Villingen-Schwenningen

Karl Seibold

Raiffeisenbank Steinheim eG

Johann Kapl

Sparda-Bank Münster eG

¹ Stand: 01.04.2013.

Ordentliche Mitglieder**Erwin Schoch**

Volksbank Regensburg eG

Heinz-Walter Wiedbrauck

Volksbank Hameln-Stadthagen eG

Persönliche Stellvertreter**Michael Kruck**

Raiffeisen-Volksbank Donauwörth eG

Wilhelm-Franz Höser

Westerwald Bank eG Volks- und Raiffeisenbank

Vertreter der Prüfungsverbände**Wolfgang Ebert**

Verband der Sparda-Banken e. V.

Horst Kessel

Genossenschaftsverband e. V.

Siegfried Mehring

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e. V.

Dr. Karl-Friedrich Walter

Verband der PSD Banken e. V.

Erhard Gschrey

Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Steffen Seiss

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V.

Vertreter der Zentralbanken**Bernhard Holtmann**

WGZ BANK AG

Albrecht Merz

DZ BANK AG

Karl-Heinz Nolte

WGZ BANK AG

Dr. Reinhard Mathweis

DZ BANK AG

Vertreter der Rechenzentralen**Klaus-Peter Bruns**

FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

GAD eG

Patrick Yousefian

FIDUCIA IT AG

Claus-Dieter Toben

GAD eG

Vertreter des BVR**Dr. Andreas Martin**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.**Gerhard Hofmann**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

Fachrat Personal

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Dr. Wolfgang Baecker

Stellvertretender Vorsitzender

N. N.

Ordentliche Mitglieder

Dr. Wolfgang Baecker

VR-Bank Westmünsterland eG

Lübbo Creutzenberg

Raiffeisen-Volksbank Fresena eG

Friedrich Ewald

Volksbank Kurpfalz H+G Bank eG

Reinhard Koldehoff

VR BANK Dinklage-Steinfeld eG

Axel Lekies

Volksbank Herrenberg-Rottenburg eG

Randolf Menna

Raiffeisen-Volksbank Bad Staffelstein eG

N. N.

Christian Scheinert

Volksbank eG, Elmshorn

Reinhard Schlottbom

PSD Bank Westfalen-Lippe eG

Michael Zeuch

Raiffeisenbank Main-Spessart eG

Persönliche Stellvertreter

Manfred Wortmann

Volksbank Hellweg eG

Jan Schüldink

Volksbank Niedergrafschaft eG

Manfred Kuner

Volksbank Triberg eG

Jürgen Kikker

Volksbank Ganderkesee-Hude eG

N. N.

Josef Pölt

Raiffeisenbank südöstlicher Starnberger See

Roland Trageser

VR Bank Main-Kinzig-Büdingen eG

Manfred Bähr

Volksbank Dessau-Anhalt eG

Johann Büchler

PSD Bank Nürnberg eG

Michael Hösle

Raiffeisenbank Ichenhausen eG

¹ Stand: 01.04.2013.

Ordentliche Mitglieder**Persönliche Stellvertreter**

Vertreter der Prüfungsverbände

Klaus Bellmann

Genossenschaftsverband e. V.

Dr. Gerhard Kroon

Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

Dr. Alexander Büchel

Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Ralph Müller

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V.

Dr. Roman Glaser

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V.

Udo Urner

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e. V.

Prof. Dr. Joachim Würmeling

Verband der Sparda-Banken e. V.

Petra Vielhaber-Hase

Verband der Sparda-Banken e. V.

Vertreter der Zentralbanken

Oliver Best

DZ BANK AG

N. N.

Dr. Andreas Fülbier

WGZ BANK AG

N. N.

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Besondere Vertreter

Annette Kaiser

Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken e. V.

Ralph Kaufhold

Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken e. V.

Axel Kehl

Akademie Deutscher
Genossenschaften ADG e. V.

Arno Marx

Akademie Deutscher
Genossenschaften ADG e. V.

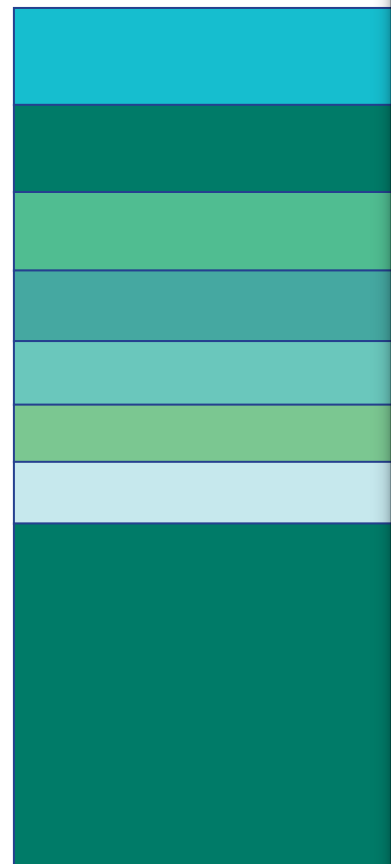
Vertreter des BVR

Dr. Andreas Martin

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.

Uwe Fröhlich

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.





Fachrat Bankrecht

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vertreter der Ortsbanken

Uwe Fabig

Volksbank Magdeburg eG

Wolfgang Hammel

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG

Alexander Jall

Raiffeisen-Volksbank Dillingen eG

Anja Jodszuweit

Volksbank Stuttgart eG

Klaus Krömer

Emsländische Volksbank eG

Martin Kühlkamp

VR-Bank Westmünsterland eG

Klaus Medebach

Volksbank Mittelhessen eG

Christian Neitzel

Berliner Volksbank eG

Vertreter der Prüfungsverbände

Dr. Andrea Althanns

Genossenschaftsverband Bayern e. V.

Kathrin Berberich

Genossenschaftsverband e. V.

Rolf Carspecken

Genossenschaftsverband Weser-Ems e. V.

¹ Stand: 01.04.2013.

Vertreter der Prüfungsverbände

Bernd Gräser

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e. V.

Hartmut Leonard

Verband der Sparda-Banken e. V.

Ulrich Schnittker

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e. V.

Dirk Tanzeglock

Verband der PSD Banken e. V.

Vertreter der Zentralbanken

Claudia Klein

WGZ BANK AG

Dr. Alfred Locklair

WGZ Immobilien + Treuhand GmbH

Reinhard Nützel

DZ BANK AG

Vertreter der Verbundunternehmen

Dr. Joachim von Cornberg

Union Asset Management Holding AG

Dr. Andreas Hasse

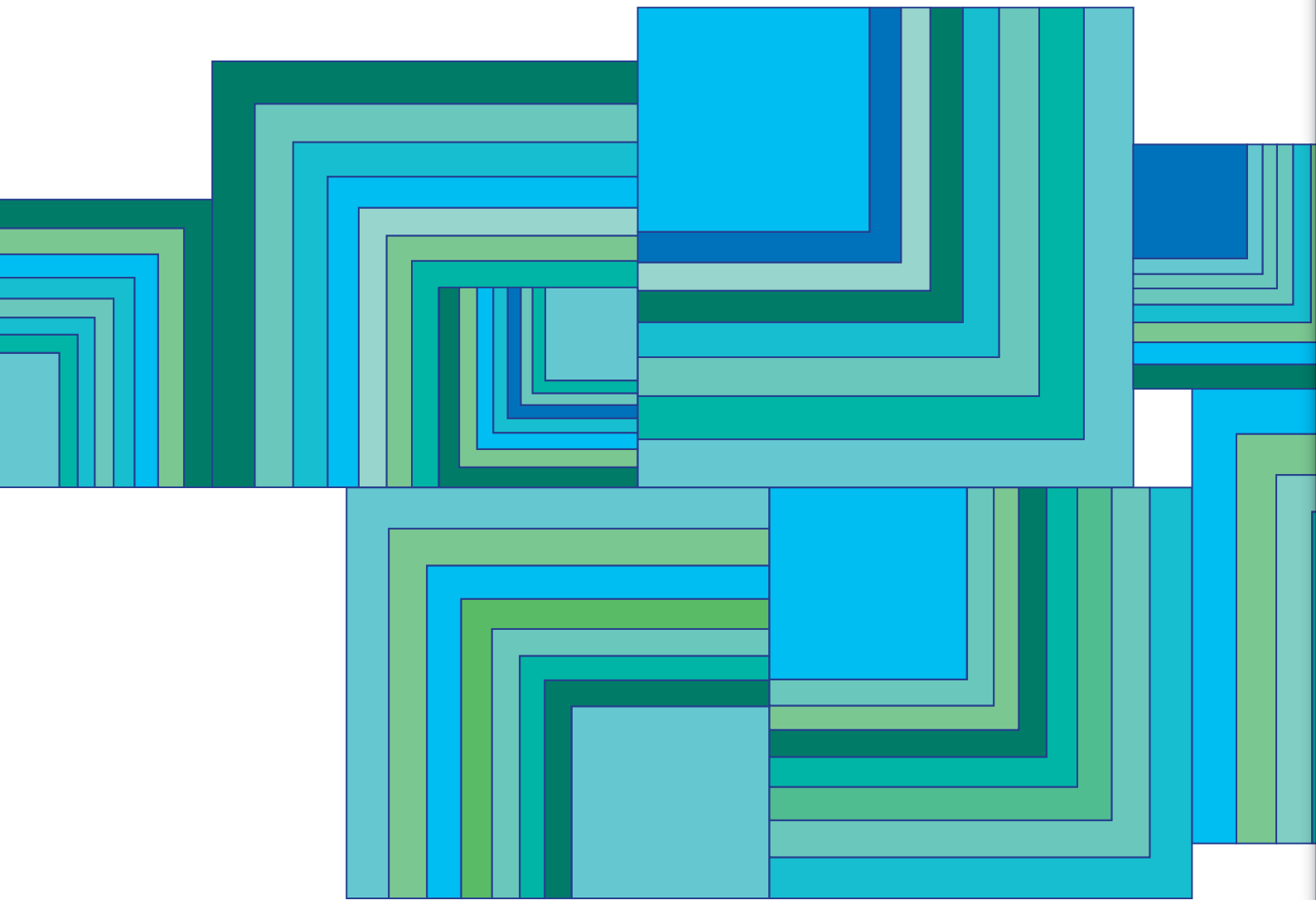
R+V Versicherung AG

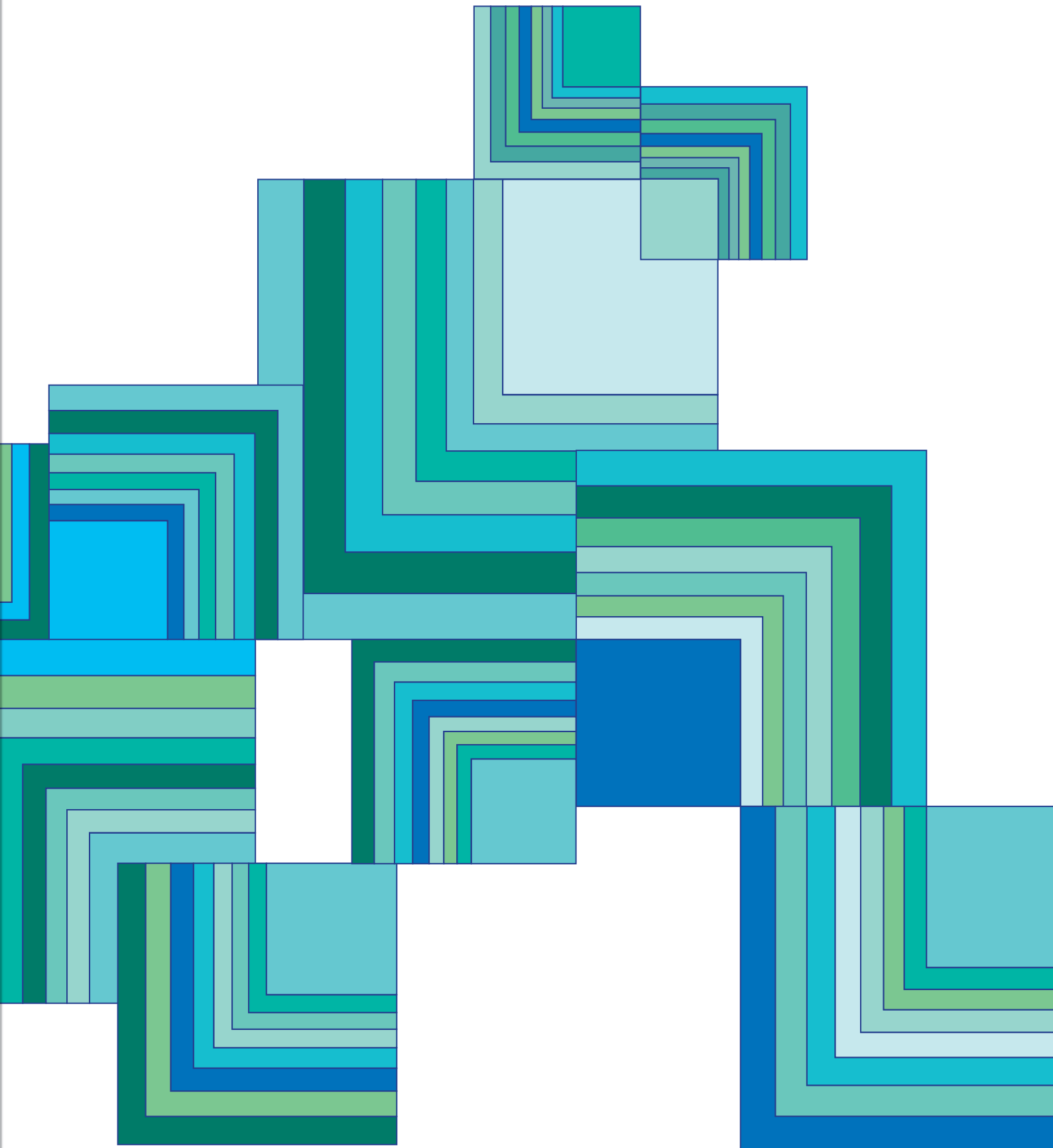
Dr. Volker Kreuziger

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Eckhard Wulff

DG HYP AG





Organigramm des BVR

Präsident	Uwe Fröhlich			
Büro	Sonja Roeder	-1101	Berlin	
Geschäftspolitik/Kommunikation				
Abteilungsleiter	Dr. Möller, Klaus	-1600	Berlin	
Sekretariat	Jerke, Bettina	-1601	Berlin	
Gruppe Geschäftspolitik				
Gruppenleiter	Selle, Daniel (Dipl.-Vw.)	-1611	Berlin	
Referenten	Helbig, Harold (Dipl.-Vw.)	-1612	Berlin	
	Dr. Kirchstein, Katja	-1609	Berlin	
	Dr. Lange, Diedrich (Dipl.-Vw.)	-1610	Berlin	
	Stolberg, Volker (Dipl.-Kfm.)	-1621	Berlin	
Sekretariat	Sotzko, Saskia (Bw./VWA)	-1602	Berlin	
Gruppe Presse/Kommunikation				
Gruppenleiterin/ Presse Sprecherin	Schmergal, Melanie	-1300	Berlin	
Referenten	Schulz, Cornelia (M. A.)	-1330	Berlin	
	Studel, Steffen (Dipl.-WK-W/FH)	-1333	Berlin	
Redakteur	Zuchiatti, Tim	-1335	Berlin	
Sachbearbeiterin	Wallner, Kathleen	-1336	Berlin	
Sekretariat	Mieke-Boldt, Claudia	-1301	Berlin	
BankInformation				
Ltd. Redakteur	Krüger, Markus (Dipl.-Kfm.)	-1340	Berlin	
Redakteure	Becker, Erik (Dipl.-Soz.-Wiss.)	-1342	Berlin	
	Dr. Kruska, Simone	-1341	Berlin	
Gruppe Verbindungsstelle Parlament/Europapolitik				
Gruppenleiter	Stammen, Thomas	-1660	Berlin	
Referenten	Dr. Heegemann, Volker	0032 2 2869848	Brüssel	
	Mulch, Susanne	0032 2 2869843	Brüssel	
	Sösemann, Kamila (Dipl.-Jur.)	-1661	Berlin	
Sekretariat	Büyüksahin, Nicole	-1605	Berlin	
Gruppe Vorstandsstab				
Gruppenleiterin	Holzhaue, Silke (M. A.)	-1312	Berlin	
Referenten	Buth, Martin	-1332	Berlin	
	Henrichs-Dierig, Ramona (Dipl.-Bw./FH)	-1302	Berlin	
	Strowik, Silke (RAin)	-1313	Berlin	
Sekretariat	Kathmann, Denise	-1315	Berlin	
Stiftung GIZ	Dr. Gleber, Peter (M. A.)	2850-1894	Berlin	
Service/Personal				
Abteilungsleiter	Jakobs, Andreas	-167	Bonn	
Personalwesen	Mainz, Silke	-111	Bonn	
Bereich Marketing				
Bereichsleiterin	Kolak, Marija (Dipl.-Kffr.)	-1700	Berlin	
Sekretariat	Bunar, Alexandra	-1701	Berlin	
Markenkommunikation				
Abteilungsleiter	Weegen, Marc (Dipl.-Kfm./FH)	-1720	Berlin	
Referenten	Arns, Stephan (Dipl.-Kfm.)	-1713	Berlin	
	Dobe, Carolin (Dipl.-Kffr./FH)	-1704	Berlin	
	Koch, Marika (Dipl.-Kffr./FH)	-1721	Berlin	
	Stubbemann, Jana (Dipl.-Agr.-Ing.)	-1722	Berlin	
	Velten, Cordula	-1724	Berlin	
Sekretariat	Nix, Bianca (Bw./VWA)	-1718	Berlin	
Produkte				
Abteilungsleiterin	Ohlsen-Goronzy, Birgit (Dipl.-Kffr.)	-1620	Berlin	
Referenten	Janzen, Matthias (Dipl.-Kfm./FH)	-1616	Berlin	
	Kasischke, Pia (BA)	-1613	Berlin	
	Künzl, Mario (Dipl.-Bw./BA)	-1614	Berlin	
Sekretariat	Heier-Schulz, Birgit	-1603	Berlin	
Vertriebsstrategie				
Abteilungsleiter	Götze, Jörg (Dipl.-Kfm./FH)	-1740	Berlin	
Referenten	Berhorst, Ute (Dipl.-Kffr.)	-1717	Berlin	
	Janssen, Tim-Enno (Bankfachwirt)	-1716	Berlin	
	Lehmann, Stefan (Dipl.-Kfm.)	-1715	Berlin	
	Müller, Heinz-Rudolf (Dipl.-Exportw./EA, M. A., MBA)	-1714	Berlin	
	Spannagl, Andrea (Dipl.-Kffr.)	-1719	Berlin	
	Ziems, Nicola (Dipl.-Kffr./FH)	-1711	Berlin	
Sekretariat	Ganzer, Beate	-1702	Berlin	

Vorstand	Dr. Andreas Martin		
Büro	Anja Lattermann	-1001	Berlin
Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik			
Abteilungsleiter	Dr. Bley, Andreas (Dipl.-Vw.)	-1500	Berlin
Referenten	Dr. Vogt, Gerit (Dipl.-Vw.)	-1510	Berlin
	Weber, Jan Philip (Dipl.-Vw.)	-1511	Berlin
Sekretariat	Tischer, Doreen	-1502	Berlin
Bankorganisation/Informationstechnologie			
Abteilungsleiter	Dr. Zuther, Friedrich G. (Dipl.-Ing.)	-2100	Berlin
Referentin	Schimm, Berit (Dipl.-Math.)	-2111	Berlin
Gruppe Organisation			
Gruppenleiter	Michalek, Jan (Dipl.-Kfm./FH)	-2110	Berlin
Referenten	Köppe, Gunnar (BBA)	-2112	Berlin
	Lemm, Wolfgang (Dipl.-Bw./FH)	-2113	Berlin
Sekretariat	Lienemann, Silke	-2101	Berlin
Zahlungsverkehr			
Abteilungsleiter	Arnoldt, Ralf-Christoph (Dipl.-Kfm.)	-1800	Berlin
Referenten	Dube, Thomas (Dipl.-Inform.)	-1814	Berlin
	Dr. Jacobsen, Olaf (Dipl.-Kfm.)	-1812	Berlin
	Schindler, Axel (Dipl.-Kfm.)	-1813	Berlin
Gruppe Kartengeschäft			
Gruppenleiter	Hönisch, Matthias (Dipl.-Kfm.)	-1810	Berlin
Referenten	Lehniger, Susann (Dipl.-Bw./VWA)	-1804	Berlin
	Silies, Thomas (Dipl.-Vw.)	-1815	Berlin
Sekretariat	De Marco, Gabriele	-1801	Berlin
	Hoffmann, Jana	-1802	Berlin
Betriebswirtschaft			
Abteilungsleiter	Dr. Lanzerath, Ruben J. (Dipl.-Kfm.)	-2200	Berlin
Referenten	Berner, Katarzyna (Dipl.-Kffr.)	-2211	Berlin
	Hielscher, Jens (Bank-Bw./BA)	-2215	Berlin
	Dr. Richter, Frank (Dipl.-Kfm.)	-2214	Berlin
	Wilkens, Volker (Dipl.-Vw.)	-2210	Berlin
Sekretariat	Bülles, Daniela	-2202	Berlin
	Linn, Andrea	-2201	Berlin
Personalmanagement			
Abteilungsleiter	Burkhardt, Alfred (Dipl.-Bw./FH)		
	Master of Human Resources	-1650	Berlin
Referentinnen	Bachmann, Anja (Dipl.-Bank- betriebsw./Bankakademie)	-1653	Berlin
	Hecht, Katja (Dipl.-Kffr., BA (Hons) European Business)	-1652	Berlin
	Krüger, Judith (Dipl.-Psych.)	-1654	Berlin
Sekretariat	Pfau, Nicole	-1651	Berlin
Service/Rechnungswesen			
Abteilungsleiter	Jakobs, Andreas	-167	Bonn
Rechnungswesen	Knospe, Michael	-253	Bonn
	Kolb, Sabrina (Dipl.-Kffr./FH)	-282	Bonn
	Kowalke, Petra	-390	Bonn
	Stahl, Oliver	-277	Bonn
	Witsch, Sabine	-251	Bonn
Verwaltung	Bergen, Lydia	-222	Bonn
	Vanfloorop, Claudia	-391	Bonn
	Büch, Holger (Bw.)	-1401	Berlin
	Malarz, Heimke	-1402	Berlin
Datenkommunikation/Rechnernetze	Voitz, Jörg (Dipl.-Ing./FH)	-1430	Berlin
	Beiler, Thomas	-1499	Berlin
	Epp, Kornelius	-108	Bonn
	Henoch, Michael (Dipl.-Ing.)	-1431	Berlin
	Kappel, Jörg	-128	Bonn
	Morban, Michael	-1434	Berlin
	Roß, Sebastian	-1499	Berlin
	Rother, Matthias Martin	-1436	Berlin
Hausdruckerei/	Breuer, Hartmut	-263	Bonn
Expedition	Nietgen, Wolfgang	-263	Bonn
Hausverwaltung	Kranich, Thomas	-263	Bonn
Poststelle/	Fieseler, Eberhard	-1411	Berlin
Registrierung	Krannich, Olaf	-1410	Berlin
	Wilhelm, Heinrich	-228	Bonn

Vorstand	Gerhard Hofmann		
Büro	Birgit Lammerz-Korte	-1201	Berlin

Recht			
Abteilungsleiter	Dr. Mielk, Holger (RA)	-2300	Berlin
Referenten	Dr. Achtelik, Olaf (RA)	-2323	Berlin
	Reinicke, Thorsten (RA)	-2317	Berlin
	Mende, Iwona	-2301	Berlin
Referenten	Langweg, Peter (RA)	-2311	Berlin
	Dr. Siedler, Rainer (RA)	-2314	Berlin
Referenten	Werschnick, Bettina (BW/VWA)	-2302	Berlin
	Claßen, Ruth (RAin)	-2312	Berlin
Referenten	Dr. Koch, Christian (RA)	-2321	Berlin
	Scheele, Beate	-2402	Berlin
Referenten	Kalkbrenner, Arndt (RA)	-2315	Berlin
	Niemitz, Anna	-2322	Berlin
Referenten	Dr. Saager, Stefan (RA)	-2313	Berlin
	Kretschmer, Katja	-2304	Berlin
Referenten	Echternach, Christoph (RA)	-2316	Berlin
	Dr. Jensen, Christina (RAin)	-2320	Berlin
Referenten	Dr. Mohn, Alexandra (RAin)	-2318	Berlin
	Böhme, Andrea	-2303	Berlin

Steuerrecht/Rechnungslegung			
Abteilungsleiter	Dr. Tischbein, Heinz-Jürgen (RA)	-2400	Berlin
Referenten	Pick, Dirk (RA/Dipl.-Finanzw.)	-2411	Berlin
	Steinlein, Fabian (Ass. jur.)	-2412	Berlin
	Storg, Alexander (RA)	-2410	Berlin
Rechnungslegung/	Morfeld-Wahle, Stefanie		
Aufsichtsmandate	(WP/Dipl.-Kffr.)	-2420	Berlin
Sekretariat	Müller, Andrea (Rechtswachw.)	-2401	Berlin
	Scheele, Beate	-2402	Berlin

Sicherungseinrichtung			
Bereichsleiter	Dönges, Ulrich (WP/StB.)	-333	Bonn
Sekretariat	Hamacher, Elke	-205	Bonn
Abteilung Bankbetreuung Süd			
Abteilungsleiter	Dr. Benna, Ralf (Dipl.-Kfm.)	-418	Bonn
Gruppenleiter	Wewerinke-Reinermann, Ralf (Dipl.-Kfm.)	-323	Bonn
	Wrede, Michael (Dipl.-Kfm.)	-332	Bonn
Referenten	Brombach, Andreas (Dipl.-Bw.)	-330	Bonn
	Kürten, Frank (Dipl.-Bw.)	-338	Bonn
	Pütz, Carsten (Dipl.-Bw.)	-337	Bonn
	Wagner, Wolfgang (Bw./VWA)	-426	Bonn
Referenten	Weindorf, Falk (Dipl.-Bw.)	-420	Bonn
	Sekretariat	Knarr-Schmitz, Andrea	-328

Abteilung Bankbetreuung Nord			
Abteilungsleiter	Köser, Peter (StB)	-161	Bonn
Gruppenleiter	Bauer, Markus (Dipl.-Kfm.)	-336	Bonn
	Brüggemann, Markus (Dipl.-Ök.)	-423	Bonn
Referenten	Ising, Jörg (Dipl.-Bw.)	-342	Bonn
	Jäger, Sven (Dipl.-Bw.)	-341	Bonn
	Sönksen, Wolfgang (RA)	-348	Bonn
Sekretariat	Balog-Feldges, Ildiko	-281	Bonn

Abteilung Bankbetreuung Fachthemen/Strategie			
Abteilungsleiter	Dr. Heine, Jens Michael (Dipl.-Vw./Dipl.-Kfm.)	-440	Bonn
Referenten	Dr. Blarr, André (Dipl.-Kfm.)	-435	Bonn
	Dr. Eim, Alexander (Dipl.-Kfm.)	-434	Bonn
	Kleene, Markus (Dipl.-Vw.)	-422	Bonn
	Klemmer, Hans-Wilhelm (Dipl.-Bankw./BA)	-331	Bonn
	Dr. Kübler, Mirco (Dipl.-Kfm.)	-427	Bonn
	Peters, Dirk (Dipl.-Bw./FH)	-438	Bonn
	Dr. Rübenacker, Christoph (Dipl.-Kfm.)	-436	Bonn
	Steiner, Wolfgang (Dipl.-Bw./FH)	-320	Bonn
Sekretariat	Dietsch, Michaela	-439	Bonn

Abteilung Klassifizierung			
Abteilungsleiter	Nowak, Rainer (Dipl.-Vw.)	-166	Bonn
Referenten	Esser, Maik (Dipl.-Inf.)	-162	Bonn
	Faller, Frank (Dipl.-Inf.)	-260	Bonn
	Fricke, André (Dipl.-Vw.)	-343	Bonn
	Fuchs, Alex (Dipl.-Vw.)	-225	Bonn
	Kalfhaus, Bernd (Dipl.-Vw.)	-335	Bonn
	Privalova, Irina (Dipl.-Vw.)	-262	Bonn
	Assistentin	Bachmann, Lilianna (Dipl.-Vw.)	-324


**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR**

Schellingstraße 4 · 10785 Berlin

Telefon 030 2021-0

Heussallee 5 · 53113 Bonn

Telefon 0228 509-0

EU-Repräsentanz des BVR

Rue de l'Industrie 26–38 · B-1040 Brüssel

Telefon 0032 2 2869848

Stabsstelle Recht

Abteilungsleiter	Fischer, Ralf (RA)	-329	Bonn
Referenten	Klein, Wolf-Martin (RA)	-339	Bonn
	Kosik, Ilka (RA)	-431	Bonn
Sekretariat	Hamacher, Elke	-205	Bonn

Stabsstelle Interne Qualitätssicherung (IQS)

Referent	Sethe, Daniel (WP/RA)	-327	Bonn
Assistentin	Bachmann, Lilianna (Dipl.-Vw.)	-324	Bonn

Risikoanalyse

Abteilungsleiter	Krob, Bernhard (Dipl.-Kfm.)	-312	Bonn
Sekretariat	Heinrich, Corinna	-311	Bonn

Gruppe Steuerungsverfahren Gesamtbank

Gruppenleiter	Dr. Grob, Andreas (Dipl.-Kfm.)	-326	Bonn
Referenten	Blömer, Stefan (Dipl.-Bw./FH)	-437	Bonn
	Schneeloch, Thorsten (Dipl.-Kfm.)	-310	Bonn
Sekretariat	Kröcher, Sabine	-245	Bonn

Gruppe Portfolioanalyse Verbund

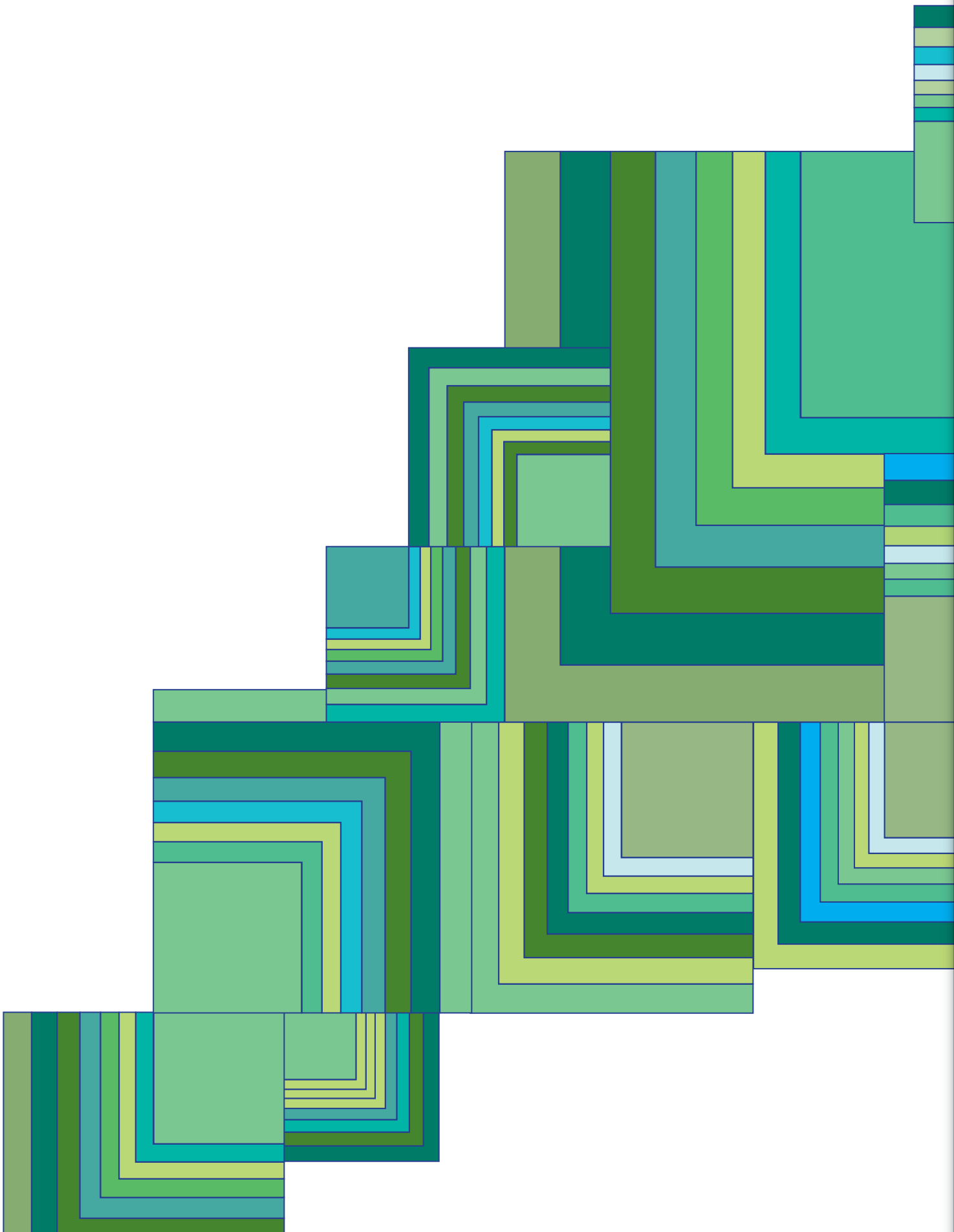
Gruppenleiter	Hagen, Peter (Dipl.-Vw.)	2590-652	Bonn
Referenten	Erleben, Sascha (Dipl.-Ök.)	2590-656	Bonn
	Schrumpf, Oliver (Dipl.-Vw.)	2590-655	Bonn
Sekretariat	Schmitz, Adelheid	2590-650	Bonn

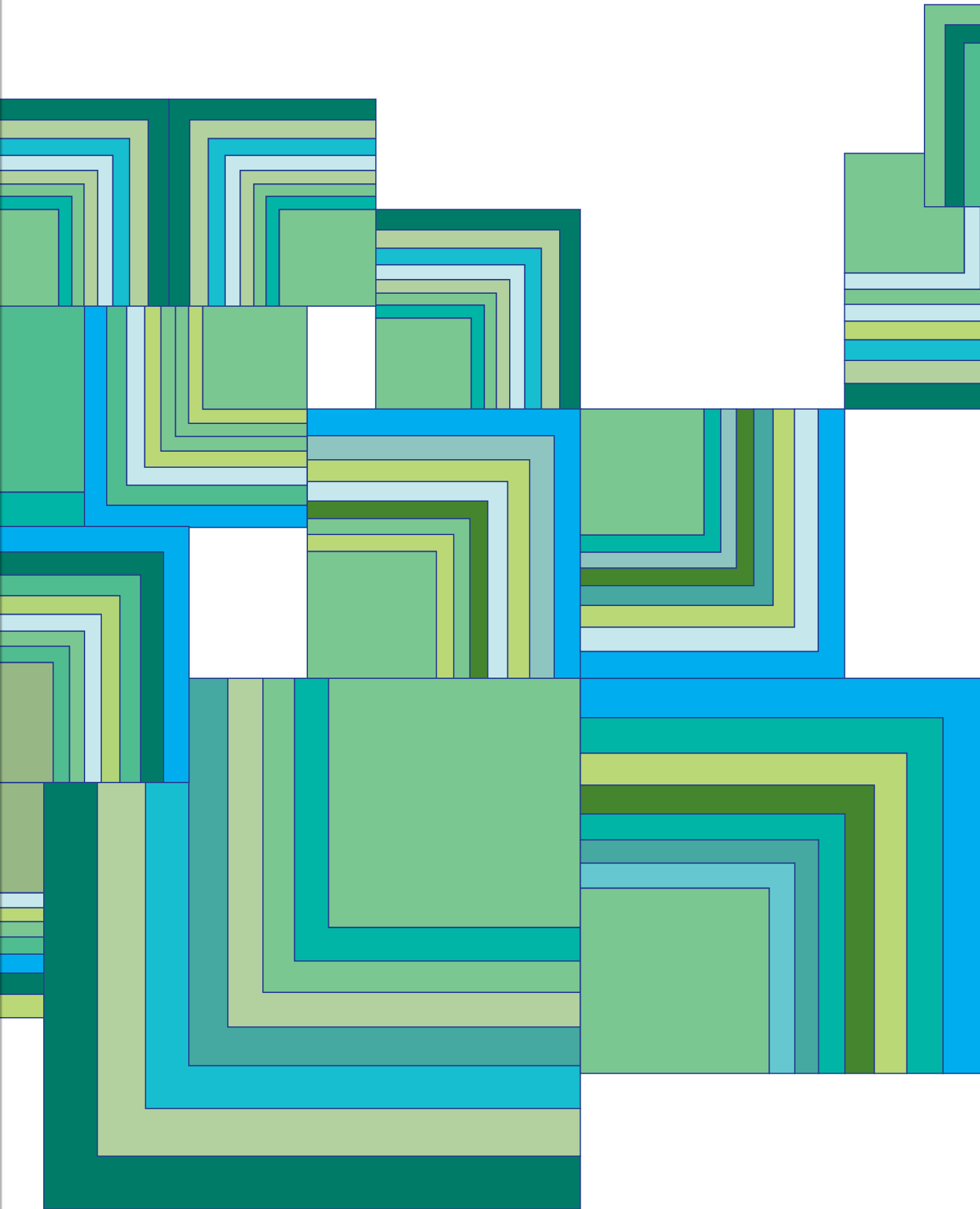
Gruppe Adressrisikoverfahren

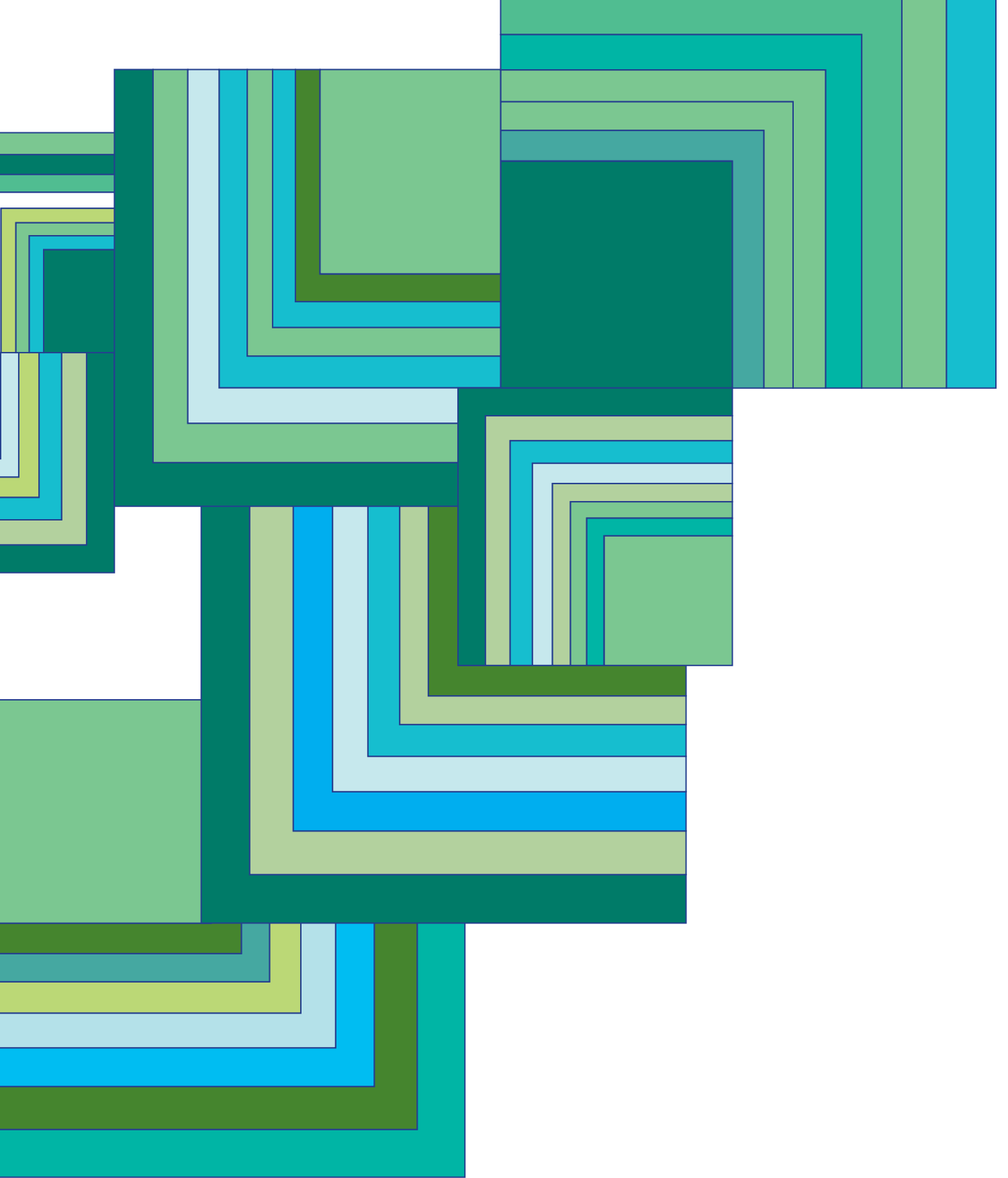
Gruppenleiter	Altenbäumker, Dirk (Dipl.-Vw.)	-322	Bonn
Referenten	Dr. Braun, Jürgen (Dipl.-Math.)	-163	Bonn
	Eichhorn, Michael (Dipl.-Vw.)	-219	Bonn
	Galler, Bernd (Dipl.-Bw.)	-345	Bonn
	Dr. Hand, Thomas (Dipl.-Phys.)	-350	Bonn
	Hirsch, Markus (Dipl.-Math.)	-416	Bonn
	Klein, René (Dipl.-Vw.)	-417	Bonn
	Dr. Orth, Walter	-432	Bonn
	Vahlert, Marc (Dipl.-Vw.)	-340	Bonn
	Dr. Wickern, Tobias (Dipl.-Vw.)	-315	Bonn

Kundenbeschwerdestelle

Leiterin	Zawal-Pfeil, Bernadette (RAin)	-1630	Berlin
Sekretariat	Engel, Annett	-1633	Berlin
	Maaß, Stefanie	-1631	Berlin
	Zeidler, Evelyn	-1632	Berlin







Statistik 2012

Die Deutschen Kreditgenossenschaften
in Zahlen

116

Regionale Struktur

Kreditgenossenschaften insgesamt

118

Regionale Struktur

Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft

120

Regionale Statistik

Dreijahresvergleich

Regionale Struktur Kreditgenossenschaften insgesamt

Zahl der Kreditgenossenschaften, der Zweigstellen und der Mitglieder nach Regionalverbänden	Kreditgenossenschaften		Zweigstellen		Mitglieder	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Baden-Württemberg	230	226	2.886	2.872	3.422.981	3.497.490
Bayern	296	292	2.770	2.745	2.452.552	2.514.103
Frankfurt/Norddeutschland	315	304	3.741	3.682	3.995.347	4.044.081
Rheinland/Westfalen	196	192	1.904	1.902	2.677.348	2.745.913
Weser-Ems	54	57	382	371	472.018	479.114
Zwischensumme	1.091	1.071	11.683	11.572	13.020.246	13.280.701
Sparda-Banken	12	12	448	446	3.320.894	3.409.998
PSD Banken	15	15	40	40	661.041	658.043
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	3	3	58	52	0	0
Endsumme	1.121	1.101	12.229	12.110	17.002.181	17.348.742

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG, TeamBank AG.

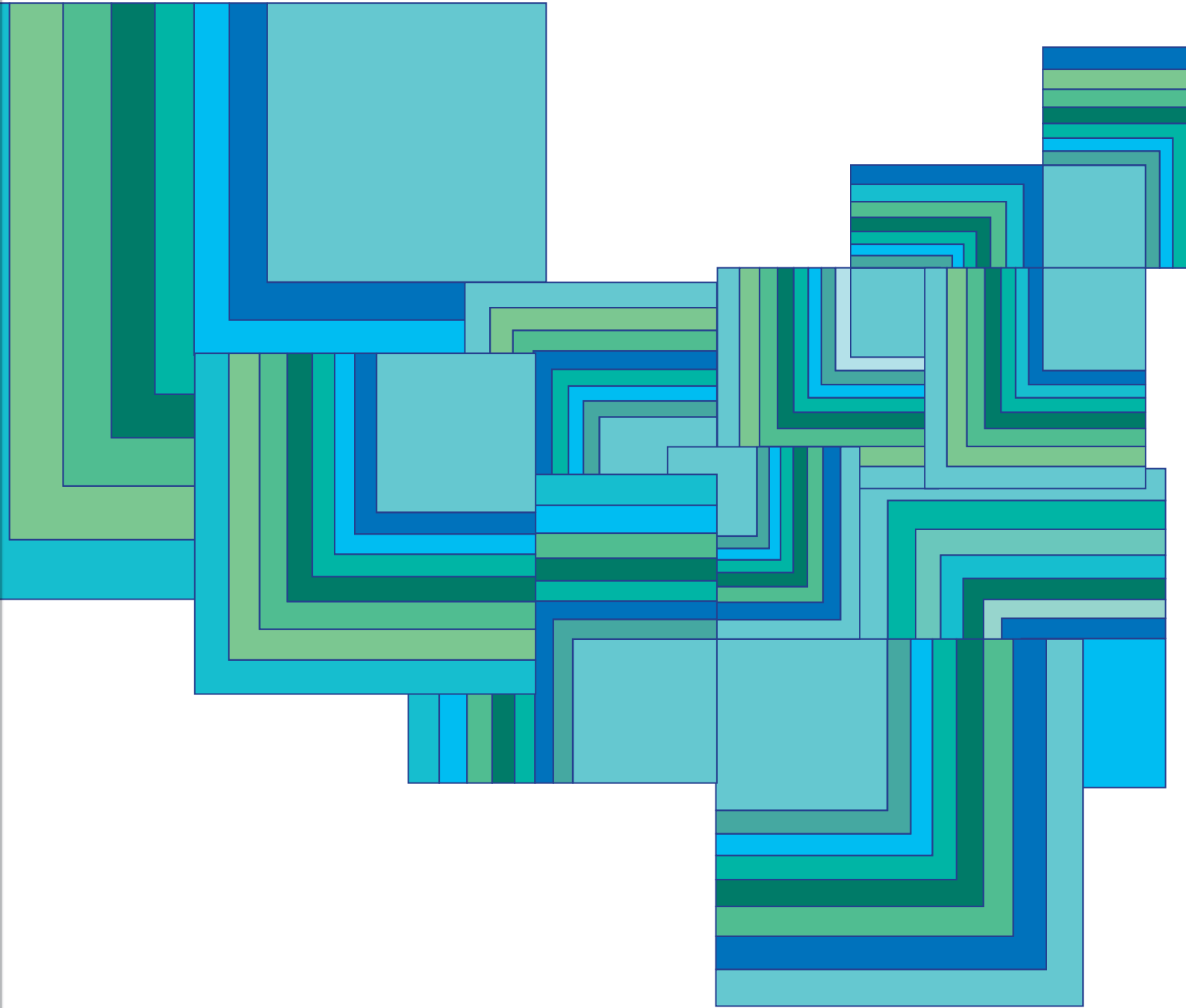
Anzahl der Kreditgenossenschaften		Bilanzsumme unter 50 Mio. Euro	Bilanzsumme von 50 bis unter 100 Mio. Euro	Bilanzsumme von 100 bis unter 250 Mio. Euro	Bilanzsumme von 250 bis unter 500 Mio. Euro	Bilanzsumme 500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	Bilanzsumme von 1 bis unter 5 Mrd. Euro	Bilanzsumme mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt
Gliederung aller Kreditgenossenschaften nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2012									
Baden-Württemberg	12	31	62	38	46	35	2	226	
Bayern	12	39	72	81	59	29	0	292	
Frankfurt/Norddeutschland	21	27	72	81	64	35	4	304	
Rheinland/Westfalen	5	21	50	33	38	43	2	192	
Weser-Ems	2	2	21	18	11	3	0	57	
Zwischensumme	52	120	277	251	218	145	8	1.071	
Sparda-Banken	0	0	0	0	0	6	6	12	
PSD Banken	0	0	0	0	4	11	0	15	
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹		0	0	0	1	1	1	3	
Endsumme	52	120	277	251	223	163	15	1.101	
Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften in Mio. Euro									
Gliederung aller Kreditgenossenschaften nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2012									
Baden-Württemberg	406	2.268	9.754	13.362	32.188	62.277	12.755	133.010	
Bayern	442	2.864	12.856	28.089	41.765	46.900	0	132.916	
Frankfurt/Norddeutschland	787	2.114	12.427	30.232	43.490	68.705	30.053	187.808	
Rheinland/Westfalen	225	1.557	8.344	12.150	28.140	83.215	45.349	178.980	
Weser-Ems	84	161	3.755	6.112	7.303	3.929	0	21.344	
Zwischensumme	1.944	8.964	47.136	89.945	152.886	265.026	88.157	654.058	
Sparda-Banken	0	0	0	0	0	16.151	46.930	63.081	
PSD Banken	0	0	0	0	2.674	20.129	0	22.803	
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹		0	0	0	947	1.549	7.813	10.309	
Endsumme	1.944	8.964	47.136	89.945	156.507	302.855	142.900	750.251	

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG, TeamBank AG.

Regionale Struktur Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft

	Gliederung aller Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2012	Bilanzsumme unter 50 Mio. Euro	Bilanzsumme von 50 bis unter 100 Mio. Euro	Bilanzsumme von 100 bis unter 250 Mio. Euro	Bilanzsumme von 250 bis unter 500 Mio. Euro	Bilanzsumme 500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	Bilanzsumme von 1 bis unter 5 Mrd. Euro	Bilanzsumme mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt
Anzahl der Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft	Baden-Württemberg	4	4	10	3	7	1	1	30
	Bayern	6	9	24	23	7	2	0	71
	Frankfurt/Norddeutschland	4	7	1	8	4	0	0	24
	Rheinland/Westfalen	0	3	4	0	2	0	0	9
	Weser-Ems	1	0	0	2	0	0	0	3
	Zwischensumme	15	23	39	36	20	3	1	137
	Sparda-Banken	0	0	0	0	0	0	0	0
	PSD Banken	0	0	0	0	0	0	0	0
	Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	0	0	0	0	0	0	0	0
	Endsumme	15	23	39	36	20	3	1	137
	Gliederung aller Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2012	Bilanzsumme unter 50 Mio. Euro	Bilanzsumme von 50 bis unter 100 Mio. Euro	Bilanzsumme von 100 bis unter 250 Mio. Euro	Bilanzsumme von 250 bis unter 500 Mio. Euro	Bilanzsumme 500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	Bilanzsumme von 1 bis unter 5 Mrd. Euro	Bilanzsumme mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt
Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft in Mio. Euro	Baden-Württemberg	122	293	1.481	1.193	4.359	1.079	5.020	13.547
	Bayern	206	705	4.355	7.551	4.177	4.150	0	21.144
	Frankfurt/Norddeutschland	150	504	123	2.658	2.935	0	0	6.370
	Rheinland/Westfalen	0	246	495	0	1.140	0	0	1.881
	Weser-Ems	36	0	0	595	0	0	0	631
	Zwischensumme	514	1.748	6.454	11.997	12.611	5.229	5.020	43.573
	Sparda-Banken	0	0	0	0	0	0	0	0
	PSD Banken	0	0	0	0	0	0	0	0
	Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	0	0	0	0	0	0	0	0
	Endsumme	514	1.748	6.454	11.997	12.611	5.229	5.020	43.573

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG, TeamBank AG.



Regionale Statistik Dreijahresvergleich

Gliederung der Bilanzsummen nach Regionalverbänden	Bestand in Mio. Euro	2010	Bestand in Mio. Euro	2011	Bestand in Mio. Euro	2012
		Zuwachs in Prozent		Zuwachs in Prozent		Zuwachs in Prozent
Baden-Württemberg	126.071	1,5	129.928	3,1	133.010	2,4
Bayern	123.631	3,4	128.453	3,9	132.916	3,5
Frankfurt/Norddeutschland	176.458	1,8	182.248	3,3	187.808	3,1
Rheinland/Westfalen	170.741	1,2	175.097	2,6	178.980	2,2
Weser-Ems	18.550	7,4	19.848	7,0	21.344	7,5
Zwischensumme	615.451	2,1	635.574	3,3	654.058	2,9
Sparda-Banken	60.995	3,9	61.951	1,6	63.081	1,8
PSD Banken	21.625	3,1	22.104	2,2	22.803	3,2
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	8.501	9,7	9.654	13,6	10.309	6,8
Endsumme	706.572	2,3	729.283	3,2	750.251	2,9
Gliederung der Kredite an Kunden nach Regionalverbänden	Bestand in Mio. Euro	2010 Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	2011 Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	2012 Zuwachs in Prozent
Baden-Württemberg	69.657	2,7	71.840	3,1	75.207	4,7
Bayern	67.986	5,4	71.641	5,4	75.622	5,6
Frankfurt/Norddeutschland	101.131	2,9	104.881	3,7	109.270	4,2
Rheinland/Westfalen	100.476	4,2	104.092	3,6	108.681	4,4
Weser-Ems	13.143	11,5	14.278	8,6	15.430	8,1
Zwischensumme	352.393	4,0	366.732	4,1	384.210	4,8
Sparda-Banken	33.522	4,3	35.681	6,4	37.404	4,8
PSD Banken	12.376	3,6	13.177	6,5	13.980	6,1
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	7.925	9,0	8.926	12,6	7.618	-14,7
Endsumme	406.216	4,1	424.516	4,5	443.212	4,4

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG, TeamBank AG.

	2010		2011		2012	
	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent
Gliederung der Kundeneinlagen nach Regionalverbänden						
Baden-Württemberg	90.453	5,3	93.835	3,7	96.900	3,3
Bayern	93.943	5,3	97.461	3,7	101.549	4,2
Frankfurt/Norddeutschland	131.035	4,5	135.187	3,2	139.250	3,0
Rheinland/Westfalen	111.200	5,7	115.421	3,8	120.044	4,0
Weser-Ems	12.162	4,9	12.793	5,2	13.679	6,9
Zwischensumme	438.793	5,1	454.697	3,6	471.422	3,7
Sparda-Banken	49.973	5,0	51.248	2,6	52.370	2,2
PSD Banken	17.193	3,6	17.366	1,0	17.583	1,2
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	733	1,1	808	10,2	841	4,1
Endsumme	506.692	5,1	524.119	3,4	542.216	3,5
Gliederung der Sichteinlagen nach Regionalverbänden						
Baden-Württemberg	41.349	8,7	43.076	4,2	48.518	12,6
Bayern	38.490	10,9	40.570	5,4	47.310	16,6
Frankfurt/Norddeutschland	63.919	8,1	67.015	4,8	74.597	11,3
Rheinland/Westfalen	45.462	11,4	48.221	6,1	56.933	18,1
Weser-Ems	5.077	9,0	5.504	8,4	6.396	16,2
Zwischensumme	194.297	9,6	204.386	5,2	233.754	14,4
Sparda-Banken	25.639	17,5	26.202	2,2	29.366	12,1
PSD Banken	4.301	18,6	4.213	-2,0	4.820	14,4
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	454	5,3	541	19,2	623	15,2
Endsumme	224.691	10,6	235.342	4,7	268.563	14,1

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG, TeamBank AG.

Regionale Statistik Dreijahresvergleich

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Gliederung der Termineinlagen nach Regionalverbänden	2010		2011		2012	
	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent
Baden-Württemberg	12.618	-11,0	14.211	12,6	11.703	-17,6
Bayern	13.816	-8,9	13.986	1,2	11.408	-18,4
Frankfurt/Norddeutschland	18.013	-7,1	18.966	5,3	15.916	-16,1
Rheinland/Westfalen	27.332	-4,9	28.819	5,4	25.233	-12,4
Weser-Ems	1.774	-6,7	1.875	5,7	1.816	-3,1
Zwischensumme	73.553	-7,3	77.857	5,9	66.076	-15,1
Sparda-Banken	2.295	-13,7	2.270	-1,1	2.024	-10,8
PSD Banken	1.143	-37,3	1.373	20,1	1.234	-10,1
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	49	-35,5	64	30,6	33	-48,4
Endsumme	77.040	-8,2	81.564	5,9	69.367	-15,0

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Gliederung der Spareinlagen nach Regionalverbänden	2010		2011		2012	
	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent
Baden-Württemberg	34.811	9,4	34.757	-0,2	35.184	1,2
Bayern	37.348	7,6	38.135	2,1	39.114	2,6
Frankfurt/Norddeutschland	44.518	6,9	44.417	-0,2	44.511	0,2
Rheinland/Westfalen	34.245	9,0	33.883	-1,1	33.990	0,3
Weser-Ems	5.054	6,2	5.121	1,3	5.188	1,3
Zwischensumme	155.976	8,0	156.313	0,2	157.987	1,1
Sparda-Banken	20.920	-3,1	21.786	4,1	20.057	-7,9
PSD Banken	8.944	9,4	8.762	-2,0	8.903	1,6
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	194	0,0	161	-17,0	127	-21,1
Endsumme	186.034	6,7	187.022	0,5	187.074	0,0

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG, TeamBank AG.

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Gliederung der Sparbriefe nach Regionalverbänden	Bestand in Mio. Euro	2010 Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	2011 Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	2012 Zuwachs in Prozent
Baden-Württemberg	1.675	-9,8	1.791	6,9	1.495	-16,5
Bayern	4.289	-7,8	4.770	11,2	3.717	-22,1
Frankfurt/Norddeutschland	4.585	-11,6	4.789	4,4	4.226	-11,8
Rheinland/Westfalen	4.161	-2,0	4.498	8,1	3.888	-13,6
Weser-Ems	257	-7,2	293	14,0	279	-4,8
Zwischensumme	14.967	-7,7	16.141	7,8	13.605	-15,7
Sparda-Banken	1.119	-26,4	990	-11,5	923	-6,8
PSD Banken	2.805	-5,3	3.018	7,6	2.626	-13,0
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	36	50,0	42	16,7	58	38,1
Endsumme	18.927	-8,7	20.191	6,7	17.212	-14,8

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG, TeamBank AG.

Aktivitäten 2012

Berichte aus dem BVR und den BVR-Fachräten

Detaillierte Berichte aus den Abteilungen und den Fachräten des BVR
finden Sie im Internet unter www.bvr.de > Verband > Jahresberichte.

Herausgeber



**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR**

Geschäftspolitik/Kommunikation

Schellingstraße 4 · 10785 Berlin

Telefon: 030 2021-1300

Telefax: 030 2021-1905

E-Mail: presse@bvr.de

www.bvr.de



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich
bewirtschafteten Wäldern,
kontrollierten Herkünften und
Recyclingholz oder -fasern

Zert.-Nr. GFA-COC-001494
www.fsc.org

©1996 Forest Stewardship Council

